

Wildart



# Zirkular

## No. 9

November '94

# Archiv

n Kom-  
„Leuch-

Botschaft der Ukraine, Waldstraße 42,  
53177 Bonn.

tut nich  
sinnvolle

### Indien

## Arbeitsverweigerung — Elefant soll sterben

er (ap).  
ngaben  
lektro-  
Stunde  
tungen  
ler Re-  
r Flug-  
za von  
er des  
achtet.  
rekord  
rn pro  
si 1992

NEU-DELHI, 17. Oktober (ap). Weil er keine Lust mehr hatte, Baumstämme zu transportieren, und sich statt dessen vor der Fahrzeugkolonne eines örtlichen Würdenträgers zum Schlafen niederlegte, soll ein indischer Elefant eingeschläfert werden. Schon seit Wochen stellen Jäger „Bir Bahadur“ nach, der in den Urwald der Andaman-Inseln im Golf von Bengalen entkam. Erbost sind die Tierschützer.

Gemäß der indischen Gesetzgebung, wonach ein Elefant getötet werden darf, wenn er als böseartig gilt, wurde das Todesurteil über „Bir Bahadur“ gesprochen.

### Japan

it Kin  
erfüge  
ik und

## Im Die En

Eigent.  
glanzvoll  
beth II. s  
such eine  
land, der  
gann, wu  
Ereignis  
durchkre  
ne seiner

Charles  
trauriges  
vollkomm  
der Wind  
Krone“ w  
Rede. Di

Editorial .....	2
-----------------	---

## Welt als Arbeit

Von schlank zu flink .....	4
Interview mit einem kanadischen Autoarbeiter .....	7
Streik bei GM Flint/ USA .....	12
Streik bei Renault Vilvorde/ Belgien .....	12
Dokumentation: Flugblatt zu "Air France" .....	13
Zu Ägypten .....	15
Burma (1) .....	15
Burma (2) - Auszüge über die Zwangsarbeit .....	16
Zu China: "Unglückopfer werden heimlich verbrannt" .....	18
Tarifpolitik: Zwangsprekarisierung durch Öffnungsklausel ....	20

## Italien

Pensioni? Meglio gli hotel di lusso! .....	23
Zwei Einschätzungen zur Entwicklung in Italien .....	24

## AntiEo

Versuch über Herrn (M) aus Gö. ....	32
Überlegungen zum praktischen Verhalten des Herrn (M) aus Gö. ....	37
Vorläufige Thesen zu Faschismus/ Antifaschismus .....	41

## Jugend

Erste Thesen zu Jugend-Diskussion .....	46
Jugend & Anti AKW Bewegung .....	51

### Kontakte & Abos:

**Ost:** Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/ 6121848. **West:** Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln / Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn. **Nord:** Zirkular, c/o St. Pauli Str. 10, 28203 Bremen / Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen / Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg. **Süd:** Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel & Fax: 0621/ 6295271 / Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg. **Abos:** Wer an der Zirkular Diskussion teilnehmen möchte hat die Möglichkeit eines Abonnements. Einzelexemplar 4 DM, 6 Ausgaben 24 DM / Ausland 30 DM. Schriftliche Bestellung an: Sisina, Berlin und Vorkasse an Sisina GbR, Kto.: 31502-109, Postbank Berlin, Blz.: 100 100 10.

V.i.S.d.P.: P. Müller

**Titelseite:** Artikel "Arbeitsverweigerung ..." ist aus der FR vom 18.10.94

**Redaktion:** Nordkette

## Liebe Leserinnen und Leser, Genossinnen und Genossen,

hier nun endlich Zirkular Nr. 9, diesmal erstellt von der Regionalredaktion Nord (Bremen, Göttingen, Hamburg und Lüneburg). Wir hätten uns den Produktionsprozeß gern geruhsamer gestaltet, aber parallel dazu fand gleicherorts das zweite Treffen, auf dem Weg zu einem Nachfolgetreffen von Biedenkopf, statt. Einen zusammenfassenden Bericht darüber konnten wir angesichts des Herstellungsdrucks nicht mehr angehen. Für Zirkular 10 muß sich dazu also noch jemand bereit erklären!

An dieser Stelle deshalb nur einige Sätze zu den konkreten Ergebnissen:

Es wurde beschlossen, den Arbeitskreis "Militante Untersuchung (AK MU)" wiederzubeleben. Zur Wiederbelebung gehört erstens ein **Delgiertentreffen**, das am Wochenende vom **09.-11. Dezember in Hagen** stattfindet. Dort soll nach bisheriger Planung, eine erste Bestandsaufnahme über die noch bestehenden Aktivitäten auf diesem Feld erfolgen. Zweitens wird ein inhaltlicher und organisatorischer Fahrplan, für ein am **24.-26. März 1995** nachfolgendes, größeres **Arbeitstreffen** dieses Arbeitskreises in **Biedenkopf**, festgeklopft. Eingeladen werden dafür dann erstmal alle, die an dem entsprechenden Arbeitsfeld ein ernsthaftes Interesse haben. Wobei die TeilnehmerInnenzahl allerdings auf 40 (max. 50) Personen begrenzt ist. Eine **rechtzeitige und verbindliche Anmeldung** wird daher bis Mitte-Ende Dezember 1994 erbeten.

Um die Lesbarkeit zu verbessern, haben wir uns während der Drucklegung für ein zweiseitiges Layout entschieden. Zudem haben wir die Texte thematisch gegliedert und sie vier großen Blöcken zugeordnet, die wir jeweils durch eine Kopf- besser: Randzeile kenntlich gemacht haben:

1. **Welt der Arbeit.** Darin finden sich diesmal Berichte und Meldungen zu Zwangsarbeit, Streiks und ArbeiterInnenkämpfen und Tarifpolitik in der Bundesrepublik, Europa und dem internationalen Ausland.

2. **Italien.** Die Berichte in diesem Block gehen teilweise über die Welt der Arbeit hin-

aus -deswegen ist er eigenständig- denn sie ermöglichen einen allgemeineren Blick auf die derzeitige (sozial-) politische Situation in Italien. Sie basieren auf Rohübersetzungen von Texten aus einer, wöchentlich erscheinenden, anarcho-syndikalistischen Zeitung in Italien.

3. **Antifa.** Dieser Block besteht aus 2 Texten. Der erste stammt aus Göttingen. Er liefert im ersten Teil endlich eine solide Beschreibung des Entstehungszusammenhangs der autonomen Antifa(M). Im zweiten Teil wird die Bewegungsform dieser Gruppe, d.h. ihre Aktionen, ihr Auftreten und ihre Akzeptanz in der Göttinger Szene, einer näheren Betrachtung unterzogen und eine Kritik daran formuliert. Daneben enthält dieser Block den Text eines ehemaligen Antifas aus Bremen. Mit ihm wird versucht die Debatte um antifaschistische Politik wieder aufzunehmen, indem er nochmal Stellung zu einigen bisher veröffentlichten Papieren bezieht. Er ist außerdem der erste Teil einer zwei- bis dreiteiligen Serie, die in den kommenden Zirkularen fortgesetzt werden soll.

4. **Jugend.** Auch hier wieder zwei längere Texte, sämtlich aus Hamburg. Einmal werden die wendländische Bewegung um das geplante Endlager Gorleben, und die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten anlässlich der angekündigten Castor-Transporte dargestellt und kritisch gewürdigt. Zum anderen präsentiert M. aus Hamburg Thesen zur Bedeutung und dem Verständnis der - seiner Meinung nach- existierenden Jugendbewegung. Besagter Text ist zwar recht abstrakt, wirft aber andererseits reichlich Licht auf die Frage, was im sozialpädagogischen bzw. -wissenschaftlichen Bereich durch den Begriff Jugendbewegung eigentlich thematisiert wird und was nicht. M. wirft dabei u.a. die provokante These auf, daß sich mit der Jugendbewegung eine umfassende, im Gewand einer "Wertediskussion" daher kommende, Legitimationskrise des Systems manifestiert, die sich eigentlich nur mit der Umbruchssituation 1967ff vergleichen läßt.



Im Sommer haben wir uns mit einem kanadischen Autoarbeiter getroffen, der kurz in Berlin war. In einem Werk ganz in der Nähe der Fabrik, in der er selber arbeitet, hatte es den ersten Streik gegen die "lean production" gegeben, und er hatte daran auch als Streikposten teilgenommen. Insofern hatten wir großes Interesse mit ihm über die neue Managementmode der "agile production" zu reden. Er hatte darüber auch ein Papier verfaßt, in dem er die aktuelle Managementdebatte in den USA besprach. Unserer Ansicht nach verfällt er aber in diesem Papier in den bekannten linken Fehler, diese neue Managementlinie bereits für durchgesetzt zu halten. Die Manager selber sind sich da gar nicht so sicher, hier gibt es seit einem knappen Jahr einen heftigen Streit darüber, in welche Richtung man nun gehen müsse (virtuelle Fabrik? schlanke Kettenprozesse von Wertschöpfung? agile Fabrik? und was der Schlagworte mehr sind - lest auch auf jeden Fall nochmal den Artikel im Zirkular 3 zu diesem Thema). Ein Interview mit ihm, in dem wir solche Punkte vertiefen wollten und auch nochmal genauer wissen wollten, wie sich die Konflikte in den kanadischen und us-amerikanischen Autofabriken um die schlanke Produktion weiterentwickelt hatten, geriet dann allerdings noch stärker in das Fahrwasser, daß er die desolate Situation der nordamerikanischen Arbeiterklasse beklagte und die Durchsetzung dieser neuen Managementmethoden praktisch schon vorwegnahm. Im folgenden haben wir sowohl seinen Artikel als auch das Interview mit ihm kurz zusammengefaßt.

## Von schlank zu flink

(Zusammenfassung der Teile des Papiers "Stepping Beyond Lean to Agile" (von Bruce Allen, Shop Committeeperson - GM Unit CAW Local 199, vom 19.6.1994), die sich mit dem "agile system" befassen)

Unter den Konzernen, die auf "agile" setzen, befinden sich die drei großen US-Autoproduzenten. Es soll ihnen die Grundlage liefern "für eine neue Art, technische, menschliche, soziale und natürliche Ressourcen zu dem zu organisieren, was wahrscheinlich die vorherrschende Industrieform des 21. Jahrhunderts sein wird". (1)

### Virtuelle Unternehmen

"Agile" ist sehr vielfältig und wird sehr breit eingesetzt werden. "Agile" geht nicht nur weiter als "lean", weil es ganze Produktionszyklen schnell an neue Anforderungen anpassen kann. Es bezieht auch "Produktionsdesign, Geschäftsbeziehungen und Konzernstrategien, zusätzlich zu all den Elementen der Produktionskette" mit ein. (2) "Agile" ist ganzheitlich. Jede Struktur in einem Konzern oder einem Unternehmen muß "agile" sein, damit es eine tatsächlich "agile" Organisation wird. Für die Geschäftsbeziehungen in der Autoindustrie wird das heißen, daß es unendlich mehr Joint Ventures oder strategische Allianzen geben wird als gegenwärtig existieren.

Ein zentrales Konzept von "agile"-Projekten ist das "virtuelle Unternehmen". Virtuelle Unternehmen sollen flüssige Strukturen sein, bestehend aus Partnerschaften, die "sich schnell formieren und effektiv operieren, auch wenn sie auf viele verschiedene Standorte verteilt sind". Diese Organisationen werden sich bilden, um Daten und Ressourcen gemeinsam zu nutzen, damit bestimmte Ziele erreicht werden, und dann wieder auseinandergehen, wenn die Allianz nicht länger nützlich ist. Dies wird es verschiedenen Konzernen ermöglichen, die spezifischen Stärken der jeweils anderen zu nützen, wenn und soweit sie benötigt werden. Mit anderen Worten, die Formierung der virtuellen Unternehmen wird der Schlüssel sein, der es den Autofabriken und anderen Konzernwerken ermöglicht, sich schnellstens umzustrukturieren oder ihre Operationen umzugruppieren, um neue Produkte

herstellen zu können. Hierin liegt das Potential des "agile manufacturing" für die Massenproduktion, eine der technologischen Voraussetzungen ist der Aufbau von Computernetzen und Hochgeschwindigkeits-Kommunikation ["Datenautobahn" in der BRD].

### **Eine "agile" Belegschaft**

Rick Dove beschreibt in sehr allgemeinen Begriffen die Modellbelegschaft des "agile" als eine, die genauso "agile" sein muß wie die Technologie, die sie anwendet. Er sagt ganz klar, daß "beide 'agile' sein müssen, oder keins von beiden funktioniert". (3) Goldman fordert eine Belegschaft, die "eine Vision mit dem Management teilt, ein gemeinsames Engagement für gemeinsame Werte, gemeinsamen Erfolg und eine gemeinsame Verantwortung, um diesen Erfolg zu schaffen". (4) Rick Dove spricht auch von der Notwendigkeit "einer kulturellen Wende in der Art, wie Menschen interagieren" und einer Belegschaft, die "auf allen Ebenen eine gemeinsame Vision teilen". Diese habe den gleichen vereinigenden Effekt wie "das Erkennen eines gemeinsamen Feindes". Diese Vorstellung einer "agilen" Arbeitskraft deckt sich also mit der Ideologie der Konkurrenzfähigkeit ["Standort-Debatte" in der BRD], die uns glauben machen soll, daß wir und unsere Bosse auf derselben Seite stehen in einem weltweiten Kampf ums wirtschaftliche Überleben gegen andere Arbeiter und deren Bosse.

Die Vertreter "agiler" Konzepte betonen die Bedeutung von individueller Initiative und dezentralisierter Entscheidungsfindung. Sie lehnen hierarchische "Entscheidungsketten" ab, weil diese nicht schnell sind. Sie werden aber die Ebene der Entscheidungsfindung nur in dem Maße nach unten verlagern können, wie sie Belegschaften haben, die sich mit den Unternehmenszielen identifizieren. Wie bei der "schlanken Produktion" wird auch jetzt die Definition der Unternehmensziele und die Entscheidung darüber, wo das Geld investiert wird, Aufgabe der Spitzenmanager bleiben.

Für die Arbeiter bedeuten diese Projekte nichts Gutes. Sie sollen letztlich "virtuelle Arbeitskraft" in einer verflüssigten Struktur darstellen. Zwar setzt das Management nach wie vor auf Teams, aber in einem "agilen" System werden diese Gruppen wesentlich weiter flexibilisiert als in den Konzepten von "schlanker" Produktion. Die Vertreter der "agilen" Konzepte haben ihre Vorstellungen daraus entwickelt, was mit dem Teamsystem bei Toyota passiert war; daraus schlossen sie, daß ein neuer Teamansatz nötig war. Sie beklagen, daß "mit der dramatischen Ausweitung der Produktpalette bei Toyota, stellte das Unternehmen fest, daß eng miteinander verknüpfte Teams nicht leicht dazu zu bewegen waren, über die Teamgrenzen hinaus zusammenzuarbeiten, um die allgemeinen Kapazitäten der Firma zu verbessern." (5) Loyalitäten innerhalb der Gruppe führten zu Inflexibilitäten und machten Veränderungen unmöglich. Zusammengefaßt lautete die Schlußfolgerung, daß Toyotas Gruppenkonzept eine Hürde für die Umstrukturierung war. Zur selben Schlußfolgerung kamen sie bezüglich kalzen.

### **Instant teams**

"Agile" bedeutet nun, daß die Manager die Teams so flexibel miteinander "vernetzen" wollen, daß sie in jedem Moment auf die bestmögliche Art miteinander kombiniert werden können, um maßgeschneiderte Produkte oder Dienstleistungen produzieren zu können. Sie stellen sich also eine Arbeitskraft vor, welche "unablässig neue Produktteams entwickelt". Der Brennpunkt der Gruppenanstrengungen wird sich notwendigerweise verlagern "von schrittweisen Prozeßoptimierungen zur Schaffung von ständig wachsenden Kapazitäten". Darüberhinaus wird von den Menschen, die in solchen dynamischen Netzwerken arbeiten und darin "instant teams" bil-





den, verlangt, daß sie unmittelbar zusammenarbeiten. Die Arbeitsplatzbeschreibungen werden immer weiter gefaßt und sollen schließlich ganz verschwinden.(6) Wenn von "kundenorientierter Organisation" gesprochen wird, so heißt das, daß die Belegschaften zu hilflosen Spiel-

zeugen des Marktes und damit die Arbeiter dem Kapital vollständig untergeordnet werden sollen. Dies läßt sich auch deutlich zeigen an der Zusammensetzung einer solchermaßen "agilen" Belegschaft: Sie soll aus einem Kern von festangestellten Arbeitern bestehen, der von einem verflüssigten und breiten Bereich von befristet eingestellten und schlechter bezahlten Arbeitern umgeben ist, aus denen bei Bedarf weitere Festangestellte rekrutiert werden.

Ein großer Teil an Ressourcen wird für die permanente Weiter-Qualifizierung der Arbeitskraft bereitgestellt. In diesen Kursen werden die fest angestellten Arbeiter in "Informationsbearbeitung und Entscheidungsfindung" trainiert.

Die Beschäftigung von befristeten Arbeitern erleichtert das ständige Infragestellung von erkämpften Arbeitsbedingungen durch das Management. Dies gilt besonders für die Autoindustrie, wo immer weitere Dezentralisierung in den letzten Jahren Hand in Hand ging mit der Einführung von "schlanken" Produktionsweisen und wo weltweite Zulieferung durch einen einzigen Lieferanten nunmehr normal geworden ist.

"Agile" Produktion wird auch die Entwicklungsabteilungen drastisch verkleinern. Ingenieurbüros werden deren Arbeit übernehmen, die durch Software weitgehend standardisiert wird.

Durch "agile" Methoden werden vor allem alte Fabriken angegriffen, denn "die strukturelle Rigidität eines Unter-

nehmens steigt mit seinem Alter und seiner Größe". (7)

### **"Agile" und die Autoindustrie**

Insofern steht speziell die Autoindustrie im Fadenkreuz der "agile"-Philosophie, denn hier wurden in der Vergangenheit Tarifvereinbarungen getroffen, die auf die Massenproduktion zugeschnitten grundlegend unvereinbar mit "agile" sind. Am deutlichsten wird das an der Tatsache, daß all diese Vereinbarungen von feindlichen, einander entgegengesetzten Interessen ausgehen, etwas Undenkbares im "agilen" Unternehmen. Weitere Beispiele sind die Senioritätsregeln und vielfältige Arbeitsplatzbeschreibungen, allesamt Hindernisse für "agile" Unternehmensführung. Mit solchen Betriebs- und Tarifvereinbarungen kann ein Unternehmen weder auf plötzliche und unerwartete Veränderungen reagieren, noch kann es die Belegschaft nach Belieben (Verlagerung, Dezentralisierung) hin und her schieben; im Gegenteil mußte solche Beweglichkeit bisher immer teuer erkaufte werden.

Es kann deswegen nicht deutlich genug herausgestellt werden, daß "agile" in der Autoindustrie vor allem aggressive Anstrengungen der Unternehmer zur Verkleinerung der Betriebe bedeutet.

Zusammengefaßt verspricht "agile" Produktionsweise den Autounternehmen die Möglichkeit, (Fabriken) zu verkleinern und die Kosten zu reduzieren in einem Ausmaß wie nie zuvor. Im selben Ausmaß wird sie ihre Konkurrenzfähigkeit steigern. Aber gegen wen?

"Agile" ist deswegen so extrem gefährlich für die Autoarbeiter, weil z.B. gerade General Motors Fabriken direkt gegen einander um Arbeit konkurrieren läßt. Nur Fabriken mit "konkurrenzfähigen" Abschlüssen sollen erhalten werden oder bekommen sogar mehr Arbeit. "Agile" soll genau diese Strategie verschärfen und letztlich dazu führen, daß Arbeiter mit Löhnen und Arbeitsbedingungen wie im 19. Jahrhundert Technologie des 21.

## **Zusammenfassung des Interviews mit Bruce:**

*Zuerst erzählt er von der Arbeitssituation, später geht's dann allgemein um Autoindustrie bzw. überhaupt Management-Techniken.*

In St. Cathrins gibt es zwei Fabriken von GM mit insgesamt 6 000 ArbeiterInnen. Er arbeitet seit siebzehn Jahren in einer der beiden Fabriken, dort stellen sie Teile her wie Bremsen, Achsen, Getriebe, es gibt eine Schmiede... Viel Fluktuation. Es gab Massenentlassungen, aber viele wurden inzwischen wieder eingestellt, tröpfchenweise. Eine der beiden Fabriken hat 3 000 Beschäftigte (Motorenwerk für V6 und V8).

Teilweise wurde Produktion in die USA verlagert. Die Belegschaft wurde durch Umstrukturierungsmaßnahmen halbiert. Es gab eine Reorganisation der Arbeit in den Fabriken, und zwar eine Rationalisierung ohne große Veränderungen der Tarifvereinbarungen. Dieser Prozeß dauert immer noch an. In zwei Jahren wird es wieder eine Krise geben, denn letztes Jahr wurde eine Tarifvereinbarung über drei Jahre abgeschlossen. Produktion läuft weiter unter den gegebenen Vereinbarungen, aber die Firma wurde von einer anderen Firma aufgekauft. Sie wissen nichts darüber, sie kommt aus Cleveland, Ohio. Der Vertrag läuft bis 1996.

*Frage: Wie läuft das mit den Renten, wenn die Fabrik geschlossen wird?*

Bruce: Seit 1982 sind die in Kanada abgeschlossenen Tarifverträge besser als die in den USA. Die kanadische Sektion hat Widerstand gegen Zugeständnisse geleistet, deswegen haben sie weniger verloren als in den USA. Seit 1982 gibt es einen Widerspruch zwischen der kanadischen UAW und der US-UAW, zwischen den jeweiligen Führungen. 1984 war die US-Linie eine der Zugeständnisse, Kanada war dagegen, hat

auf die Unabhängigkeit von der Konzernleitung geachtet. In den USA gab es eine Profitbeteiligung, in Kanada Lohnerrhöhungen, die Renten sind besser, in den USA gab es sehr miese Abkommen. In den USA wurde das Two-tier-Lohnsystem eingeführt - bis zu 65% der normalen Löhne. In Kanada gibt es für Einsteiger 85% in den ersten 18 Monaten. 1984 gab es eine Spaltung über die Frage der Lohnerrhöhungen: In Kanada gab es 3% mehr Grundlohn, in den USA eine einmalige Zahlung. Seither ist der Unterschied: In Kanada gibt es Grundlohnerrhöhungen, in den USA mal auch, mal Einmalzahlungen. Der Unterschied bei den Grundlöhnen zwischen Kanada und den USA wächst. Die US-UAW ist immer mehr auf Konzernlinie.

*Frage: Führt das zur Flucht der Autoindustrie aus Kanada? Die deutsche Autoindustrie geht ja in die USA.*

Bruce: BMW geht nach North Carolina, die Bedingungen dort ähneln denen in Mexiko. Etwa 4% aller ArbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert, die meisten davon arbeiten im öffentlichen Sektor. Die Bedingungen klingen sehr nach maquiladora, was Kapital anzieht, das nach besseren Arbeitsbedingungen sucht. 1985 wurde in Kanada die kanadische Automobilarbeitergewerkschaft gegründet (Spaltung der UAW), seither gibt es bessere Verträge. Auch die politische Ausrichtung ist in Kanada deutlich mehr links als in den USA.

*Frage: Gibt es denn eine Flucht der Autoindustrie aus Kanada?*

Bruce: Nicht allgemein, bei GM ja, und bei Zulieferern. Der kanadische Dollar ist weniger wert als der US-\$, das ist billiger fürs Kapital. Das Gesundheitssystem ist in Kanada staatlich, in den USA nicht. Das heißt geringere Kosten für die Firmen durch die health care benefits.

Diese zwei Faktoren haben dazu geführt, daß das Kapital bleibt. In einem größeren Zusammenhang spielt das Kapital Belegschaften gegeneinander aus, erpreßt sie und ihre Vertretungen zu Konzessionen.

*Frage: Siehst du Möglichkeiten, dagegen zu kämpfen?*

Bruce: Schlecht. In den USA produzieren Firmen dasselbe mit 'competitive agreements', es gibt Rationalisierung bei den FacharbeiterInnen. Diese Fabriken haben 'alternative work schedules', z.B. Lordstown 14-Stunden-Tag. Eine Gruppe fängt montags an, eine andere dienstags, die nächste mittwochs. Für die Firma bringt das: Sa. und So. arbeiten Leute 10 Stunden, 4x10, normal acht Stunden, damit kommen sie auf 50% längere Maschinenlaufzeiten, das heißt sie brauchen weniger Fabriken für dieselbe Produktion. Das ist zentral für die Umstrukturierung der Fabriken. Es erleichtert das gegeneinander Ausspielen der Fabriken nach dem Schneeballsystem. Bei den 'alternative work schedules' entstehen weniger Kosten für fixes Kapital. Viele Leute an der Basis wollen ihren Job behalten, das gibt eine schwierige Lage für die Führung, die sich gegen die Erpressung wehren will. 1993 gab es eine Umfrage, welche Vorschläge die Leute für die Tarifverhandlungen haben, und es war schlimm: viele würden Lohnsenkungen akzeptieren, um den Job zu behalten.

*Frage: Gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit in Kanada?*

Bruce: Allgemein über 10 %, in meiner Stadt 15 %, real sind es noch mehr. Wer seinen Job verliert und einen neuen findet, bekommt die Hälfte des Lohns. Ein Montierer bekommt \$ 20,80 plus benefits, in anderen Jobs gibt es vielleicht \$ 10 oder \$ 12. Das weiß jeder. Deswegen gibt es Zugeständnisse. Das ist ein Teu-

felskreis. Abgesehen von kleinen Siegen geht alles abwärts. Vor allem unter den jungen ArbeiterInnen gibt es kein Klassenbewußtsein, kein Wissen darüber, wie die Bedingungen und höheren Löhne erkämpft wurden. Sie denken nicht, daß sie andere Interessen haben als die Firmenleitung. Es gibt natürlich auf Fabrikebene Konflikte in Alltagsfragen, aber es gibt kein Konzept von allgemeinen Fragen des ganzen Sektors oder der Umstrukturierung des Kapitalismus als ganzem. Die Leute denken einfach nicht in diesen Begriffen. Das gilt vor allem für die jungen Leute, die aus den Schulen kommen. Sie haben keinerlei Konzept von Arbeiterbewegung oder Klasse oder so.

*Frage: In den USA haben sie das Problem, daß die soziale Absicherung über Seniorität organisiert ist, das heißt, ihre Arbeitskraft ist im Schnitt über 40. In Deutschland ist sie im Vergleich sehr jung. Gab es Entlassungen und gleichzeitig Einstellungen von jungen?*

Bruce: Nein, wenn ich jung sage, sind die Ende 20, Anfang 30. Mit wenigen Ausnahmen sind das Leute, die schon neun Jahre gearbeitet haben. Seit 1985. Es gab Massenentlassungen 1983 bis 1985 in St. Cathrins. 1988 bis 1990 gab es nochmal paar wenige Einstellungen.

*Frage: Du redest also von Leuten, die etwa zehn Jahre in dieser Fabrik arbeiten, und diese Leute haben kein...*

Bruce: Da gibt es kein Klassenbewußtsein, überhaupt nicht. Ich will es nicht simplifizieren, aber die meisten dieser Leute machen permanent so viele Überstunden, wie sie nur können. Das erste, was sie machen, ist ein Haus kaufen, und dann zahlen sie die Kredite ab. Und dem muß sich alles unterordnen. Und die AktivistInnen sind eher in meinem Alter, die Jungen sind meist überhaupt nicht aktiv. Aber auch diese AktivistInnen sind meist nur auf der Fabrikebene aktiv, sobald es um politische und soziale Fragen geht, sind die meisten von ihnen eher rechts. Es gibt viel Rassis-



mus, Sexismus, Homophobie. Vor kurzem gab es z.B. eine große Kontroverse, da wollte die Provinzregierung eine Gesetzgebung einführen, die homosexuellen Paaren dieselben Rechte geben wollte wie verheirateten heterosexuellen Paaren. Und die Reaktion innerhalb der Gewerkschaft war, daß der größte Teil der Belegschaft dagegen war. Wahrscheinlich war auch eine Mehrheit der Gewerkschaftsführung in der Fabrik dagegen, obwohl die das nicht offen gesagt haben. 1992 beim Candy-Streik wurden sex benefits gefordert, aber ich glaube nicht, daß das von der Basis kam. Die kanadische Autoarbeitergewerkschaft hat ein Programm, das einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Menschenrechten legt, auch Antirassismus und Antisexismus usw.. Aber ich denke, das kam aus einem Teil der Führung, nicht von der Basis, sowas in die Tarifvereinbarungen einzubringen. Die Basis tendiert dazu, eher Lohn- und Arbeitsbedingungsfragen zu behandeln. Das ist ein Problem bei den Umstrukturierungen, was wird geändert und wann? Der ganze Rahmen der Angriffe des Kapitals, die Leute sehen das einfach nicht in diesen Begriffen. Auch der Führung geht es hauptsächlich um die direkten Fragen auf der Fabrikebene, und ihre politische Sichtweise ist keineswegs links.

*[Lücke durch Bandende]*

Bruce: ... Wir reden hier von einem komplexen Phänomen, das, wenn ihr es mit einem ideologischen Begriff benennen wollt, man als Rahmenbedingungen der kapitalistischen Offensive gegen die ArbeiterInnen bezeichnen könnte. Die Leute selbst sehen das allerdings nicht in diesen Begriffen, und das schließt jetzt den Großteil der Führung der Gewerkschaften ein, die sich mit aktuellen Problemen im Betrieb befaßt, aber deren politische und soziale Positionen oft keineswegs linke sind. Die Linke in Kanada war noch nie so klein und schwach wie heute. Die Basis der sozialdemokratischen Partei in Kanada ist weitestgehend zusammengebrochen, bis

auf den Westen Kanadas; der linke Flügel der Sozialdemokraten besteht aus ein paar winzigen trotzkistischen Gruppen, und dann gibt es noch eine kommunistische Partei, die, anders als noch vor zehn Jahren, heute keinerlei Bedeutung hat.

Aber das reflektiert nur den Bewußtseinsstand der meisten Leute im Betrieb und der Basis-Funktionäre. Und dafür trägt die Gewerkschaft auch mit Verantwortung. Sie hat sich der Veränderung des Arbeitsprozesses in den Fabriken nicht entgegengestellt. Die Komitees in den einzelnen Fabriken blieben sich meist selbst überlassen, niemand unterstützte sie in ihren Kämpfen. Wenn die Konzerne es nur mit ein paar vereinzelten Komitees in den Betrieben zu tun haben, ist es für sie ein Leichtes, z.B. ihr Programm der schlanken Produktion in allen ihren Werken - zumindest teilweise - einzuführen. Natürlich gibt es keinen einheitlichen Grad, wie weit das eingeführt ist, das variiert von Fabrik zu Fabrik, und das hat auch damit zu tun, daß es keinen konzertierten Widerstand in allen Fabriken gemeinsam gegeben hat. Die Gewerkschaftsführung auf der Fabrikebene hat das Gefühl, daß sie nicht die volle Unterstützung der landesweiten Gewerkschaftsführung hat, das auf Konzernebene anzugehen.

*Frage: Wie erklärst du die Bemühungen der Manager, über die Einführung "schlanker Produktionsweisen" hinauszukommen, was jetzt immer offener zutage tritt?*

Bruce: Die Industrie Amerikas, insbesondere die Automobilkonzerne und die US-Rüstungsbetriebe, arbeiten seit Jahren an einer komplett neuen Produktionsweise namens "Agile Manufacturing". Das soll jetzt auch bei uns in St. Cathrins eingeführt werden. Ich war auf einer Sitzung dabei, als uns erklärt

wurde, wie das Management sich das vorstellt. In 14 Monaten wollen sie die Produktionsbänder für Kurbelwellen und Motorblöcke komplett auf "agile" umstellen, nach einem weiteren Jahr sollen die Bänder, wo die Motorköpfe montiert werden, voll "agile" laufen, zu dem Zeitpunkt

soll die Montage überhaupt auf "agile" umgestellt sein.

*Frage: Was heißt das für die ArbeiterInnen: "agile"?*

Bruce: Im wesentlichen, daß sie die Produktion sehr schnell neuen Vorgaben anpassen können. Sie brauchen also noch mehr Flexibilität als bisher. Und das bedeutet für die ArbeiterInnen, daß sie noch mehr Rechte im Betrieb verlieren, Senioritätsrechte, Eingruppierungen...

*Frage: Das bedeutet auch eine sehr starke Spaltung zwischen normalen und flexiblen ArbeiterInnen...*

Bruce: Ja. Es bedeutet, daß sie einen Kern von ständigen, hochqualifizierten ArbeiterInnen haben, deren Ausbildung permanent auf den neuesten Stand gebracht wird, der je nach Bedarf aus einem großen Pool von ZeitarbeiterInnen ergänzt wird. Dazu müssen sie natürlich die bestehenden Tarifverträge vom Tisch bekommen. Aber wenn sie mit ihren Erpressungsmethoden so weitermachen wie bisher, ist diese Frage schon beantwortet. Und selbst wenn sie die ZeitarbeiterInnen nicht bei den Tarifverhandlungen durchsetzen können, dann machen sie's halt durch Auslagerung der Produktion. Und so wird's auch laufen. Denn wenn sie fordern, daß da dauernd ZeitarbeiterInnen ins Werk kommen und wieder fliegen, und das alles als Teil der Belegschaft, für die die Tarifverträge gelten, das wäre ein zu großer Schlag ins Gesicht der Gewerkschaft. Sie

werden's also subtiler versuchen, mehr nach und nach, und das heißt, daß sie den Anteil der ausgelagerten Produktion stetig vergrößern, dadurch die Belegschaft Schritt für Schritt abschmelzen und so schließlich dasselbe erreichen.

"Agile" hat eine ziemliche Ähnlichkeit mit "lean production", obwohl es darüber hinausgeht. Es ist ähnlich, weil es auch hierbei speziell darum geht, die Umstrukturierung zu ermöglichen, die Arbeitsprozesse zu verschlanken, um die Auslastung der Kapazitäten zu erhöhen [increase capacity utilization]. Und das ist die Hauptlinie: Mehr Arbeit aus bestehenden Anlagen rauszuholen, aus bestehenden Belegschaften, um die jeweils geforderten Produktionsziele mit möglichst wenig Leuten und Maschinen zu erreichen.

Ich denke, daß "agile" dem Management noch viel stärker als bisher schon die "lean production" die Möglichkeit gibt, den Umstrukturierungsprozeß voranzubringen und zu beschleunigen.

"Lean" war dazu da, ein bestimmtes Produkt effizienter herzustellen. Bei "agile" geht es darum, mit derselben Anlage verschiedene Produkte je nach Bedarf so effizient wie möglich herzustellen.

Für die ArbeiterInnen hätte das katastrophale Folgen. Der bisherige Umstrukturierungsprozeß hat die Organisationen überall bedeutend geschwächt. Nicht nur im Betrieb, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Fähigkeit, politische Veränderungen zu erzwingen und all das. Ein System, das den Umstrukturierungsprozeß verstärkt und beschleunigt, stärkt generell die Macht des Kapitals, den Einfluß von Arbeiterorganisationen weiter zu beschneiden und zu schwächen. Im Betrieb, in ganzen Industriesektoren und in der gesamten Gesellschaft. Und sie wollen das in der gesamten amerikanischen Industrie durchsetzen, das ist offensichtlich. Die Leute, die daran arbeiten, kommen aus einem breiten Spektrum der US-Industrie, alle Bereit-

che der Industrie haben ein Interesse daran, den Angriff des Kapitals auf die ArbeiterInnen zu intensivieren, wieder weltweit wettbewerbsfähig zu werden, weltweit die Nummer Eins in ihrem jeweiligen Produktionsbereich zu werden. Ich denke, die herrschende Klasse in den USA sieht dieses System als Instrument, der amerikanischen Industrie wieder die Überlegenheit im Bereich Industrieproduktion zu verschaffen, den Vorsprung der japanischen und europäischen Industrie wieder wettzumachen.

Absolut wichtig und notwendig für das Leben und Überleben der Arbeiterorganisationen sind der Aufbau internationaler Netzwerke und internationaler Solidarität, wichtiger als je zuvor. Im Kontext der Bildung von NAFTA und der EG und WTO usw., der Globalisierung des Kapitals, der Entwicklung von Managementsystemen wie dem "agile manufacturing", die, wie ich denke, sehr breit eingeführt werden sollen, ist es für Arbeiterorganisationen absolut notwendig, zusammenzuarbeiten: und zwar ernsthaft und auf internationaler Ebene. Um eine kollektive Stärke zu entwickeln, die in der Lage ist, den multinationalen Konzernen und ihrer Macht etwas entgegenzusetzen. Wenn diese in der Lage sind, Fabriken und Kapital wie Schachfiguren zu bewegen und uns gegeneinander auszuspielen, müssen wir etwas Dementsprechendes dagegensetzen. Wir haben die Möglichkeit, die Konzerne das Fürchten zu lehren. Am frustrierendsten ist im Moment, daß die Arbeiterorganisationen, zumindest die Bürokratien, gerade erst damit beginnen, die Notwendigkeit dafür anzuerkennen - aber in der Praxis tun sie nichts. Es ist beinahe eine Dinosaurier-Mentalität. Ihre Sicht der Dinge und ihre Praxis geht komplett an den Realitäten vorbei. Und die Konsequenzen daraus werden *desastrous* sein. Besonders für Nordamerika sehe ich für die nahe Zukunft eine Situation kommen, in der wir beinahe vom Nullpunkt aus alles wieder aufbauen müssen. Sei es bei NAFTA, oder bei "Agile" usw., was wir brauchen ist eine aggressiv internationalistische Herangehens-

weise. Wenn das nicht passiert, dann werden die Konzerne immer wieder Siege einfahren. Wir sind beinahe wieder bei "Sozialismus oder Barbarei" angelangt, alles läuft immer mehr auf "alles oder nichts" raus. Auf der Ebene der für die Konzerne verfügbaren Technologien sowie auf der Ebene des fast nicht existenten Widerstands dagegen. Die Gewerkschaften sind absolut in der Krise, aber sie wollen das nicht zugeben.

Auf der letzten Konferenz des Canadian Labor Congress sprach ein Vertreter des TUC aus Britannien. Er berichtete von den Erfahrungen mit dem Thatcherismus und wie dieser nahezu alles zerstörte, wofür die Arbeiterbewegung gekämpft hatte. Ich dachte mir im Stillen, okay, du beschreibst all die schrecklichen Dinge, die unter Thatcher in Britannien passiert sind, aber was hat denn der TUC die ganze Zeit getan? Was tut er jetzt? Er sagte absolut nichts darüber, daß sie irgendeine brauchbare Strategie dagegen hätten. Das gilt meiner Meinung nach für den TUC, für den Canadian Labor Congress, für den AFL-CIO und wahrscheinlich auch für die meisten Gewerkschaften in Westeuropa. Es stellt sich heraus, daß sie diesem weltweiten Angriff des Kapitals gegen die ArbeiterInnen gegenüber komplett machtlos sind, der sich in all diesen Umstrukturierungsmaßnahmen manifestiert. Etwas muß da passieren, und zwar sehr schnell.

### Anmerkungen:

- (1) Dr. Steven Goldman, "Agile Manufacturing - A New Production Paradigm for Society", (Bethlehem, Pa.: The Iacocca Institute, 1993).
- (2) Editors, "The Agile Environment" (Automotive Industries, Oktober 1993), S. A5.
- (3) Rick Dove, "Lean and Agile: Synergy, Contrast and Emerging Structure" (San Francisco, Ca.: Defense Manufacturing Conference '93), S. 2.
- (4) Dr. Steven Goldman, a.a.O., S. 4.
- (5) B. Joseph Pine II, Bart Victor and Andrew C.

Baynton: "Making Mass Customization Work", Harvard Business Review, Sept-Oct, 1993, S. 114.

(6) ebenda, S. 115.

(7) Rick Dove: "Lean and Agile: Synergy, Contrast and Emerging Structure" (San Francisco, CA.: Defense Manufacturing Conference '93), S. 18.

Hier nun die angekündigten Informationen zu dem zweiten Streik bei GM in den USA (und ein weiteres Beispiel von Renault in Belgien), der sich auf den gesamten nordamerikanischen Produktionsverbund auswirkte. Im Unterschied zu Streik bei VW in Brüssel, der von der IGM reichlich totgeschwiegen wurde, erlaubt sich die 'Metall' in ihrer letzten Ausgabe (7.10.94) über diesen Streik einen kurzen Artikel. Ebenso fanden wir dazu einen Artikel in 'solidaire' vom 5.10. und haben dann noch einige Infos aus zwei Artikeln in Financial Times (FT).

## GM Flint/USA

Am Dienstag, den 26.9.94, traten 11 500 ArbeiterInnen einer Teilefabrik von GM in Flint/Michigan in den Streik. Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW wirft GM vor, die Arbeiter zu immer mehr Überstunden zu zwingen und die Taktzeiten zu erhöhen, statt neue Arbeiter für die in den letzten Monaten stark gestiegene Produktion einzustellen. (FT) 'Seit Monaten machen wir Überstunden, arbeiten jeden Sonnabend und Sonntag, tausend unserer Leute sind schon krank geworden', protestiert Dave Yetta, Präsident der örtlichen UAW in Flint. Die UAW besteht auf der Festanstellung von Full-Time-Arbeitern mit Anspruch auf Kranken- und Altersversicherung. GM will die Überstundenbelastung aus Kostengründen aber nur mit Teilzeitbeschäftigten abbauen. (metall) Außerdem versucht GM, Arbeiter mit Anreizen zum Wechsel in Werke mit zuwenig Personal zu bewegen. In den letzten drei Jahren hat GM die Beleg-

schaft um 50 000 auf 250 000 verringert. (solidaire) ergänzt: seit 1986 hat GM mehr als 150 000 Arbeitsplätze abgebaut).

Am Donnerstag berichtet FT, daß bereits am Mittwoch, also einen Tag nach Streikbeginn, die Produktion in drei nordamerikanischen GM-Werken wegen Teilemangel blockiert wurde. Der Streik drohe nun, fast alle Werke von GM in Nordamerika zum Stillstand zu bringen. Daraufhin kommt es am Freitag zu einer vorläufigen Vereinbarung - mittlerweile können bereits 22 300 ArbeiterInnen in anderen Werken nicht mehr ausgebeutet werden - und am Samstag soll über sie abgestimmt werden. (FT, 1.10.) Weiterer Verlauf bisher unbekannt.

## Renault Vilvorde/Belgien

**Das Mäuschen »CAT« stoppt den Elefanten Renault (solidaire Nr 38, 5.10.94, S. 11)**

Am Mittwoch, den 27. September 1994, erfahren die 18 Arbeiter der Subunternehmens-Firma CAT, daß ihre Produktion von Plastic Omalem (PO) übernommen wird und sie alle am 22. Dezember entlassen werden. Am nächsten Tag bricht der Streik los. Die Tore werden blockiert, nichts kommt mehr rein oder geht raus. CAT, gegenüber von Renault gelegen, macht die Vorauswahl von Stoßstangen, Lenkstangen und von Reifen für die Produktionslinien von Renault. Wegen des just-in-time-Systems stoppte die Produktionslinie bei Renault aufgrund des Teilemangels nach zwei Stunden Streik bei CAT. Um 19 Uhr wurden die Renault-Arbeiter ohne Lohnabzüge nach Hause geschickt. Die Direktion hatte in Panik die Chefs der beiden Subunternehmen aus Frankreich bestellt. Um 23 Uhr gab es bereits eine Übereinkunft: 14 Arbeiter von CAT bekommen einen Vertrag bei PO, vier weitere erhalten ein Jahr lang eine Aufstockung ihrer Arbeitslosenunterstützung bis zur Summe ihres aktuellen Lohnes. Ein Delegierter meinte, aufgrund der Einigkeit habe »das Mäuschen den Elefanten in die Knie gezwungen.«



# **Dokumentation:**

## **Flugblatt zu Air France**

### **vom August 1994**

*(s. dazu auch das Flugblatt im 3. Zirkular und den Artikel in der Wildcat 63. In diesen Veröffentlichungen werden einige Fragen aus dem hier folgenden Flugblatt genauer behandelt. Wegen der großen Bedeutung der Kämpfe bei Air France werden wir weiter darüber berichten)*

## **NACH DER ANNAHME DES BLANC-PLANS:**

### **DIE LAGE KLÄREN, UM DIE INITIATIVE WIEDER ZU ÜBERNEHMEN !**

Blanc hat mit seine Rolle sehr gut gespielt: die seit Januar mit Hilfe der Regierung und der Medien inszenierte Erpressung stellte den Plan als den letzten Trumpf dar, und bei den gefälschten Verhandlungen vom 26./27. März erklärte Blanc, er werde ein Referendum organisieren, falls es keine Zustimmung der 14 Gewerkschaften gäbe - alles das hat funktioniert. Diese "Alles oder Nichts"-Politik wurde in Wirklichkeit von den Gewerkschaften unterstützt, denen Blanc übrigens seine ganze Dankbarkeit bei der Vorstellung des Plans für das Unternehmen ausdrückte.

Also: zu meiner Linken CGT und CFTD ("wir lehnen den Plan und die Art und Weise der Verhandlungen ab"), die versuchen, radikal zu sein und sich gleichzeitig vor jedem noch so kleinen Arbeiterwiderstand hüten (inzwischen haben sich die Gewerkschaftsangeber zurückgezogen, um einen Klappstuhl am Verhandlungstisch zu ergattern), und zu meiner Rechten die FO, noch geschockt vom Alptraum der Oktoberstreiks, begeisterte Unterstützer des Plans, weil es keine "Rausschmisser" geben wird und weil der Staat Subventionen in Höhe von 20 Mrd FF versprach.

Bis hierher also nichts ungewöhnliches: Blanc, ein hervorragender Angestellter

des kapitalistischen Staates, bringt den Plan durch, zu dessen Annahme er ernannt worden war, die Gewerkschaften - durch den Oktober-Streik destabilisiert - finden durch ihren Gehorsam gegenüber den Chefs erneut ihren bequemen Vermittlerplatz, und die Parteien der Linken und der Rechten stoßen in das Horn der nationalen Einheit zur Rettung des Unternehmens.

Am schwächsten sind die Reaktionen der Arbeiter gegen diesen ideologischen Knüppel, der die Aufgabe hat, den gesamten nie vorher dagewesenen Umfang der in diesem Plan enthaltenen Angriffe zu verschleiern.

Die Arbeiter haben gedacht, wenn sie im April massiv für den besagten Plan stimmen, dann begrenzen sie den Schaden und retten das Wesentliche, d.h. ihre Arbeitsplätze in einer Situation, wo Millionen von ihnen stempeln gehen. Damit ist nichts.

Auch wenn Blanc die Bombe der Kampfbereitschaft der Arbeiter geschickt entschärft hat, indem er nur auf "freiwillige" Entlassungen zur Senkung der Lohnkosten zurückgreift, weiß er ganz genau, daß die 5.000 Stellenstreichungen ein Notbehelf sind, der gerade mal dazu ausreicht, den kommenden Jahren die Stirn zu bieten:

- bereits für 1995/96 ist die Geschäftsführung nicht sicher, die 3.000 "Freiwilligen" zur Entlassung zu finden.
- nach internen Firmenquellen sind zu einer gelungenen Durchführung des Plans 800 bis 1.000 "Rausschmisser" nötig.
- das Ende des Firmenmonopols auf den Inlandsstrecken und die Möglichkeit für Konkurrenzfirmen, billigere Linien zu eröffnen, werden einen Tarifkrieg zur Folge haben, dessen Rechnung vollständ-

dig von den Arbeitern durch tausende von Entlassungen bezahlt werden wird, genau wie in den USA in den 80er Jahren.

Blanc weiß das genau, wenn er die Situation im Lufttransport mit der im Automobilsektor vergleicht, wobei er aber den Preis zu

erwähnen vergißt, den die Arbeiter für die "Wiederbelebung" dieses Sektors bezahlen: 120.000 gestrichene Jobs in 10 Jahren.

Andererseits haben viele Arbeiter angesichts der 20 Mrd Subventionen und der angeblichen Freiwilligkeit der Entlassungen nicht die dramatischen Folgen für ihre Arbeitsbedingungen gesehen, die sich erst auf halbem Weg zeigen:

- Schaffung von elf Profitcentern, die Air France in eine Reihe von mittleren Einheiten zerbröseln läßt, um die Profite zu maximieren und die Arbeitereinheit zu zerbrechen.
- Trennung der Instandhaltungsabteilung in zwei Teile, mit eventuellem Rückgriff auf Leiharbeitsverträge für bestimmte Wartungsarbeiten, um die Spaltung zwischen den Qualifizierten und den Nichtqualifizierten zu betonen.

Dieser ganze Prozess wird als Rechtfertigung für den Bruch der Betriebsvereinbarungen und des Personalstatuts benutzt, die Center für Center durch neue Verträge ersetzt werden sollen, wobei selbstverständlich im Namen der Modernität und der heiligen Flexibilität die unausweichlichen Ungleichheiten bei der Produktivität zur Senkung der Löhne an einigen Stellen, zu ihrer Steigerung an anderen und gleichfalls bei der Personalführung in Rechnung gestellt werden. Auf diese Weise gibt es keine Gleichheit bei den Entlohnungsbedingungen mehr und auch kein gemeinsames Personalstatut, sondern eine Vielzahl von Arbeitsverträgen zur Spaltung der Arbeiter. Im Jahr 1997 werden die Arbeiter, falls

sie es mit sich machen lassen, insgesamt feststellen können:

- Air France wird innerhalb von fünf Jahren fast ein Viertel der Belegschaft verloren haben, und ihre Reallöhne werden sich um 15% verringert haben.
- ihr Arbeitsstatus wird unwiderruflich prekariert worden sein - das Ganze im Zusammenhang mit einer verschlimmerten internen Konkurrenz auf dem Hintergrund eines weltweiten Wirtschaftskrieges zwischen den Fluggesellschaften.

Heute, nach der Enthüllung der Absichten des Klassenfeindes, ist der Ball wieder bei den Arbeitern. Das Linsengericht der direkten Pseudodemokratie (Referendum) und der hingeworfene Knochen der angeblich "freiwilligen" Entlassungen sind angesichts der kapitalistischen Wirklichkeit nicht von Dauer, eine Wirklichkeit, die aus unerbittlichem Kampf gegen die Arbeiter besteht. Der Pseudo-Realismus, der darin besteht, das Rückgrat zu verbiegen und auf bessere Zeiten zu warten, ist nichts als eine verheerende Illusion, die Millionen von Arbeitern bereits teuer bezahlt haben, besonders im Bergbau, auf den Werften, in der Metall- und Autoindustrie.

Der Blanc-Plan ist schlimmer als der von Attali

Heute greift das Kapital an, um die Transportindustrie neu zustrukturieren, und der Blanc-Plan ist zum Modell geworden, das von vielen Luftfahrtgesellschaften in Europa imitiert wird.

Im letzten Oktober hieß das MODELL für Millionen Arbeiter in Frankreich und auf der ganzen Welt STREIK BEI AIR FRANCE.

Damit diese Erfahrung nicht umsonst gewesen ist, muß man verstehen, daß der einzige Realismus, der sich heute auszahlt, der Realismus des Kampfes ist, des unnachgiebigen Kampfes gegen das Kapital.

**Komitee zur Wiederergreifung der Arbeiterinitiative...**

## Vorbemerkung:

Ob und was wir von den Klassenkämpfen in den 192 Ländern der Erde mitbekommen, bleibt nach wie vor sehr zufällig, trotz verbesserter Nutzung von E-Mail in unserem Kreis und bestehenden internationalen Kontakten. Größere und finanzstärkere Organisationen leisten sich Ticker-Anschlüsse, mehr Leute könnten auch den unüberschaubaren Wust der E-Mail-Nachrichten vielleicht besser in den Griff bekommen, usw.. Angesichts dessen wirkt es objektiv etwas ulkig, wenn wir mehr über die Kämpfe der ArbeiterInnen im drei-Millionen-Land Uruguay wissen, als über die in den Milliarden-Ländern Indien und China. Ein erster Schritt wäre die Sammlung und Zusammenstellung von Meldungen (im Zirkular oder in der Box), auch wenn sie für sich genommen recht wenig aussagen. Das gleiche Problem hat Roth, wenn er mit Zahlen von Bauern oder Arbeitslosen und Beispielen von Kampfformen hantiert, ohne sie einordnen, also ihr relatives und historisches Gewicht bestimmen zu können.

Der Anspruch, den wir mit dem neuen Papier von Karl Heinz Roth teilen, ist allerdings die Gewinnung eines Standpunkts der weltweiten Arbeiterklasse.

Vor diesem Hintergrund hier die beiden folgenden Kürzest-Meldungen aus Ägypten (54 Mio. Einwohner) und Burma [offizielle Bezeichnung: Myanmar] (43 Mio.):

## Ägypten

(aus FAZ 4.10.94)

Drei Tote bei Streik in Ägypten. Bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Angehörigen und Sympathisanten streikender Arbeiter vor einer der größten Textilfabriken Ägyptens sind am Sonntag drei Menschen getötet worden. Nach Augenzeugenberichten starben die drei, darunter ein neun Jahre alter Junge, als die Polizei in der Deltastadt Kafr al Dawar, 170 Kilometer nördlich von Kairo, auf Demonstranten schoß. Das Innenministerium teilte mit, die Bereitschaftspolizei sei 'gezwungen' wor-

den, den Menschen entgegenzutreten, die den Eingang der Fabrik gestürmt hätten. Bei dem Zusammenstoß, so hieß es in der Erklärung weiter, seien zudem 40 Menschen verletzt worden, darunter elf Polizisten. Ungefähr 10 000 Arbeiter waren am Samstag in den Ausstand getreten, um gegen Pläne der Regierung zur Entlassung von bis zu 2000 Arbeitern zu protestieren. Der Gouverneur der Provinz Bahaira, in der Kafr al Dawar liegt, kündigte an, die Polizei werde weitere Gewalttaten der Streikenden und ihrer Sympathisanten niederschlagen.

## Burma I (1)

(aus Südostasien Informationen 3/94)

Zwangsarbeit in Mandalay. Bewohner von Mandalay, der zweitgrößten Stadt Burmas, werden laut Berichten von zwei nordamerikanischen Journalisten zu Zwangsarbeiten herangezogen. Im Rahmen des für 1996 geplanten 'Visit Myanmar Year' zwingt die burmesische Regierung Bewohner der Stadt, an Säuberungsaktionen teilzunehmen. Unbewaffnete Soldaten überwachen die Arbeiten. In den Artikeln in der New York Times und im Toronto Star heißt es, Familien von Militärangehörigen, sowie Personen, die eine Steuer von 150-200 Kyat entrichten, würden nicht zu den Arbeiten gezwungen. Bisher hatte es nur Berichte über Zwangsarbeiten in ländlichen Gebieten gegeben, zu denen die Öffentlichkeit keinen Zugang hat. (vgl. Burma Alert, Quebec, No. 8, August '94)

Zwangsarbeit beim Eisenbahnbau. Im Oktober/November 1993 begann der SLORC [seit 1974 herrscht ein Militärregime, nach einem Putsch 1988 der State Law and Order Restoration Council = Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung] den Bau einer Eisenbahnstrecke von Ye, im südlichen Mon-Staat, nach Tavoy, in der Tenasse-

rim Division. Die ca. 110 Meilen lange Strecke ist ein 'regionales Entwicklungsprojekt' der burmesischen Regierung. Seit dem Beginn der Arbeiten wird berichtet, daß tausende Menschen zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Die Menschen werden aus den umliegenden Dörfern und den beiden Städten gezwungen, für 15 Tage an der Eisenbahn zu arbeiten. Die Organisations Committee for Publicity of People's Struggle in Monland (CPPSM), die New Mon State Party (NMSP) und die Karen Human Rights Group (KHRG) berichten, daß die Zwangsarbeiter sogar ihr Essen selbst mitbringen müssen. Diejenigen, die fliehen oder 'nicht genug arbeiten', müssen mit Verhaftung rechnen. Teilweise werden die Dorfbewohner auch geschlagen und Frauen vergewaltigt. Dorfbewohner haben berichtet, daß drei parallele Strecken gebaut werden.

Die KHRG geht davon aus, daß es sich beim Ausbau einer der Strecken nicht um die Errichtung einer Eisenbahnlinie handelt, sondern um die Vorbereitung einer Gas-Pipeline, die von der burmesischen Küsten nach Thailand führen soll. Neben den beiden Staaten sind eine US-amerikanische und eine französische Firma an dem Bau beteiligt. Die Linie würde als Eisenbahnlinie ausgegeben, damit die Firmen nicht mit der Zwangsarbeit in Verbindung gebracht werden. (Vgl. The Ye-Tayoy Railway. An Independent Report by the Karen Human Rights Group, 13.4.94)

### **Nachbemerkung zu Südostasien-Information:**

Die Zeitung ist nicht so wahnsinnig interessant, sie machen ziemlich viel zu Menschenrechten und haben immer so Sonderthemen wie regionale Kooperation, Gesundheit und Medizin usw. Aber unter den Kurzinformationen, die sie aus einer ziemlich gründlichen Recherche und Archivierung der gesamten südostasiatischen Presse

rausziehen, finden sich manchmal interessante Hinweise.

Zu beziehen über: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 44807 Bochum, 0234-502748, Fax 502790, Einzelheft 7 DM, Abo 4 Ausgaben einschl. Porto 28 DM)

### **weitere Anmerkungen:**

(1) Vgl. dazu auch weiter unten die Zusammenstellung: Burma II. "Auszüge über Zwangsarbeit", aus Newsletter, August 1994.

### **Burma II - Auszüge über die Zwangsarbeit**

(Aus: Newsletter. Committee for Publicity of People's Struggle in Monland, August 1994 (Vol. 2, No 2.))

Die örtlichen SLORC-Einheiten zwingen hunderte Zivilisten zu Trägerdiensten an der Front im Mon-State.

In der Gemeinde Ye wurden im Juli dieses Jahres hunderte Zivilisten zu Trägerdiensten für das örtliche Infanterie-Battalion gezwungen. Zudem sollten sie als menschliche Schilde dienen. Einer von ihnen, ein 49 Jahre alter Träger berichtete in einem Interview über die "Rekrutierungsmethoden" der SLORC-Einheiten (State Law and Order Restoration Council):

"Ein paar Soldaten des 61sten Infanterie Battalions und einige der Gemeindevorsteher kamen am ersten Juli mitten in der Nacht zu meinem Haus, um, wie sie sagten, einen Routine-Check über unangemeldete Gäste zu machen. (Anm.: Die sog. Methode zur Kontrolle unangemeldeter Gäste ist ein Mittel zur Einschränkung der Reisefreiheit der Burmesen durch das SLORC-Regime. Die SLORC-Armee hat bisher diese Kontrolle unangemeldeter Gäste zum 'Ausheben' von Zwangsarbeitskräften und Trägern genutzt. In jedem Dorf oder jeder Stadt sind die Bewohner dazu verpflichtet, sollten sie Gäste bei sich empfangen, die örtliche SLORC-Verwaltungen über die Gäste zu informieren. Die Namen, Adressen, Berufe etc. müssen hierzu vorgelegt werden. Wird ein Gast unangemeldet



angetroffen, so werden sowohl die Gastgeber als auch der Gast zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt. Der lokale SLORC-Verwaltungsbeamte führt, bevorzugt nachts, Überraschkungskontrollen in den unter Verdacht der unangemeldeten Beherbergung stehenden Häusern durch)

"Da ich dachte, daß es sich um eine Routine-Kontrolle handelte öffnete ich die Tür und wurde sofort von den Soldaten ergriffen und zu ihrem Camp gebracht. Als ich im Camp ankam, traf ich viele weitere Zivilisten, die ähnlich 'gepreßt' und dort festgehalten wurden wie ich. Von den Soldaten wurde mir gesagt, daß ich als Träger für ihre Truppen auf dem Marsch zum Three Pagodas Pass zu arbeiten hätte."

Der Interviewte weiter zu den "Arbeitsbedingungen":

"Ich mußte abwechselnd Munition und eine runde Eisenstange (das Stativ eines 81er Raketenwerfers) tragen. Wir mußten über einige Berge und durch viele Bäche marschieren. Wir Träger wurden während der langen Märsche mit dem vielen Gepäck auf unseren Schultern und Rücken schnell müde und wurden auch nicht mit ausreichendem Essen versorgt. Gerade mal eine halbe Kondensmilchdose Reis, etwas Fischpaste und Salz für einen Träger pro Mahlzeit. All jene Träger, die die schweren Ladungen nicht tragen konnten wurden von den Soldaten geschlagen und getreten. Viele der Träger wurden auf dem Marsch krank und wurden von den Truppen nicht mit Medizin versorgt."

Dem Interviewten gelang es dann später zu fliehen, indem er einen seiner Bewacher reinlegte und die Chance nutzte sich zu verpissen. Jedoch traut er sich nicht, in seinen Heimatort und zu seiner Familie zurück zu kehren, da er mit Verfolgung durch die SLORC-Truppen rechnet.

Darüber hinaus wird von Leuten aus der Region berichtet, daß sie Leichen auf dem Marschweg der SLORC-Truppen

gefunden hätten, von denen angenommen wird, daß es gestorbene oder erschlagene Träger sind.

### **Ye-Tavoy Eisenbahnstrecke des Todes**

Der Bau der 110 Meilen langen Ye-Tavoy Eisenbahnlinie, die auf Kosten der Bevölkerung im Mon-State und im Tenasserim-Distrikt seit November 1993 gebaut wird, ist vorerst auf Beschluß der SLORC wegen der fortgeschrittenen Regenzeit ausgesetzt worden.

Von November '93 bis Juni diesen Jahres, so wird geschätzt, wurden 120.000 bis 150.000 unbezahlte Zwangsarbeiter zur Arbeit an diesem Projekt gezwungen. Die Leute mußten ihre eigene Verpflegung und ihr eigenes Werkzeug mitbringen. Tausende der Zwangsarbeiter litten an Krankheiten und hunderte von ihnen starben wegen der unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Einem Interview mit Leuten aus der Ye-Gemeinde zufolge starben 8 Leute aus dem Dorf Lamine, 6 aus Kort Doot und 4 oder 5 aus dem Dorf Lclorkanin in der Gemeinde Ye.

Einer der Interviewten sagte:

"Ich glaube nicht, daß es irgend ein Dorf ohne Tote für die Eisenbahn gibt." Hunderttausende Mon-State Bewohner flohen während der Bauzeit der Eisenbahnlinie in der Trockenzeit an die Thailändische Grenze, um der unbezahlten Zwangsarbeit zu entkommen. Die kommende Trockenzeit wird eine weitere "hard time" für die gesamte lokale Bevölkerung sein, da der Bau der Ye-Tavoy-Eisenbahn weitergeht.

## Unglücksoffer werden heimlich verbrannt

**in China sterben jedes Jahr mehr Arbeiter im Bergbau als in jedem anderen Land**

(aus: Frankfurter Rundschau, vom 1.11.94)

Chinas Kohlebergwerke sind Todesfallen. Jahr für Jahr sterben mehrere tausend Kumpel bei Gas- und Staubexplosionen, Wassereinbrüchen, Feuern und einstürzenden Stollen. Lebensgefährliche Arbeitsbedingungen und real sinkende Einkommen treiben immer mehr Bergarbeiter in illegale Streiks. Um die Hintergründe der häufigen Schreckensmeldungen aus Chinas Kohlegruben zu beleuchten, sprach der FR-Korrespondent in China, Henrik Bork, mit dem im Hongkonger Exil lebenden Arbeiterführer Han Dongfang.

**FR:** Schwere Bergwerksunfälle sind so häufig geworden, daß Chinas Regierung in diesem Jahr dringende Sonderkonferenzen zu dem Thema einberufen mußte. Wie viele Kumpels sind in der letzten Zeit in China bei Grubenunglücken ums Leben gekommen?

**Han:** Nach offiziellen chinesischen Statistiken sind allein 1993 in China 5036 Kumpel tödlich verunglückt. Doch in dieser Statistik sind die sogenannten "Hausbergwerke", in denen Bauern auf eigene Faust nach Kohle schürfen, nicht erfaßt. Dort gibt es so gut wie keine Sicherheitsvorkehrungen, diese kleinen Kohlebergwerke sind meist illegal und in der Nachbarschaft großer staatlicher Bergwerke angesiedelt. Wenn dort ein Unfall passiert, werden die Leichen aus Angst vor Strafen meist heimlich ausgegraben und verbrannt. Die Familien der Opfer bekommen eine geringfügige Geldsumme als Entschädigung und Schweige-

geld. Ich schätze, daß vergangenes Jahr rund 10.000 chinesische Kumpel tödlich verunglückt sind.

**FR:** China ist einer der größten Kohleproduzenten der Welt. Wie steht diese Unfallstatistik im Vergleich zu anderen Ländern da?

**Han:** In den USA verunglücken bei der Förderung von einer Millionen Tonnen Kohle 0,07 Prozent der Arbeiterschaft tödlich. In China ist es ein Vielfaches: 4,5 Prozent habe ich nach offiziellen Angaben der chinesischen Behörden errechnet. Doch diese Zahlen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit noch untertrieben. Auch in den großen, legalen Bergwerken werden tödliche Unglücke verheimlicht. Jedes Bergwerk hat eine sogenannte "Todesquote": Pro Tonne an geförderte Kohle dürfen nur eine bestimmte Anzahl von Kumpel sterben, sonst werden dem Bergwerk bestimmte Zuwendungen der Zentralregierung gestrichen. Um finanzielle Strafen zu vermeiden, werden daher Unfälle verheimlicht.

**FR:** das Leben eines Kumpels scheint im sozialistischen China nicht viel wert zu sein. Warum wird nicht mehr für Arbeitssicherheit getan?

**Han:** Kurz nach der Gründung der Volksrepublik China wurde auf dem Erdölförderfeld von Daqing die Parole geprägt: "Zuerst kommt die Produktion, dann kommt das Leben". Um Öl zu fördern, mußten die Arbeiter neben den Brunnen in selbstgegrabenen Erdlöchern schlafen. In den Kohlebergwerken regierte lange derselbe Geist. Bis heute zählen nur die Produktionszahlen: Wer die meiste Kohle schürft, ist der Größte. Seit den 50er Jahren ist die Kohleproduktion Jahr für Jahr gestiegen und jedes Jahr wird das Produktionsziel höher gesteckt.

**FR:** Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Deng Xiaopings vor 15 Jahren werden Chinas Produktionsmethoden immer moderner. Hat sich

die Lage der Kumpels durch den Einsatz ausländischer Technologie verbessert?

**Han:** Nicht wesentlich. Ein Beispiel belegt dies: Wang Jiaqi (ein kürzlich aus China geflohener Dissident, die Red.) hat vor Jahren selbst als Kumpel in einem Bergwerk gearbeitet. Dort hatte man eine neue Maschine aus Deutschland importiert. Wenn zuviel explosives Gas mit nach oben gefördert

Arbeiter. Sie tauschten ihre Gesundheit und manchmal ihr Leben gegen Geld ein. Jetzt, seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik, geht es ihnen relativ gesehen noch schlechter als vorher. Ein Kumpel verdient jetzt rund 450 Yuan (90 DM) im

Monat, kann mit viel Glück vielleicht 45 Yuan im Monat sparen. Doch die Krankenversorgung ist sehr schlecht. Wenn ein Kumpel krank wird, muß er das Geld für die Behandlung selbst auslegen. Später muß er oft ein, zwei Jahre lang auf die Rückerstattung warten.

**FR:** Obwohl die zensierten Medien in China schlechte Nachrichten meist unterdrücken, ist immer öfter von illegalen und bisweilen gewalttätigen Streiks in Kohlebergwerken zu hören. Warum streiken die Kumpel?

**Han:** Viele Bergwerke sind so hoch verschuldet, daß sie ihren Arbeitern die Löhne nicht mehr auszahlen können. Selbst nach Berichten in offiziellen Zeitungen haben die Kumpel in manchen Bergwerken bis zu sieben Monate lang keinen Lohn bekommen. Die finanzielle Situation der Kohlebergwerke ist so schlecht, weil sie am Ende einer Schuldenkette stehen. Die Hauptabnehmer für Kohle, die großen staatlichen Stahlwerke, schreiben rote Zahlen. Sie bleiben den Bergwerken Geld schuldig. Und die Bergwerke als Rohstofflieferanten können die Schulden nicht weiterschleiben und bleiben darauf sitzen.



Helden der Arbeit, deren Tod man verschweigt: Kumpel in Guangxi 1981. (Bild: dpa)

wurde, löste die Maschine automatisch eine Alarmsirene aus. Doch als der Alarm dauernd losging, haben sie die Alarmanlage einfach demontiert. Und auch hier gilt: nur in den von der Zentrale und von Provinzbehörden betriebenen Kohlebergwerken gibt es überhaupt Arbeitsschutzmaßnahmen. Doch die auf dörflicher Ebene oder privat bewirtschafteten Gruben produzierten 1993 genausoviel Kohle wie die staatlichen.

**FR:** Das Einkommen und der Lebensstandard der Kumpel sind in den vergangenen Jahren aber sicherlich gestiegen?

**Han:** Früher verdienten die Kumpel wegen der Gefährdung für ihr Leben und der gesundheitlichen Belastung etwas mehr als der durchschnittliche

## Zwangsprekari- sierung durch Öffnungsklausel

In Berlin diskutierten kürzlich ArbeiterInnen aus unserem Kreis über die Möglichkeit, die tariflich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit in der Metallindustrie (seit dem 1.4.93 36 Stunden) per Betriebsvereinbarung auf 30 Stunden zu kürzen - ohne Lohnausgleich. Bei den letzten Tarifverhandlung hat die IG-Metall tatsächlich einen Zusatzvertrag unterzeichnet, der dies möglich macht. Das Vorzeigemodell von VW wurde in Form einer Öffnungsklausel in dem ab dem 1. April 1994 geltenden 'Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung' für alle Betriebe der Branche möglich gemacht. Was das bedeutet - zumal für Betriebe, in denen nicht Löhne wie bei VW gezahlt werden -, wird erst jetzt allmählich deutlich. Er macht es möglich, unbezahlte Kurzarbeit einzuführen, Teile der Belegschaft zu Quasi-TeilzeitarbeiterInnen zu machen, und damit auch neue Formen der Spaltung in der Belegschaft einzuführen. Und da dies bindend durch Betriebsvereinbarung geschehen kann, braucht es auch nicht die individuelle Zustimmung der betroffenen ArbeiterInnen (wie es z.B. bei der Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden noch erforderlich ist). Wir haben selber noch keine Erfahrungen mit diesem neuen tariflichen Instrumentarium. Aber um auf die Bedeutung dieser Regelung hinzuweisen und als Anregung in unserem Kreis, die möglichen Umsetzungen genauer zu beobachten, zitieren wir hier die beiden wesentlichen Bestimmungen im Wortlaut und weisen auf einen Artikel in der Gewerkschaftspresse hin.

### Dokumentation:

**Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung in der Eisen-, Metall- u. Elektroindustrie Nordrhein-Westfalens vom 15. März 1994**

#### § 1

#### **Absenkung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten des Betriebes mit Ausnahme der Auszubildenden**

1. Die Betriebsparteien können durch freiwillige Betriebsvereinbarung die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf eine Dauer von unter 36 bis 30 Stunden einheitlich für alle Beschäftigten, mit Ausnahme der Auszubildenden, festlegen.

Beschäftigte mit so reduzierter tariflicher Arbeitszeit sind Vollzeitbeschäftigte.

2. Eine betriebsbedingte Kündigung wird frühestens mit dem Ablauf der Betriebsvereinbarung wirksam.

3. Die Monatslöhne und -gehälter und von ihnen abgeleitete Leistungen vermindern sich entsprechend der verkürzten Arbeitszeit.

4. Um die Absenkung der Monatslöhne und -gehälter zu vermeiden oder zu vermindern, können die Betriebsparteien Ausgleichszahlungen vereinbaren, die mit den tariflichen Jahresleistungen (betriebliche Sonderzahlungen und/oder zusätzliche Urlaubsvergütung) verrechnet werden. Der Anspruch auf diese tariflichen Leistungen vermindert sich entsprechend.

5. Durch Kündigung ausscheidende Arbeitnehmer sind für die letzten sechs Monate vor ihrem Ausscheiden bezüglich ihrer monatlichen Vergütung so zu stellen, wie sie ohne Anwendung der verkürzten Arbeitszeit gestanden hätten. Der Arbeitgeber kann für diesen Zeitraum auch die Ableistung der entsprechenden vollen Arbeitszeit verlangen.

#### § 2

#### **Absenkung der Arbeitszeit für Betriebsteile bzw. Arbeitnehmergruppen**

1. Die Betriebsparteien können durch freiwillige Betriebsvereinbarung die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für Teile des Betriebes



(Betriebsstelle, Abteilungen, Beschäftigungstengruppen) auf eine Dauer von unter 36 bis 30 Stunden festlegen. Die Auszubildenden sind davon ausgenommen. Beschäftigte mit so reduzierter tariflicher Arbeitszeit sind Vollzeitbeschäftigte.

2. In dieser freiwilligen Betriebsvereinbarung sind die betroffenen Teile des Betriebes/Arbeitnehmergruppen sowie die Geltungsdauer der Vereinbarung festzuhalten. Sie kann den Zeitraum der Geltung dieses Verhandlungsergebnisses nicht überschreiten.

3. Bei so verkürzten Arbeitszeiten erhalten die betroffenen Beschäftigten für die Laufzeit der Betriebsvereinbarung einen **Teillohnausgleich**. (Hervorh. von uns) Er beträgt bei einer Verkürzung der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit auf

35 Stunden/Woche	1,0%
34 Stunden/Woche	2,1%
33 Stunden/Woche	3,2%
32 Stunden/Woche	4,4%
31 Stunden/Woche	5,6%
30 Stunden/Woche	7,0%

des tariflichen Stundenlohns bzw. des so gekürzten tariflichen Monatslohns bzw. Tarifgehaltes. Mehrarbeit ist zuschlagspflichtig, wobei eine Verrechnung mit dem Teillohnausgleich erfolgt.

4. Um die Absenkung der Monatslöhne und -gehälter zu vermeiden oder zu vermindern, können die Betriebsparteien Ausgleichszahlungen vereinbaren, die mit den tariflichen Jahresleistungen (betriebliche Sonderzahlungen und/oder zusätzliche Urlaubsvergütung) verrechnet werden. Der Anspruch auf diese tariflichen Leistungen vermindert sich entsprechend.

5. Sollten im Einzelfall Kündigungen dennoch nicht zu vermeiden sein, so werden sich die Betriebsparteien darum bemühen, daß den Arbeitnehmern infolge der verkürzten Arbeitszeit kein Nachteil bei dem Bezug von Arbeitslosengeld entsteht.

In § 3 wird dann noch geregelt, daß möglichst(!) alle Auszubildenden für mindestens 6 Monate(!) übernommen werden sollten. § 4 enthält die bereits bekannte

Verlängerung des Ausgleichszeitraums bei flexibler Arbeitszeit auf ein Jahr (s. den Bericht zum Kölner Lagerbetrieb im letzten Zirkular). Der Vertrag läuft zum 31.12.1995 aus - aber: spätestens ab dem 1.10.95 sollen Gespräche über die Verlängerung des Vertrags begonnen werden.

Also das übliche, das Beschäftigungsförderungsgesetz war auch nur als Übergangsregelung behauptet worden. Nachdem es sich so glänzend bewährt hat, wird es natürlich immer weiter festgeschrieben.

Was die Spaltungsmöglichkeiten betrifft, ist der § 2 entscheidend. Zunächst sieht es zwar so aus, als würde dem Unternehmer die Nutzung dieser teilweisen Absenkung teuer gemacht: Lohnausgleich und Überstundenzuschläge (dafür sind in diesem Fall betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen und die Absicherung der Höhe des Arbeitslosengeldes ist eine reine Kann-Bestimmung). Durch die Verrechnung mit dem Lohnausgleich sind die Zuschläge aber nicht mehr so hoch, z.B. bei 30 Stundenwoche bleiben von den 25% Zuschlag nur 18% übrig. Da der Lohnverlust bei 30-Stundenwoche insgesamt 17% beträgt (6 von 36 Stunden), bleiben trotz Lohnausgleich noch 10% Lohnverlust. Leistungsmäßig machen die Unternehmer trotz Lohnausgleich ihren Schnitt, da nach allen bisherigen Untersuchungen die Produktivität bei Teilzeitarbeit höher liegt. Du kannst eben ganz anders reinkloppen, als wenn du Vollzeit arbeitest. Angesichts des Drucks in den neuen Formen der Arbeitsorganisation könnten die Unternehmer diese verkürzten Arbeitszeiten als Dauerzustand brauchen. In einem Bericht in der Zeitung »junge Welt« über die Situation in Wolfsburg vom 19.10.94 heißt es: *Die jungen Leute finden die Arbeitszeitverkürzung prima, aber von den Alten schimpfen viele, besonders die mit Haus und*



## PENSIONI? MEGLIO GLI HOTEL DI LUSSO!

(Wortspiel: Renten? Lieber Luxushotels)

Von den SchülerInnen bis zu den RentnerInnen - es ist wieder einiges los in Italien. Die Rentenreform bedeutet die Kürzung einer der wenigen sozialen Leistungen des italienischen Staats (natürlich wurde auch das von den ArbeiterInnen finanziert).

Vor den Beiträgen von *Cosimo Scarinzi*, organisierter Lehrer und Redakteur von *Collegamenti Wobbly*, eine **Chronologie** der Ereignisse des bisherigen Herbstes:

Am **10. September** demonstrierten im, von der rechten Lega Lombarda regierten, Mailand bereits 20.000 für das Soziale Zentrum "Leoncavallo". An dieser Demo beteiligten sich nicht nur die BesetzerInnen sondern viele ArbeiterInnen und Angestellte von den Basiskomitees und Alternativgewerkschaften. Am 20. September waren es in Rom auf der landesweiten verbotenen Demo für die Sozialen Zentren mindestens genauso viele.

Zum **14. Oktober**: Alle riefen zu dem Generalstreik und den Demos auf. Mehrere Millionen auf der Straße. Auch wenn das Wort Generalstreik in Italien zu oft benutzt wird und oft zu wenig dahinterstecken mag - beachtlich waren die Demos allemal. Auf den Rednertribünen standen teilweise Basiskomitees und konföderierte Gewerkschaftsvertreter nebeneinander. 1992 wäre das noch undenkbar gewesen. Ein Zeichen des Machtgewinns der Basiskomitees.

Von Turin: "14. Oktober 1980 waren 40.000 für Fiat, heute sind wir 200.000 gegen Fiat", das Angestelltenkollektiv. Seit Wochen immer wieder Streiks bei Fiat-Mirafiori und anderen Metallbetrieben.

- bis Taranto: 40.000, das hat es seit über zwanzig Jahren nicht mehr gegeben. Stahlarbeiter, KassiererInnen des Standa Supermarktes (Besitzer ist Berlusconi), städtische Angestellte, SchülerInnen, etc.

- bis Rom: Neben der Mobilisierung von

CGIL-CISL-UIL die große Mobilisierung der autonomen Basisgruppen, der alternativen Gewerkschaften. Vielleicht 100.000 in Rom. Und es waren nicht rangekarre Parteimitglieder, RentnerInnen, sondern zum größeren Teil Aktive aus ganz Italien, aus den Schulen, Büros, Frauenbewegung, Fabriken, besetzten Häusern, Krankenhäusern, Erwerbslose. Nicht nur gegen die Rentenreform, sondern auch gegen die Politik der Gewerkschaften und Institutionen.

Die Angestellten der öffentlichen aber auch privaten Rundfunkanstalten bestreiken die Sender. 1/3 der FlatarbeiterInnen streiken in Melfi, Coop und Standa in Bologna werden bestreikt. In Rom gibt es einen Streik der Krankenschwestern. Selbst in Australien gingen 2.000 italienische RentnerInnen auf die Straße.

Für den **5. November** wird in Mailand zu einem regionalen Streik aufgerufen und für den **12. November** eine zentrale Demo in Rom geplant.

Es gibt weitere Privatisierung, Verteuerung und Verschlechterung der Lernbedingungen an den Unis und Schulen.

Wurde Anfang September der Bildungsminister Podest bereits in Mailand ausgepiffen, besetzen nun die StudentInnen Universitäten. In Neapel kommt es Auseinandersetzungen innerhalb der Uni.

**22. Oktober** Landesweite Demo in Neapel der SchülerInnen und StudentInnen. 50.000 - wieder alle dabei: Von Erwerbslosen bis Rentnern. Unter ihnen über 10.000 radikalere von den Sozialen Zentren bis zu den Cobas. Der Ordnungsdienst der Gewerkschaften kann nicht die gemeinsame Demo verhindern.

Am **23. November** findet in Pisa die europäische Rektorenkonferenz statt. Parallel wird es einen Kongress der StudentInnen geben.

## Zwei Einschätzungen zur Entwicklung in Italien

(Aus: *Unaunita nova*, vom  
23.10.1994,  
Rohübersetzung)

Da wir üblicherweise nicht zu den Besuchern der Villa di Arcore gehören oder Gäste im Hause des Anwaltes Agnelli sind, hat man uns nicht wissen lassen, worauf die Regierung hinaus wollte, als sie den neuen Haushalt festlegte.

Zwei unterschiedliche Hypothesen sind möglich:

- Die Regierung hat beschlossen, die soziale Auseinandersetzung zu verschärfen mit dem Ziel, von einer starken Position aus mit CGIL-CISL-UIL zu verhandeln und ihnen nach dem Streik am 14. Oktober einige Detail-Konzessionen im Austausch gegen einen Sieg in den wesentlichen Fragen zu machen. Also ein klassischer Kuhhandel zwischen Mehrheit und Opposition, der sich nicht viel von dem unterscheidet, was wir früher hatten.
- Die Regierung hat beschlossen, der Confindustria (Industriellenverband) und dem internationalen Kapital zu zeigen, daß sie reale Tatsachen schaffen kann, nicht nur Werbespots, und will nicht nur den Lohnabhängigen die Beine brechen, sondern auch der traditionellen politischen und gewerkschaftlichen Vertretungspolitik. In diesem zweiten Fall würde das berühmte berlusconische Lächeln sich als klassisches Zähnezeigen enthüllen, und wir wären in einer substantiell neuen historischen Phase.

Aus vielen Gründen halte ich die erste Hypothese für eher wahrscheinlich. Ich möchte mich hier auf einige wenige beschränken:

- Das neue Regime ist nicht in der Lage zu regieren, oder ist zumindest noch nicht in der Lage, gegen CGIL-CISL-UIL zu regieren. Seine soziale Verankerung bleibt schwach, die Gegensätze innerhalb der Mehrheit sind alles andere als überwunden, ein Klima der gesellschaftlichen Unregierbarkeit bringt es in Gegensatz zu bedeutenden Sektoren des Unternehmertums.

- Die konföderierten Gewerkschaften haben keine Intention, sich auf einen Endkampf mit der Regierung einzulassen. In Wirklichkeit teilen sie einen Großteil des Manövers und wollen es nur abmildern. Teile der konföderierten Gewerkschaften wie die UIL rüsten sich schon für den Markt der Zusatzrenten, führende Leute des PDS haben schon erklärt, daß sie einem gemischten Versorgungssystem aufgeschlossen gegenüberstünden usw.;

- Der etatistische und populistische Teil der Mehrheit läuft Gefahr, ins Abseits gedrängt zu werden von einer zu sehr vorangetriebenen neoliberalen Politik, und wird vermutlich notwendige Vermittlungen bewerkstelligen, unter anderem, um nicht die »autonomen Gewerkschaften« (korporatistische Beamtengewerkschaften) des öffentlichen Dienstes zu verbrennen, die politisch der Regierung nahestehen.

Aus dem Gesagten sollte klar werden, daß das Regierungsmanöver, auch wenn es wie ich glaube abgeschwächt werden wird, keine Kleinigkeit ist. Wir müssen tatsächlich überlegen, was kommt nach einer Reihe von Maßnahmen, die die Regierungen Amato und Ciampi ergriffen hatten und die eine beträchtliche Reduzierung der sozialen Absicherung und der Löhne verursacht haben und einen Wohlfahrtsstaat abgebaut haben, der substantiell schon am Ende war.

Die Logik, oder wenn man so will, die Philosophie, die Berlusconis Entscheidungen unterspannt, ist ziemlich klar: das Geschäft der Jahrtausendwende ist, oder scheint zu sein, der Markt der privaten Vorsorge, der privaten Krankenversicherung, der kommerziellen Ausbil-



dung, der kommerziellen Dienstleistungen allgemein.

Dieser Markt ist, wie jeder Markt, der dieses Namens würdig ist, nicht von Natur aus vorhanden, sondern wird geschaffen durch eine Reihe von juristischen, politischen und ökonomischen Maßnahmen.

Daraus folgt, um einige wohlbekannte Beispiele zu machen, daß man die Werk-tätigen zwingt, eine Zusatzrentenversicherung zu bezahlen, private Krankenversicherungen, Qualifizierungskurse usw. Den Unternehmen wird damit ein Investitionsterrain von außergewöhnlichem Interesse geöffnet.

Andererseits senken unsere kühnen Neoliberalen nicht nur nicht die Lohnsteuern, sondern, nach allem was ist, werden sie die Rentenversicherungsbeiträge erhöhen, was de facto eine Steuer ist, um an mehr Ressourcen zu kommen, die sie brauchen für die große Veränderung, die in Gang ist. In anderen Worten: das italische Kapital bereitet sich mit einem einzigen Schlag aus dem schlimmsten Element des Etatismus und des Neoliberalismus ein Mahl.

Ein Manöver dieser Art bringt es mit sich, daß der Bruch zwischen jungen und alten, öffentlich und privat Beschäftigten, prekär oder fest beschäftigten Werktätigen anwachsen wird. Es ist nur allzu offensichtlich, daß die Sektoren mit mittlerem Einkommen die Zusatzleistungen auf dem Markt werden erwerben können und sich einen problematischen Schutz gewährleisten können, während das sozialen Leiden in den Sektoren mit niedrigem Einkommen zunehmen wird, die von diesen Möglichkeiten ausgeschlossen sind. Nach meinem Eindruck begreifen die gegenwärtigen Bewegungen als Folge davon das Ende eines Sozialpakts, der Jahrzehnte überdauert hat, als traumatisches Ereignis. Und nicht zufällig sind Belegschaften, die seit mehr als zehn Jahren nicht mehr gestreikt haben, ohne groß zu fragen auf die Straße gegangen. Man darf nicht

unterbewerten, daß an den Bewegungen junge Werk-tätige teilnehmen, die überhaupt keine Kampftradition haben – die jungen Arbeiterinnen, die eine enttäuschte und depressive Linke endgültig in die Arme von Berlusconi getrieben hat. Es ist schwer zu sagen, welche Auswirkungen diese Bewegungen in den Sektoren der prekären und marginalisierten ArbeiterInnen haben werden, die sowieso substantiell vom System der sozialen Absicherung ausgeschlossen sind, und die immer zahlreicher und wichtiger werden für die Produktion.

Die derzeitige Bewegung stößt heute auf weniger unmittelbare Hindernisse als in der Vergangenheit, und dies kann ein Element von Stärke, aber auch von Schwäche sein – was einiges Nachdenken verdient. Wenn es im gerade vergangenen Zeitraum CGIL-CISL-UIL mit befreundeten Regierungen zu tun hatten, wozu es reichlich Konzessionen bedurfte, ist es nur allzu deutlich, daß heute der Gewerkschaftsapparat die Hände relativ freier hat und seine Strukturen in den Betrieben zur Aktion treiben kann. Die Streiks werden dadurch, innerhalb gewissen Grenzen, erleichtert, aber in gewisser Hinsicht wird ihnen damit auch Stärke genommen. Heute herrscht unter den Werktätigen eine starke und verständliche Neigung zur Einheit vor, die in der Rentenkürzung das Hauptziel sieht, das es zu bekämpfen gilt. Andererseits besteht das Risiko, daß man sich für eine Abmilderung der Kürzung einsetzt, die das Manöver insgesamt intakt läßt, und gleichzeitig keine angemessenen Initiativen gegen den Angriff auf das Gesundheitswesen und das öffentliche Schulwesen zustandebringt.

Von einem nichtinstitutionellen Standpunkt aus geht es folglich darum, den

Akzent auf das Regierungsmanöver insgesamt zu legen und die Notwendigkeit, es zu zerschlagen. Man muß sich außerdem vergegenwärtigen, daß die »Rettung« der 2% und der 35 Jahre die Sektoren von Werktätigen beachtlich bestrafen würde, die günstigeren Bedingungen genießen, d.h. diese Bedingungen müßten ausgedehnt, nicht abgeschafft

werden. Schließlich sollten wir betonen, daß es darum geht, die Steuern auf die Löhne allgemein und auf die niedrigen Löhne insbesondere zu kürzen, um sie wenigstens teilweise der Verfügungsgewalt des Staates zu entziehen.

Die alternativen und libertären Gewerkschaften haben beschlossen, einen alternativen ganztägigen Streik am Freitag, den 14. Oktober zu organisieren, mit einer Demonstration in Rom. Es ist eine Entscheidung, die man ganz klar billigen kann in einem Moment, in dem sie eine tiefgehende soziale Spannung aufgreift, aber es ist auch eine delikate Entscheidung, die eine größere Anstrengung in Richtung Klarheit und Radikalität erforderlich macht als in der Vergangenheit. In den Versammlungen, auf den Demonstrationen, in den Diskussionen, die wir veranstalten werden, muß das maximal Mögliche an genauen Informationen über das Vorsorgesystem, die Krankenkasse, das Ausbildungssystem verteilt werden und es müssen Ziele genannt werden, die von den Werktätigen weitgehend geteilt werden.

Wieder einmal steht im Zentrum der Debatte die Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Plattform zu organisieren, die über die verschiedenen Basisorganisationen hinausgeht, ein Element von Einheit, mit dem wir uns in klarer und glaubwürdiger Weise sowohl an die nicht organisierten Werktätigen, als auch an die wenden können, die sich noch auf

CIL-CISL-UIL beziehen.

Nach Jahren voller Schwierigkeiten wird es immer notwendiger, auf einen Sieg auf dem Terrain der Lohnarbeit hinzuwirken, indem wir zumindest mit Vorschlägen und Klarheit einen Beitrag leisten - eine Arbeit, die an niemand delegiert werden kann.

### **Über den Streik am 14. Oktober hinaus**

Wenn wir die offenkundigsten Fakten beobachten, die dem Streik am 14. Oktober vorausgegangen sind und ihn begleitet haben, können wir eine recht präzise Landkarte von großem Maßstab anlegen von den Auseinandersetzungen, die in Gang sind.

Ich möchte beginnen mit einem Telefongespräch mit einem Genossen, der sehr scharfsinnig ist, was die Analyse des sozialen Konflikts angeht: dieser Genosse sprach über die Rentenkürzung und behauptete, daß es sich um einen Angriff auf die Gewerkschaftsbürokratie handle. Auf meine verwunderte Bitte, dies etwas zu erläutern, erklärte er mir, daß mit Gewerkschaftsbürokratie die alte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse gemeint sei. Auf den ersten Blick ein offenkundiger Fall von Verharren in Erklärungsmodellen des Klassenkampfes, wie sie ausgehend von der 77er Bewegung vertreten wurden: Spaltung zwischen Garantierten und Nichtgarantierten und Erhebung der regulären Lohnarbeiterschaft zur Massenbasis der parlamentarischen Parteien und der institutionalisierten Gewerkschaften. Eine derartige Interpretation der gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen kann ganz offenkundig nicht geteilt werden, aber sie weist auf eine reales Problem hin, mit dem wir uns näher beschäftigen sollten.

Es war tatsächlich das Bestreben des Regimes, schroff, hart und wirksam die alte Arbeiterklasse zu treffen und allgemein die ältere Schichten der regulär Beschäftigten mit dem Ziel, sofort Tau-

sende von Milliarden Lire rauszuholen. Die Rentenreform trifft zwar noch stärker die jungen ArbeiterInnen, aber sie sind erst in 20 oder 30 Jahren davon betroffen, die Rente ist nicht ihr dringendstes Problem. Daß die »traditionelle« Arbeiterklasse in den Klassenkampf eintreten würde, war für das Regime vorhersehbar, aber es war auch vorstellbar, daß sie wenig Wirksamkeit entwickeln würde und keinen breiten Konsens zustandebringen würde.

Tatsächlich haben die zwei Wochen vor dem Streik am 14. Oktober gezeigt, daß die politische Intelligenz der Werktätigen, zu unserem Glück, entschieden höher ist, als sich die Leute des Regimes vorstellen. Die jungen ArbeiterInnen, die Angestellten, die Techniker haben die Gelegenheit einer Mobilisierung der älteren Sektoren der Arbeitskraft beim Schopf gegriffen und haben eine Bewegung begonnen, um die allgemeinere Frage der sozialen Rechte aufzuwerfen, um die Notwendigkeit der Verteidigung des Lohns wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Dieser tiefgehende soziale Prozeß ist getroffen auf eine Veränderung der Gleichgewichte im Innern der Macht. Wir müssen noch einmal - welch symbolträchtiges Ereignis - von den berühmten Nudeln mit Bohnen (traditionelles Volksnahrungsmittel) ausgehen, die Agnelli, umgeben von der Führung des Industriellenverbandes, Silvio Berlusconi zum Abendessen angeboten hat. In der Tat haben sowohl das Regime wie die Unternehmerschaft bei dieser Gelegenheit eine taktische Wende von großer Bedeutung beschlossen.

Bis zum fraglichen Bohnengericht geschah es, daß die Großindustriellen das Regime mit Vorsicht, wenn nicht mit Feindschaft behandelten, damit die guten Beziehungen zwischen Industrie und CGIL-CISL-UIL gewahrt blieben und damit das Regime sich mit einer gewissen Vorsicht an den Angriff auf die Vorsorge mache. Die Situation (von Berlusconi??) hat sich schlagartig verändert,

man hat entdeckt, daß das Regime ein Löwenherz hat, die große liberale Presse hat ihre Töne gegenüber der Regierung gemildert, das internationale Kapital hat entdeckt, daß der »Ritter« im Grunde ein braver Junge ist, und CGIL-CISL-UIL hielten es für notwendig, wieder am Spiel teilzunehmen.

Wenn man bedenkt, daß die Finanzpolitik der Regierung die Kooperativen trifft und das heißt eine der Machtbasen des PDS und teilweise der PPI (Partito Popolare, gegründet vom »Volksflügel« der ehemaligen Christdemokraten), dann wird klar, wie sehr das Spiel eine harte Tatsache ist.

Der Pakt zwischen Regime und Großkapital, der zwar einige Probleme enthält, aber bedeutend ist, kann besser erklärt werden durch zwei Überlegungen, zum einen zur Natur des Regimes zum anderen zum Großkapital.

Ich glaube, man kann die These teilen, die besagt, daß das Regime alles andere als konsolidiert ist, daß es sich widersprechende Interessen repräsentiert und daß seine Männer recht mittelmäßig sind. Diese Schwäche übersetzt sich jedoch in eine paradoxerweise konsistente Stärke aufgrund der simplen Tatsache, daß ein Sturz der Regierung ihre Unterstützer in den Ruin treiben würde, wenn sie den Wahlen entgegensetzen müßten: es würde, bestenfalls, die legitistischen Kleinunternehmer wieder zurückschicken, um ihre Klitschen zu verwalten, und die faschistischen Fähnführer zur Regierung ihrer lokalen Banden.

Daraus folgt, daß die parlamentarische Mehrheit unendlich untereinander weiter streiten kann, ohne sich deshalb davonzumachen, und daß sie folglich bereit ist, jegliche Entscheidung der

Regierung mit zu tragen, wenn diese die Vertrauensfrage stellt. Andererseits ist sich der Ratspräsident (Berlusconi) vernünftig bewußt, daß er Gefahr läuft, im Sturzflug von seinem jetzigen Sessel in einer Zelle in San Vittore (Stadtknast in Mailand) zu landen, und eine solche Perspektive macht ihn entschlossen, auf seinem nicht fröhlichen und heiteren

Posten zu standzuhalten.

Auf teilweise neue Art reproduziert sich die Situation des Parlaments der Untersuchungen in der letzten Phase der ersten Republik mit einer blockierten Mehrheit; hinzukommt, daß es sich um Individuen handelt, die nicht von Tangentopoli zermürbt sind.

Man kann heute immer weniger vom nationalen Großkapital in den alten Schemen sprechen, da seine internationale Integration wächst. Wenn FIAT immer stärker vom deutschen Bankkapital kontrolliert wird, folgt daraus, daß man seine Entscheidungen nur versteht, wenn man den internationalen Kriegsschauplatz einbezieht; da gleiche gilt auch für das mittlere und große Unternehmertum insgesamt.

Daraus kann man die extreme Synthese ziehen, daß das Regime dem Großkapital die Beschleunigung der Öffnung des Marktes der privaten Altersvorsorge, der Gesundheitsvorsorge und der Ausbildung angeboten, was die Progressisten mit größerer Vorsicht und Abwägung bereit sind und waren, zuzugestehen. Es geht um ein Geschäft von solcher Dimension, daß sie Subjekten Appetit macht (lüstern macht), die wesentlich genügsamer sind als die Exponenten des Industriellenverbandes, und logischerweise haben sie beschlossen, den Schlag zu versuchen, wobei sie entweder mit einem Sieg der Regierung rechnen und

den guten Geschäften, die sich daraus ergeben, oder mit der Möglichkeit, von neuem den Dialog zu eröffnen mit den Progressisten und mit CGIL-CISL-UIL, falls Gefahr droht.

Während also das Kapital versucht, den Übergang zu schaffen zu einer Phase von Deregulierung der Dienstleistungen und des Arbeitsmarktes und zu einem beispiellosen Angriff auf die organisierte Arbeiterschaft, ist es konfrontiert mit einer sozialen Opposition von beträchtlicher Tragweite.

CGIL-CISL-UIL bewegen sich auf zwei Ebenen: einerseits reiten sie auf der Oppositionsbewegung, bieten ihr eine organisatorische Flanke, versuchen, sie zu kanalisieren, andererseits versuchen sie, ihre eigene Rolle neu zu definieren gemäß dem deutschen Modell des korporativen Kompromisses. Es fehlt nicht an Beispielen, schon der Tarifvertrag der Metallarbeiter sah die Schaffung von ergänzenden Rentenfonds vor, ebensoviel erwartet man für die Flughafenbeschäftigten, für die irgendeine Form von Teilhaberschaft der Beschäftigten an den Unternehmensaktien vorgesehen ist, und eine ähnliche Dynamik gibt es bei den Bankangestellten.

In Wirklichkeit stehen also CGIL-CISL-UIL einer Reform des Vorsorgesystems aufgeschlossen gegenüber, die ihre Macht und ihre Ressourcen stärkt; sie streiten mit dem Regime über die Modalitäten dieser Reform.

Auf institutioneller Ebene ist es letztendlich eine Auseinandersetzung zwischen einem neoliberalen Modell englischen Typs und einem neokorporativen Modell deutscher Art. Im ersten Fall würde das nationale und internationale Finanzkapital den Sieg davon tragen, im zweiten müßte man sich mit der Linken und CGIL-CISL-UIL über eine weiche Durchführung der Deregulierung einigen.

Die kämpferischsten Sektoren der Lohnarbeiterschaft, der Prekären und der Arbeitslosen operieren innerhalb und, so



hoffen wir, jenseits dieses Widerspruchs. Paradoxerweise ist das Auseinanderbrechen des Sozialpakts zwischen Kapital und Arbeit auch unser Interesse und Ziel, aber das Problem ist, unter welchen Bedingungen und unter wessen Führung dieser Bruch stattfindet: ob als Deregulierung, Spaltung der Arbeitskraft zwischen »starken« Sektoren und immer zahlreicheren marginalisierten Sektoren, oder als Eroberung von Rechten, von Freiheit, von Handlungsräumen für die Lohnabhängigen insgesamt. Eine Befürchtung der liberalen Berater der Unternehmer verdient erwähnt zu werden: nämlich die, daß in einer Phase von schwachem wirtschaftlichem Aufschwung die Kürzung des Soziallohns sich übersetzt in Kampf um den direkten Lohn. Was für die Berater des Fürsten offenkundig eine Befürchtung ist, ist für uns eine Hoffnung und ein Ziel. Es geht anders ausgedrückt darum, in angemessener Weise in der vor uns liegenden Phase die Frage von Lohn, Arbeitszeit, Rechte der Arbeitslosen auf die Tagesordnung zu setzen und zwar nicht nur als Propaganda mit Parolen, die auf breite Zustimmung stoßen, sondern es geht auch um die Entwicklung von Kämpfen, Organisation und Initiativen, ausgehend vom Arbeitsplatz, von den Stadtteilen, von den Bewegungen der BenutzerInnen.

Auf dieser Ebene ist die jetzige problematische Hegemonie von CGIL-CISL-UIL schwächer als sie scheint; die ArbeiterInnen, die gestern auf der Straße waren, stellen Fragen, die die Staatsgewerkschaften nicht einmal in ihre Überlegungen einbeziehen. Den Basisorganisationen der Werktätigen fällt die Aufgabe zu, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, die aktivsten GenossInnen in den Bewegungen müssen Informationen, Vorschläge, Initiativen produzieren.

*Cosimo Scarinzi*

## Beruhigen Sie sich, Signor Larizza!

Herr Larizza, Generalsekretär der (rechtssozialdemokratischen Gewerkschaft) UIL macht gerade eine, wie es scheint, verwirrende/aufregende Erfahrung. Nach jahrelangen Anstrengungen, aus seiner Gewerkschaft den Wegbereiter einer immer engeren Zusammenarbeit mit den Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsverbänden zu machen, fällt es ihm zu, so sagt er, den Subversiven zu machen.

Auf der letzten Delegiertenversammlung der MetallarbeiterInnen von CGIL-CISL-UIL ist er zuerst aufgetreten im Part der Bestie des sozialen Kampfes mit Behauptungen wie: »Wenn wir die Kämpfe einstellen, massakrieren sie all unsere Rechte.« oder »Der Kampf kann hart sein, aber diesen Kampf darf man nicht einschüchtern«, um dann beim Abgang von der Rednerbühne zu sagen: »Sie zwingen auch einen wie mich, der immer Reformist gewesen ist, zum Revolutionär zu werden.«

Da wir ja den, vielleicht unverdienten, Ruf genießen, einiges über Reformismus und Revolution zu wissen, möchten wir ihn soweit wie möglich beruhigen. Zualererst glaubt tatsächlich niemand, daß Larizza zum Revolutionär geworden ist oder werden wird, weder die Werktätigen, noch die Unternehmer, noch die Regierung. Wer sich wenig mit Klassenkampf beschäftigt hat, kann sich jedoch vorstellen, daß Larizza und, wenn es darum geht, D'Antoni und Cofferati, einfach versuchen, den Dialog mit Regierung und Industrie zu eröffnen auf der Grundlage einer gewissen lebhaften sozialen Bewegung und in der Annahme, daß CGIL-CISL-UIL in der Lage sind, sie

unter Kontrolle zu halten. Die Böswilligsten haben den Verdacht, daß UIL und CISL, und die CGIL wird ihnen folgen, sich schon rüsten, um einen Teil der Ergänzungsrenten zu verwalten und um bestmöglich von der Deregulierung des Vorsorgesystems, des Arbeitsmarktes, der Ausbildung und des Gesundheitswesens zu profitieren. Es bestehen auch ernste Zweifel

daran, ob Larizza überhaupt ein Reformist ist, denn dieser Begriff bezeichnet nicht schrittweise Verbesserungen von Lohn und Arbeitsbedingungen sondern schrittweise Konzessionen an Unternehmer und Regierung.

Zu solchen linguistischen Ungeschicklichkeiten kommt es sowohl aufgrund der allgemeinen politischen, kulturellen und sozialen Konfusion, als auch aufgrund der Schwierigkeiten des Gewerkschaftsapparates, ein Niveau von Auseinandersetzung in den Betrieben und in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, die er seit Jahren gewohnt war, nur in der Form von frontaler Opposition zu behandeln.

1992 bekamen die Führer von CGIL-CISL-UIL Schraubenmuttern an den Kopf geworfen und heute können sie in Ruhe reden. Aber andererseits laufen sie natürlich auch Gefahr, daß die Erwartungen, die sie geweckt haben, sich gegen sie wenden, wenn wie ein vernünftiges Abkommen mit der Regierung unterschreiben, oder wenn sie nicht schießen und sich Opfern zu Lasten der ArbeiterInnen nicht widersetzen. Es liegt bei den Basisgewerkschaften, den Organismen der gesellschaftlichen Opposition, an den selbstorganisierten Strukturen der ArbeiterInnen, darauf hinzuarbeiten, die wirksamen und einschneidenden Kämpfe zu radikalisieren, als auch den Widerstand gegen die politische Ökonomie der Regierung vor-

zubereiten für die Phase, die uns bevorsteht. Einige interessante Probleme werden sich von jetzt an stellen, und wir müssen beginnen, darüber nachzudenken. Ich werde von einigen konkreten Beispielen ausgehen.

In den vergangenen Tagen war L'Oréal, ein bekanntes multinationales Unternehmen mit einem Werk in Turin, in mit der wenig angenehmen Situation, daß die Beschäftigten es mit einer barschen Lohnforderung konfrontierten, da sie es als Folge der Rentenkürzung für angemessen hielten, nun vom Betrieb eine Einkommenserhöhung zu erhalten. De facto ist der Tarifvertrag vom Juli '93, den Unternehmer, Regierung und CGIL-CISL-UIL ausgehandelt hatten, geplatzt und man ist zur direkten Auseinandersetzung zwischen Unternehmer und ArbeiterInnen zurückgekehrt. In diesem Fall hat das Unternehmen unmittelbar den Übergang zur Angestellten-Lohngruppe 6 für eine große Gruppe von ArbeiterInnen zugestanden, was eine Lohnerhöhung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich bringt, und es läuft Gefahr, daß es mit weiteren Forderungen konfrontiert wird.

Paradoxerweise war der Genosse, der mir davon erzählt hat, einerseits zufrieden über die erhaltene Lohnerhöhung und die Veränderung der Arbeitszeiten, andererseits war er besorgt, daß sie sich eine betriebliche Logik durchsetzt mit der Folge einer Spaltung zwischen ArbeiterInnen der starken Betriebe und denen der schwächeren, kleineren, unsicheren Betriebe.

Ich meinerseits wies ihn darauf hin, daß der Druck auf Betriebsebene Grenzen zieht nicht nur für die direkte Aktion der ArbeiterInnen, sondern auch eine allgemeine Bedeutung hat als Druckmittel auf eine Unternehmerschaft, die sich weder für die Solidaritätspredigten der Bischöfe noch für die der progressistischen Unternehmer über eine strenge Handhabung von Finanzen und Verwaltung allzu sehr zu interessieren scheint.



Notwendig wäre es, das mögliche Maximum an Informationen zu haben über die Ausbreitung von Konflikten auf Betriebsebene und über die Resultate, die dabei herauskommen, um am Ende eine allgemeine -über bloße "Eindrücke" hinausgehende Einschätzung- über den realen Verlauf der sozialen Kämpfe in prinzipieller Weise machen zu können. Wir sollten immer daran erinnern, daß die Einheit zwischen ArbeiterInnen nicht das Ergebnis einer Lohnnivellierung nach unten ist, und daß die Verbindung zwischen Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Machtbeziehungen von der herrschenden Ideologie zwar verschleiert sein mag, aber an der Basis noch besteht; von einem Standpunkt aus, der noch davor ist, kritisch gegenüber dem Bestehenden zu sein, der einfach realistisch ist.

Wir haben beispielsweise schon festgestellt, daß die jetzige Bewegung gegen das Haushaltsgesetz, eine Bewegung, an der wir uns beteiligen, soweit wir können nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat, die Senkung von Lohnsteuern und Sozialabgaben auf die Löhne gesenkt werden muß, daß die günstigeren Bedingungen, die in den letzten Jahren von einigen Beschäftigtengruppen erreicht worden sind, verteidigt und zumindest ausgedehnt werden müssen, daß ein garantiertes Mindesteinkommen für Arbeitslose gefordert werden muß usw. Hier haben die konföderierten Gewerkschaften und die parlamentarischen Linken noch eine mehr kulturelle als organisierte Hegemonie der stark. Allgemeiner können wir sagen, daß kein relevantes politisches oder soziales Subjekt irgendeine Maßnahme auf die Tagesordnung setzt gegen den Block der parasitären Rendite, einen Block, der die jetzige Regierung unterstützt, der verflochten ist mit dem über alles gelobten produktiven Kapital, das die parlamentarische Linken mit Ehrfurcht betrachtet.

Wenn man daran denkt, daß wir die Zinsen für die öffentliche Verschuldung bezahlen müssen und daß diese Zinsen statt zu sinken steigen, ist es ein

Unding, weder die sozialen Dienstleistungen zu garantieren, noch den Steuerdruck zu reduzieren.

Der Block zwischen organisierter Arbeiterschaft und produktivem Kapital, der von der Linken theoretisiert wird, stellt sich folglich als reines Geschwätz raus, wenn das produktive Kapital die Verflechtung mit der parasitären Rente allzu sehr offenlegt, während diese unselige Allianz nur die ArbeiterInnen der normierten (regulierten) Sektoren der Wirtschaft spalten will von der wachsenden Masse der Schwarzarbeiter, prekären Arbeiter, marginalen oder sogenannten selbständigen Arbeiter, die in Wirklichkeit abhängig Beschäftigte sind, die gezwungen werden, die juristische Fiktion der Selbständigkeit zu akzeptieren.

Auf der Straße und in den Kämpfen der vergangenen Wochen haben wir eine teilweise und momentane Neuzusammensetzung zwischen verschiedenen Segmenten der Unterklassen erlebt, eine Neuzusammensetzung, die jenseits, wenn nicht sogar bewußt gegen die Politik der Spaltung der Arbeitskraft war, die als Leitlinie prinzipiell von CGIL-CISL-UIL praktiziert wird. Wir wissen gut, wie kompliziert es sein kann, von einem vagen gemeinsamen Fühlen zu einem effektiven kollektiven Handeln zu kommen. Jedoch wird sich auf diesem Terrain in der nächsten Zeit erweisen, welchen gesellschaftlichen Nutzen die Basisgewerkschaften, die sozialen Zentren, die Gemeinsamkeit der Kräfte, die sich für alternativ halten, hat.

*Cosimo Scartnzi*

## Versuch über Herrn (M) aus Gö.

Seit Ende der 80er ist der Antifaschismus eines der letzten Themenfelder, wo autonome Politik noch breite Verankerung findet. So vermag der autonome Antifaschismus in seiner ganzen Bandbreite vom einfachen

Antinazi-Kampf bis zum komplexen Analyseansatz als fast noch einziges Politikfeld neue, insbesondere junge Leute zu mobilisieren.

In diesem Zusammenhang erregen seit 1991 die Vorschläge der Autonomen Antifa (M) - auch als Organisations-Debatte bekannt - in der Szene und beim Staatsschutz großes Aufregung. Mit den 129a-Ermittlungsverfahren gegen die (M) seit Herbst '91 und den Razzien (ASTa, Buchladen Rote Straße und WG's) in Göttingen vom Juli '94 fand das Staatsschutzinteresse seinen bisherigen Höhepunkt.

Mit Gründung der (M) existiert aber auch große Kritik gerade an dem eher statisch anmutenden Organisationskonzept der (M), da es als allgemeingültig anerkannte Prinzipien autonomer Politik verletzt bzw. verläßt. Dabei fällt oft die Ungenauigkeit dieser Kritik ins Auge. Darüberhinaus ist sie auch durch starken Moralismus gekennzeichnet und bewegt sich in der Regel nur auf der Demo- bzw. Verhaltensebene der (M). Der Versuch, die Ansätze und Analysen der (M) fundierter zu kritisieren, ist in Göttingen bisher nur durch das sogenannte Hahn-Solo-Papier(1) unternommen worden.

Seit guten 4 Jahren ist die (M) eine Herausforderung für autonome Politik und es gab viel Streit, Ärger und Nerv. Vieles davon ist über Göttingen hinaus bekannt geworden und so wollen wir einen Artikel bringen, der einiges von den Auseinandersetzungen widerspiegelt und versucht transparent zu machen. Dabei versuchen wir, ihre Geschichte und ihr praktisches Verhalten zu skizzieren und

endlich die inhaltlichen Grundlagen ihrer Politik zu hinterfragen.

Der Artikel soll darüber hinaus eine Zwischenbilanz der (M)-Politik von außen ziehen, ebenso eine Zwischenbilanz der Auseinandersetzungen und Kritik an ihr, sowie eine kritische Auseinandersetzung mit einem Teil der Autonomen Antifa sein. Zum anderen soll der Artikel eine Fortsetzung der Antifa-Diskussion aus den Zirkular Nummern 2 und 3 sein, und versuchen, eine der in letzter Zeit wichtigsten Antifa-Gruppen und deren Arbeit unter die Lupe zu nehmen.

Wir haben uns nach längeren Diskussionen dazu entschlossen, den Artikel zu teilen, und wollen in diesem ersten Teil erst einmal die Geschichte und das Verhalten der (M) in der Praxis thematisieren. Der zweite Teil, in dem die (M)-Ansätze und Analysen kritisiert werden sollen, folgt dann in einer der nächsten Nummern.

## Blick zurück.

Im Frühjahr 1988 existierte in Göttingen das antifaschistische Bündnis, das sich aus der Antifaschistischen Aktion (der damals einzigen autonomen Antifa-Gruppe), dem ASTA bzw. den linken ASTA-Gruppen Grün Alternative Liste (GAL) und Linkes Bündnis (LB) sowie dem Göttinger DGB (real: einigen Funktionären der IG Metall), dem Stadt- und KreisschülerInnenrat und - zeitweilig - den Jusos zusammensetzte. Hervorgegangen war es aus kurzfristigen Aktionsseinheiten der genannten Gruppen gegen die damals neue Bedrohung durch militante Nazis in der Stadt. Im Herbst 1987 hatten sich die Angriffe von Faschos auf AusländerInnen und Linke in Göttingen und Umgebung vermehrt; insbesondere hatte eine Gruppe Skinheads die Diskothek "Pink" angegriffen, weil diese Iranern gehörte. Als Drahtzieher dieser - wie auch vergleichbarer Aktionen - wurde Karl Polacek ausfindig gemacht, ein ehemaliger NPD'ler, der sich radikalisiert hatte und zur FAP übergetreten war, für die er in seinem Haus in Mackenrode ein Schulungszentrum betrieb.



Die Aktivitäten des damaligen Antifaschistischen Bündnisses richteten sich folgerichtig in erster Linie gegen Polacek. Höhepunkt der Anti-Polacek-Kampagne des Antifaschistischen Bündnisses war eine Großdemo in Mackenrode, die an Polaceks Haus vorbeiging und die Faschos offensichtlich sehr beeindruckte - zumindest wurden in der unmittelbaren Folgezeit erstmal keine nennenswerten Fascho-Aktivitäten in Göttingen verzeichnet.

Indes war aufgrund der Zusammensetzung des Bündnisses die Krise vorprogrammiert; eine längerfristige Zusammenarbeit von Autonomen und DGB wäre eh utopisch gewesen. Im September '88 wurde als letztes gemeinsames Projekt die Antifa-Woche mit einer gut besuchten Veranstaltungsreihe, Großfete im JUZI usw. durchgeführt.

In die Antifa-Woche hinein fiel auch eine Demo gegen ein Revanchistentreffen im Rosengarten. Diesen hatte noch einige Wochen zuvor eine Granitstatue verunziert, die einen Soldaten des Ersten Weltkriegs darstellte, welche dann "entsorgt" wurde. Die empörte Gewerkschaft der Polizei forderte ultimativ den sofortigen Rückzug des DGB aus dem Bündnis, und auch die Stühle des damaligen DGB-Vorsitzenden und eines Gewerkschaftssekretärs drohten zu wackeln. Daher war die Aufkündigung des Bündnisses seitens des DGB schon zu Beginn der Antifa-Woche beschlossene Sache.

### **Aus eins mach zwei, drei ...**

Was nun die Bewertung des Antifa-Bündnisses und die längerfristige politische Strategie anging, konnte innerhalb der autonomen Antifa keine Einigkeit erzielt werden: Die Einen sahen das klägliche Ende des Bündnisses als Bestätigung dafür, daß Aktionseinheiten mit bürgerlichen und reformistischen Kräften generell abzulehnen seien, die Anderen wollten das Bündnis ohne den DGB, aber u. a. mit einer offensiven Medienpolitik fortsetzen. Aus der letzten Fraktion ging die heutige Antifa (M)

hervor, wobei das ominöse (M) erst im Zuge der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne 1990 auftauchte und für "mittwochs" steht.

### **Sexismus in der Szene, alltäglich wie überall.**

1989 begann, nachdem eine Vergewaltigung einer Frau aus der Szene durch einen Mann aus der Szene bekannt gemacht wurde, eine Debatte um patriarchale Strukturen in autonomen Zusammenhängen, die leider nicht zu Ende geführt werden konnte und auch zu keinen direkten Ergebnissen kam, aber vielen immerhin die ungeschminkte Wahrheit darüber vor Augen führte, wie weit wir von libertären, antipatriarchalen und herrschaftsfreien Strukturen entfernt sind. Die Antifa (M) war nahezu die einzige autonome Gruppe, die sich weder als Gruppe noch durch einzelne Mitglieder an dieser Debatte beteiligte, sondern sich dazu gar nicht verhielt, was ihr heftig angekreidet wurde und damit ein Schlaglicht auf das Verhalten der (M) in Debatten wirft.

### **1989 and all that.**

Doch die Ereignisse überschlugen sich ja '89 geradezu. Im Herbst erfolgte die Grenzöffnung der DDR und der Zusammenbruch des "Real-existierenden Sozialismus" begann sich abzuzeichnen. Politisch begann die Linke in der BRD noch stärker zu rotieren, als zuvor. Wie oben schon erwähnt, kam es '88/'89 vermehrt zu Faschoaktivitäten in der Stadt. Im November '89 wurde Conny von den Bullen nach einer Antifa-Aktion in den Verkehr getrieben und dabei getötet. Nach ihrem Tod stand die Szene unter einem extremen Schock- und gleichzeitig Aktionsdruck. Innerhalb einer Woche wurde eine bundesweite Demo (20 000 TeilnehmerInnen), Mahnwachen, Pressearbeit usw. organisiert.



Nach dem 25. 11. wurden noch wöchentliche Mahnwachen, die später in einen zweiwöchentlichen Rhythmus übergingen, abgehalten.

Doch der Scheiße nicht genug. Am 9. 12. '89 zogen ca. 80 Faschos in SA-Manier und unter Bullenschutz durch die Stadt zum JUZI. Aus ihren Plänen machten sie keinen Hehl.

Das Transparent "Deutsche macht euch frei, schlägt das JUZI zu Breil" trugen sie vorneweg.

### ***Germany? Never again! 1990 das Jahr der Vereinsgründungen?***

1990 stand voll im Zeichen der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne (NwD-Kampagne) und der in diesem Jahr monatlich stattfindenden Mahnwachen, die wiederholt von den Bullen angegriffen und abgeräumt wurden. Parallel dazu lief wie gesagt die NwD-Kampagne und die Mobilisierung für die Demo in Frankfurt. Im Vorfeld dazu gab's dann am 15. 3. 90 eine "Nie wieder Deutschland"-Demo in Göttingen, die unter verstärkter Bullenpräsenz durchgezogen wurde. Im Zusammenhang mit der NwD-Kampagne tauchte die (M) das erste Mal als (M) auf. Der Herbst des Jahres versprach dann ja auch etwas wärmer zu werden. Die offizielle Wiedervereinigung stand an. Geplant waren Störaktionen bei der Festivität auf dem Markt, bei der die (M) dann auch ihre erste Aktion, die Verteilung von gefälschten Hundertmarkscheinen, durchzog. Darüber hinaus jährte sich der Tod von Conny zum ersten Mal. Eine bundesweite Demo erschien der Szene als ein zu gewaltiges Projekt und so wurde eine regionale geplant. Im Vorfeld wurde die Stadt zur Festung verwandelt. Die gesamten Geschäfte der Innenstadt wurden vernagelt und die Oberbullen der Stadt malten Bürgerkriegsszenarien an die Wand. Am Vorabend wurde trotz dieser Drohungen

eine Mahnwache mit Aufstellung eines Mahnmals abgehalten und am 17. 11. wurde bei massivster Bullenpräsenz und -spalier die Demo durchgeführt. Doch wie schon '89 kam es im Winter zu stärkeren Faschoaktivitäten. Sylvester '90/'91 wurde Alexander Selchow nach einer Party von Göttinger Faschos erstochen. Innerhalb einer Woche wurde wieder eine Demo organisiert und am 6. 1. '91 durchgeführt.

Dieser kurze Abriss zeigt, wie stark die Szene in diesen gut anderthalb Jahren durch diese Ereignisse gelenkt und beeinflusst worden ist: die Sexismusdebatte wurde nicht weitergeführt und somit konnten aus ihr keine weiterführende Prozesse entwickelt werden, und durch den Druck von "außen" kam es sozusagen zu einer Art "Zwangsaus-einandersetzung" mit Bullen und Faschos, was wiederum Diskussionen und Entwicklungsprozesse in der Szene hemmte bzw. unmöglich machte.

### ***1991 Vorhang auf, die Orga-Debatte beginnt.***

Die Entstehung der (M) spielte sich also vor diesem Hintergrund ab, und relativiert das Bild der (M), sie sei die einzige Kraft in Göttingen, die kontinuierliche Politik betreibe, erheblich(2).

Die (M) hat, nachdem sie im Oktober 1991 mit ihrer Demo zum 3. 10. (Verbrennung des Polizeistaats-Kraken) und ihrem Organisationspapier in der Radikal 144 an die Öffentlichkeit trat, und gleich darauf in ihren autonomen Standpunkten zum 9. bis 17. November(3) konkretisierte, eine Art Kampagnen-Politik mit antifaschistischem Schwerpunkt betrieben. Bundesweit und in Göttingen besonders "tobte" seitdem die Organisationsdebatte, die am besten in den Radikals 144 ff aber auch im Göttinger Nestbeschmutz nachzuvollziehen ist. Speziell genannt werden soll in diesem Zusammenhang nur das sogenannte Hahn-Solo-Papier, das als einziges versuchte, die (M) im gesellschaftlichen und historischen Entwicklungsprozeß zu begreifen und ihr nachzuweisen versuchte, daß sie

selbst diese stattgefundenen Entwicklungen seit den 20'er Jahren vernachlässige bzw. komplett ausblende(4).

Die (M) trat nach der brutalen Abräumung der Mahnwache am 17. 11. 91, die medial für die Bullen ein ziemliches Fiasko war, da eben diese Brutalität gebrandmarkt wurde und ihnen das Unterjubeln von Steinen und Krähenfüßen in die Rucksäcke von MahnwachenteilnehmerInnen nachgewiesen werden konnte, mit ihrer "behelmt-Sylvester-Demo" aus Anlaß des Jahrestages des Mordes an Alexander Selchow massiv in die Öffentlichkeit. Die behelmte (M) trabte mit einigen hundert Leuten in der Sylvesternacht, "Feuer und Flamme für diesen Staat" skandierend, hinter einem Streifenwagen mit Blaulicht her.

### **500 Jahre Widerstand, 500 Jahre Kolonialismus, 1992.**

Der Schritt ins Jahr 1992 war vollzogen. Und da traten neue Themen auf die Tagesordnung: im Frühling '92 nach zwei Jahren Pause wieder ein Haus in Göttingen besetzt und es gelang den BesetzerInnen Kontakte zur umwohnenden Bevölkerung herzustellen, die nach kurzer Zeit dem Projekt auch sehr wohlwollend gegenüber standen. U. a. deswegen konnten sich die Bullen ein brutales Vorgehen gegen das besetzte Haus nicht leisten. Somit blieb das Haus bis in den Juli hinein besetzt, wurde dann allerdings vor der Räumung von den BesetzerInnen, um einer Auseinandersetzung mit den Bullen aus dem Wege zu gehen, verlassen. 500 Jahre Widerstand, 500 Jahre Kolonialismus und "der Gipfel" in München waren die szenebherrschenden Themenbereiche. Trotz des Ansatzes "Antifaschismus=Antimperialismus" beobachtete die (M) lediglich die Diskussionen, Planungen und Veranstaltungen zum Thema.

Die (M) konzentrierte sich während dessen voll auf den 2./3. Oktober, den sie unter das Motto: "Schafft die antifaschistische Einheit jetzt!" gestellt hatte. Hierzu war eine Agit-Prop-Veranstaltung auf dem Marktplatz und ein demonstrativer

Umzug mit Motivwagenbegleitung durch die Stadt angesetzt. Zum Abschluß wurden die Motive des Wagen, alles Insignien des Imperialismus, verbrannt, was alles in allem "den Ruf der Gruppe als politische Kraft [fundamentierte]"(5). Vor diesem Hintergrund beteiligte sich die (M) außerdem am Göttinger Forum 9. 11.-30. 1., einem Zusammenschluß autonomer und anderer Gruppen (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Studi-Gruppen, GöttingerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt, Falken etc.), zur Organisierung und Ausgestaltung der Demos und Veranstaltungen zu den oben genannten Tagen. Parallel dazu begannen die Verhandlungen um die Bildung der Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), die nach manchen Streitigkeiten und dem Ausscheiden vieler Gruppen nicht wie beabsichtigt zu Pfingsten, sondern erst im Herbst 1993 abgeschlossen wurden.

### **Das Jahr 1993: let's get professional.**

1993 begannen sich die Aktivitäten der (M) gemäß ihrer internen Organisation in Arbeitsgruppen aufzufächern. Gearbeitet wird zu Internationalismus, zur Entwicklung antimperialistischer Politik, zur Entwicklung der bundesweiten Organisierung, zur Geschichte des antifaschistischen Kampfes und natürlich zu Antifa überhaupt. So begann eine Veranstaltungsreihe "Zu brennenden Fragen", in der die Situation in verschiedenen Staaten, vor allem im Trikont, behandelt wurden. Ebenso wurde im Sinne des antimperialistischen Ansatzes Kontakt zu den profiliertesten VertreterInnen eines solchen Ansatzes, den RAF-Gefangenen aufgenommen, die das Organisationspapier als Anzeichen einer Neubessinnung in der allgemeinen linken Krise begrüßten. Einige Veranstaltungen

zum Thema der Gefangenen, zum nationalen Konsens und zur Kriminalisierung des Antifaschismus wurden u.a. mit Ex-Gefangenen durchgeführt. Dabei fiel immer wieder unangenehm auf, wie die (M), u.a. auch bei internationalistischen Themen geradezu krampfhaft und penetrant die Verbindung zum antifaschistischen Kampf und zu ihrer drohenden eigenen

Kriminalisierung herzustellen versuchte, auch wenn es nicht hineinpaßte.

Gleichzeitig begann die Kampagne der (M) zusammen mit AA/BO-Gruppen gegen die faschistischen Zentren mit der bundesweiten Demo gegen das Haus Hans-Michael Fiedlers in Adelebsen. Diese wurde durch ein breites Bündnis unterstützt, das in der Bevölkerung einige Mobilisierung auslöste und auch einige der unsensiblen Vorgehensweisen der (M) abmilderte. So war die Mobilisierungsveranstaltung ursprünglich nur in Göttingen geplant und wurde aufgrund des Einspruchs einiger Adelebser erst kurzfristig auch im betroffenen Ort durchgeführt, wobei es zwei der drei Referenten nicht schafften, ihren Vortrag dem doch deutlich anderem Publikum anzupassen. Der Demo gingen in Adelebsen verschiedene politische Ereignisse in Kettenreaktion voraus, sodaß diese eigentlich nur den vorläufigen Abschluß eines sehr interessanten Prozesses markierte. Die Nazis reagierten auf die Ankündigung der Demo mit einer massiven Sprühaktion und einem Schreiben Fiedlers, wo er die Angriffe auf ihn halb bestätigt und erstmal ein negatives Bild abgab. Danach waren etwa 90 BürgerInnen auf der Mobilisierungsveranstaltung, wo die Abgrenzung zu den "Chaoten" bei vielen zu dem Entschluß führte, an der Demo teilzunehmen. Die Kampagne wurde weitergeführt mit einer Demo gegen die Gärtnerei der Nazi-Müllers in Mainz am 17. April, wobei die Disziplinierung der Demo wie in Göttingen

üblich, schon nicht mehr gewährleistet werden konnte. Laut Bericht eines Teilnehmers(6) kam es zu Steinwürfen auf Bullen und zu einem Angriff auf eine Nazi-Gruppe auf dem Gärtnergelände ohne Zustimmung der Demoleitung, die ständig hektisch zur Disziplin mahnte.

### **Demos, Razzien und Deeskalation im Jahre 1994.**

Diese Widersprüche zwischen einem disziplinierenden und für viele NichtgöttingerInnen befremdlichen Bündnis-konzept und der traditionellen Direkten Aktionsstrategie, die auch einige AA/BO-Mitgliedsgruppen weiter praktizieren, brachen bei der Demo gegen das Haus Torsten Heises in Northeim am 4. Juni 1994 endgültig auf. Anscheinend war von der (M) unter gewissen Umständen eine Beiseiteräumung einer Polizeisperre nicht ausgeschlossen worden, aber für viele DemonstrantInnen war anscheinend ein Durchbrechen zum Haus einen ernsthaften Versuch wert. Dieser Möglichkeit war die (M) aufgrund des Bündnisses mit den ReformistInnen nicht mehr gewachsen, zumal ihr auch die Grünen durch eine Rede mit Wahlkampf-elementen zur Europawahl während der Kundgebung auf der Nase herumtanzten. So kam es zu einer peinlich deutlichen Rückzugsbefürwortung der (M) von der Polizeisperre, die sie nach schwerer Kritik anderer AA/BO-Gruppen über den Wert von Bündnissen neu nachdenken ließ und den Kurswert derselben zum Sinken brachte. Auch nach den Juli-Razzien wird diese Linie für die geplante AA/BO-Demo am 19. November zum 5. Todestag von Conny durchgezogen, konsequent auf fast alle bisherigen Göttinger BündnispartnerInnen verzichtet und die bundesweite Organisation in den Vordergrund gestellt(7).

Die Razzien ließen die Diskussion um die Politik der (M) auch in Göttingen wiederaufleben, da sie dazu neigte, v. a. die Durchsuchung des Buchladens Rote Straße mitsamt 2 Verfahren wegen Unterstützung (?) zu ignorieren. Seit die (M) ihrer die Wut über diesen Staats-



schutzangriff v. a. auf der 3. Demo gegen die Razzia mittels Angriffen mit Flaschen und einigen Steinen auf die Polizei, sowie später in einem nächtlichen Angriff auf einen Streifenwagen Luft machte, steht die Deeskalation und das Bündnis auch von reformistischer Seite her in Frage. Die Frage, wie militante Politik in Göttingen unter den heutigen Umständen aussehen kann, wird nun in einer neuen Etappe gestellt und einiges wird davon abhängen, wie die (M) sich dabei verhält und ob es zu einer Prozeßwelle kommen wird.

### Anmerkungen

1 Nestbeschmutz Mai '92 und Radikal 145.

2 vgl. Projektgruppe (Hrsg.): Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis, Berlin 1994; S. 53.

3 vgl. Reader der (M) "Autonome Standpunkte zu den Aktionen vom 9. bis 17. November 1991 in Göttingen"

4 Anm. vgl. u. a.: Radikal 145; S. 38-40.

5 Anm. Autonome Antifa (M): Dokumentation. Demonstration in Adelebsen/Göttingen 20. März 1993; S. 5.

6 Anm. Antifaschistisches-Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg Juni 1993, S.20-21.

7 Anm. vgl. "Bewertung der Antifademo vom 4. Juni 1994 in Northeim", RAZZ Nr. 59 vom Juli 1994, S. 19-22. Dieses Papier war übrigens in Göttingen nicht erhältlich!

## Überlegungen zum praktischen Verhalten des Herrn (M) aus Gö.

(Teil 2 der Betrachtungen über die Antifa (M))

Wie aus dem geschichtlichen Abriss ersichtlich, ging die (M) aus einem gescheiterten Bündnisversuch autonomer Gruppen mit anderen politischen Gruppen und Zusammenhängen hervor. Für die (M) war und ist diese Bündnispolitik bisher ein zentrales Moment ihrer Politik gewesen. Ein gewisser Bruch scheint sich seit der Northeim-Demo vom Juni '94 vollzogen zu haben. Seitdem betont die (M) eher den Bezug zur AA/BO, und ist bereit, auf die üblichen Bündnispartner (VVN, Grüne etc.) teilweise zu verzichten.

### Wer zur Speerspitze der Revolution gehört, bestimmen wir.

Für die (M) bedeutet Bündnispolitik, daß sie das autonome Ghetto verläßt und "antimperialistische Inhalte" in die Gesellschaft hinein trägt(1). Damit relativieren sie gleichzeitig die Bedeutung anderer autonomer Gruppen, die ja nach (M)-Argumentation im Ghetto verharren. Sie können z. B. dem (M)-Demokonzept zustimmen oder aber ablehnen. Relevante Veränderungen werden jedoch nur erreicht, wenn andere Bündnispartner - wie z. B. die VVN - dies durchsetzen. Wenn die anderen autonomen Gruppen so wenig wichtig erscheinen, liegt das auch darin begründet, daß sie, nach (M)-Meinung, "auf der faulen Haut liegen und nichts machen". Dagegen schätzen sich die (M)-Leute persönlich dadurch als stärker ein, daß sie am "richtigen" Organisationskonzept teilhaben, an der einzig relevanten Bewegung, - Antifa - und am einzig richtigen Ansatz, der in der Vergangenheit eine Massenrelevanz hatte, dem Antifakampf der KPD in den 20er und 30er Jahren(2).

### Die Szene und ihr Aktionismusfrust.

Mit diesem Selbstbewußtsein ausgestattet, und durch ihre Pressearbeit nach außen legitimiert, gelang es ihren Leuten, Angehörige anderer autonomer Gruppen davon zu überzeugen, daß deren Arbeit irrelevant sei und zu nichts führe. Es bedurfte erheblicher Anstrengungen diesen Trend - das sich Anziehen des (M)-Vorwurfs und die damit zusammenhängende Lähmung von Diskussionen und Prozessen in der Szene - umzukehren und das Bewußtsein über die Relevanz von beispielsweise der antirassistischen Arbeit(3), der Organisation von Telefonketten, der Kampagne gegen den Weltwirtschaftsgipfel, den Häuserkampf und durchaus auch autonomer

Feuerwehraktionen wie Hoyerswerda, Rostock, Mannheim, trotz deren Schwächen, wieder herzustellen. So gelang es z. B. im Februar/März '93 bei der Planung der Adelebsen-Demo dem nahezu schrankenlosen (M)-Stil Grenzen zu setzen. So wurde z. B. die Forderung der (M), OrdnerInnen mit Armbinden einzusetzen nach langen Diskussionen gekippt. Hier

gab es die Erfahrung u. a. von der Demo am 2. 10. '92, wo (M)-OrdnerInnen im oben genannten Outfit u. a. vor der Deutschen Bank standen, und, Polizeidienste leistend, die Bank vor möglichen militanten Aktionen schützen wollten.

### ***Let's have some information tonight.***

Bei von der (M) selber durchgeführten Veranstaltungen stehen oft platte Parolen im Vordergrund, wie Antifaschismus=Antimperialismus bzw. Internationalismus, wobei der Informationsteil das normal zu erwartende Spektrum an Infos liefert, jedoch die Schlußfolgerungen oft völlig an den geschichtlichen oder heutigen Realitäten vorbeigehen. Ein Beispiel ist die völlige Ablehnung der Soli-Arbeit für Nicaragua, da sie, nach (M)-Einschätzung, nur dem sandinistischen Reformismus geholfen habe. Die (M) war dabei jedoch nicht zu einer Differenzierung fähig/bereit, die aufgezeigt hätte, worin die reformistischen bzw. revolutionären Aspekte des Sandinismus liegen. Dabei verfiel die (M) - vergleichbar mit der Kritik an der autonomen Arbeit in Göttingen - in eine völlig haltlose Kritik an der Solibewegung, indem sie behauptete, daß es keinerlei Kontakte zwischen dieser hier und den Leuten in Nicaragua gebe, bzw. eine Kontinuität in ihrer Arbeit nicht existent sei. Der kritische Verweis auf die Existenz einer Vielzahl durch die Solibewegung mitgetragener Projekte wischte die (M) durch ihr Argument, daß eben diese ja den sandi-

nistischen Reformismus unterstützt hätten, beiseite.

Interessant an dieser Stelle ist das generelle Umgehen der (M) mit Unverschämtheiten, Absurditäten dieser Art und Beweisen für ihre politischen Realitätsferne bzw. Kurzsichtigkeit. Sie vollführt hier einen Seitentanzakt zwischen radikaler Meinung/Einschätzung der Situation und der Notbremse: "War 'ne Einzelaktion und spiegelt nicht die Gruppenmeinung wider.". D. h. die Hintertür, eine offenkundige Absurdität als Einzelmeinung zu bezeichnen bleibt offen, ohne dabei Einschätzungen durch die Gruppe neu reflektieren zu müssen. Bei einer weiteren Veranstaltung zur Novemberrevolution 1918 wurde das Referat praktisch einem Geschichtsbuch entlehnt. Bei der Bedeutung, die gerade die (M) der Revolution 1918 beimißt und bei ihrem Anspruch mit dem Ansatz "Antifaschismus=Antimperialismus" zur Speerspitze der Revolutionären Kräfte in der BRD zu gehören, erscheint es nicht nur als peinlich, sondern als politisch geradezu kurzsichtig bzw. gefährlich, die Behandlung, Analyse und Einschätzung eines solchen historischen Prozesses nur anhand von BRD bzw. DDR Literatur nachvollziehen zu wollen. Eine eigene Herangehensweise mit eigener Analyse, eigenem Blickwinkel und dem Bezug zur gegenwärtigen Realität ist hier unerlässlich.(4)

Hier stellt sich auch die Frage, was die Veranstaltungen eigentlich neben einer allgemeinen Information bewirken sollen. Sie sind weder in einem Diskussionsprozeß integriert, noch tritt nach außen, daß die (M) die Ergebnisse der Diskussion auf den Veranstaltungen oder die internen Diskussionen der AG's in irgendeiner Weise verarbeitet oder wieder zur Diskussion stellt. Der von der (M) formulierte Anspruch - "Bei unserem Ansatz antimperialistischer Politik geht es vor allem um den Kontakt zu Bewegungen vor Ort."(5)- erscheint als absolut hohle Phrase, wenn mensch sich die real abgelaufenen Veranstaltungen vor Augen führt. Auf keiner dieser Veranstaltungen wurde von der (M) - sie vertritt diesen Anspruch - versucht, Bezüge zwi-

schen der Situation/den Prozessen vor Ort (Gö., Niedersachsen, brd) und der Situation/Entwicklung in beispielsweise Nicaragua, Guatemala oder Nordirland herzustellen. Die Veranstaltungen scheinen uns eher dazu geeignet, den "Ruf der Gruppe als politische Kraft", wie die (M) ja selber schreibt(6), zu fundamentieren. Es geht ihr also um ihren Ruf und nicht um das Vorantreiben politischer (Diskussions)-Prozesse.

### **Müssen Flugis fliegen können?**

Ähnlich verhält es sich mit den Flugblättern der (M). Bei ihnen fällt auf, daß sie nach dem ersten Lesen den Eindruck der Zustimmung erwecken, was allerdings nach unserer Einschätzung an zweierlei Mechanismen liegt. Zum einen hakt die (M) sozusagen "den Standard", - ähnlich wie schon bei den Veranstaltungen - der in einem Flugl zum Thema zu erwarten ist, ab: der immer weiter nach rechts driftende "nationale Konsens", die stärker anziehende staaliche Repression - in der Regel nur gegen deutsche Antifas gerichtet, neuerdings sogar nur noch gegen die (M) als Speerspitze der Antifa-Bewegung - einschließlich der inneren Sicherheit, der wirtschaftliche Imperialismus der BRD via Kambodscha und Somalia durch eine Militarisierung ergänzt, und, da war doch noch was, das Patriarchat(7). Zum zweiten ist hier die sprachliche Gestaltung zu nennen. Die (M) bedient sich einer Sprache, die als dogmatisch, schwarz-weiß-malend und Keinen-Widerspruch-Duldend charakterisiert werden kann. Gegipfelt wird dies noch durch den sprachlichen Reflex des "wer nicht für uns ist, ist gegen uns". Über diese beiden Mechanismen - Sprache und gewisse Form der Inhaltlichkeit - wird eine kritische Diskussion bzw. gar eine Kritik an den (M)-Positionen von vornherein zu Nichte gemacht. Die (M) hat immer den Rückzugsbereich des "Es ist doch alles drin" bzw. das Totschlagargument des "dann stehst du auf der anderen Seite". Bei all dem kann allerdings nicht gesagt werden, daß die (M)-Analysen besonders brillante oder neue sind. Es ist ein Wiederaufwärmen der

alten Ansätze aus den K-Gruppenbereich der 70er Jahre und im Bereich Antifa eine enge Anlehnung an die Dimitrov-Thesen von 1935. Für die (M) steht hinter dem Faschismus immer noch der reaktionärste Teil des Kapitals.

### **Kritik der Antikritik.**

Die Kritik, die an diesen Argumentationslinien und Äußerungsform der (M) schon getätigt wurde, läßt die (M) bisher an sich abtropfen, indem sie sagt, daß die Kritik mit Polemik bzw. Vorwürfen arbeite aber keine Alternativen liefere und sie deswegen nicht antworten könnten(8). "Kritik erscheint immer dann fragwürdig, wo die Art und Weise und ihre inhaltliche Bestimmung keine Konstruktivität erkennen lassen. Kritik um der Kritik willen, ohne Lösungsvorschläge zu bieten, verkommt sehr schnell zu einem sinnentleerten Ritual, das nicht zu einem Klärungsprozeß be trägt, sondern die Abgrenzung als Ziel hat." D. h. Kritik darf nicht mehr kritisieren, Schwächen und Lücken aufzeigen, bzw. gar inhaltlich sein, sondern muß mit einer Gruppe, die über Einfluß verfügt, verknüpft sein. Gruppen, Organisationen und Namen allein werden zu Argumenten(9).

### **What's on TV tonight?**

Das Verhältnis zu den Medien war einer der Hauptgründe für die Entstehung der (M). Es wurde behauptet, man könne sie für die Verankerung und Bekanntmachung autonomer Politik in der Öffentlichkeit taktisch nutzen. Die "Eigengesetzlichkeiten" der Medien wurden unterschätzt, bis in der Auswertung zur Northeim-Demo vom 17. 6. '94 eingestanden wurde, daß z. B. die Verbindung des antifaschistischen Kampfes mit dem gegen das imperialistische System nicht von den Medien publiziert wurden, und stattdessen in einer Sen-

derung die Bekanntmachung gekommen sei, daß die Autonomen nur noch gegen Nazis, aber nicht mehr gegen den Staat kämpften. Außerdem wurden der Pressearbeit das Hauptverdienst bei der Verankerung antifaschistischen Widerstandes in Südniedersachsen zugewiesen, obwohl die Medien seit Jahren von sich aus darüber berichten, und viele Aktionen allein aus der Realität heraus die Sympathie vieler Menschen finden. Außerdem mußten die Hetzberichte z. B. des Göttinger Tageblattes aufgrund des öffentlichen Drucks weitgehend im Zuge der Göttinger Deeskalationskonzeptes eingestellt werden. Die (M) gibt sich nichtsdestotrotz mit einer "Papier-Tiger-Stellung" zufrieden. Hauptsache in der Presse und dann hat sie, nach Eigeneinschätzung, Inhalte in die Gesellschaft und in die gesellschaftliche Diskussion getragen. Leider springen recht viele Leute auf dieses Bild von der "wichtigen (M)" an, ohne dabei zu bedenken, daß es noch gar nichts bedeutet, in der Presse zu sein, professionelle Dokus/Reader rauszubringen und über eine Organisation zu verfügen. Inhalte und verändernde Prozesse werden so nicht zwangsläufig in Gang gesetzt. Die Pressearbeit sorgte dafür, daß die (M), sicherlich nicht unbeabsichtigt, für Linke in anderen Städten bzw. allgemein für die Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, sie sei "die Göttinger Autonomen".

### ***M und M's, schmelzen unterm Helm, nicht in der Hand.***

Hier ist noch die Frage nach der Rolle von Symbolik und Militanz beim öffentlichen Auftreten der (M) zu stellen. "Es gibt für jede Demonstration, die wir durchführen, ein politisches Konzept, das auch unser praktisches Auftreten bestimmt. Wir haben dieses Vorgehen in den Auseinandersetzungen, die wir

führen mußten, entwickelt, und es hat sich bewährt. Ein Beispiel: Am 17. November 1991 wurde die Mahnwache für Conny von der Polizei unter Einsatz von Wasserwerfern und Knüppeln aufgelöst. Wir haben daraufhin gesagt, wir werden Sylvester aus Anlaß des Todes von Alexander Selchow mit Helm und Knüppel demonstrieren, weil die Polizei hier angegriffen hat und sie natürlich auch diese Demonstration angreifen wird. [...] Also haben wir demonstriert, wie wir es für richtig hielten: wir haben uns und unsere Identität geschützt. Und Polizei und Staatsapparat hatten das zu akzeptieren. Diese Überlegungen haben wir von vornherein öffentlich gemacht, damit klar wurde, unter welchen Ausgangsbedingungen wir demonstrieren und wir durch diese Öffentlichkeit Druck auf den Polizeiapparat ausüben konnten." (10) Zur Sylvesterdemo und zur Mahnwachenabräumung haben wir eine andere Einschätzung. Bei der Abräumung hatten sich die Bullen vorlaufenden Kameras so blamiert, daß ein repressives Vorgehen bei der Sylvesterdemo politisch nicht mehr durchzusetzen war und seitdem die Deeskalation zur politischen Linie wurde. So konnte die (M) den Schwarzen Block, dem ein Polizeiwagen vorausfuhr, im Sinne des traditionellen autonomen Habitus ohne große Gefahr durchsetzen.

Die Diskussion darüber, ob bei Aktionen, die eine entsprechende Militanz nicht brauchen, ein solches Auftreten notwendig ist, und ob dies zu entsprechender Isolierung führt, ist dabei konsequent ignoriert worden. Dementsprechend treten auch die (M)-Mitglieder alltäglich in einem militanten Outfit auf und erweisen sich so als typische Szeneangehörige, die sie doch angeblich nicht sein wollen.

Doch was ist der Schwarze Block mittlerweile in Göttingen? Er wird bei anderen Autonomen nur noch als Karnevalsanzug goutiert (11) und auch andere sehen darin nichts Militantes mehr: Die Grünen fordern den Schwarzen Block, da er für einen friedlichen und kontrollierten Ablauf Sorge, die Presse unterscheidet mittlerweile zwischen guten





und verlässlichen Autonomen und bösen Chaoten und die (M) selber sagt im FR-Interview vom 6. 8. '94, daß sie sich immer an die Deeskalation gehalten habe. Eine solche Maskerade sorgt dafür, daß sich die (M) noch als autonom bezeichnen kann, aber andererseits weist sie nach, daß sie ansonsten Unkontrollierbare, also die Autonomen, manipulieren kann und für andere Zwecke z. B. als Verhandlungsmasse einsetzen könnte. Dies zählt zu den klassischen Eigenschaften reformistischer Gruppen.

### Anmerkungen

1 vgl. u. a. Projektgruppe (Hrsg.): Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis, Berlin 1994; S. 54 "[...], zum anderen ist für uns unerlässlich, daß bei Aktionen unser antikapitalistischer Ansatz erhalten bleibt."

2 Die meisten Gruppen existieren in autonomen Zusammenhängen zwei bis vier Jahre, und dann sind sie von der Bildfläche verschwunden. Natürlich gibt es Gruppen, die für eine gewisse Zeit einen relativ hohen organisatorischen Grad entwickeln. Aber irgendwann ist diese Politik am Ende, weil sie keine politische Perspektive mehr bieten kann und auch keine persönliche mehr für die Leute. Was ist übriggeblieben von der Bundestagsblockade, was ist übriggeblieben von "Nie-wieder-Deutschland", was ist übriggeblieben vom IWF? Es gab Aktionen, doch selbst von den Aktivistinnen sind sie ein, zwei Jahre später oft schon fast vergessen. Ebd.; S. 67.

3 Die (M) zu Teilen der Antirass-Arbeit: "Wir finden diese Arbeit richtig und sinnvoll, aber durch die Struktur unserer Gruppe können wir so etwas momentan nicht leisten. Außerdem ist es ein etwas anderer Ansatz als unserer." ebd.; S. 58.

4 vgl. dazu Teil 2 der Antifa (M) Kritik (demnächst in ihrem Zirkular).

5 Antifa a. a. O.; S. 58.

6 vgl. Dokumentation zur Adelebsen-Demo; S. 5. 7 vgl. hierzu die beiden Broschüren: "Über alle Grenzen. Texte gegen den deutschen Nationalismus." und "Zwischenzeiten. 14 Thesen zum Imperialismus".

8 vgl. Nestbeschmutz Oktober '92: Stellungnahme der autonomen Antifa (M) zu den Behauptungen der "Eine autonome Antifa im JuZi".

9 vgl. dazu auch aus dem Buch Antifa das Interview mit der Antifa aus Guben; S. 85: "Und dann, wenn jemand aus anderen Zusammenhängen gesprochen hat, mußte er sich Göttingern fragen lassen: Wo kommst Du eigentlich her?"

10 Anm. Antifa a. a. O. ; S. 55.

11 Anm. Göttinger Drucksache 123, 8. 10. 1994

## Vorläufige Thesen zu Faschismus / Antifaschismus

*Die bisherigen Versuche im Zirkular, den Faschismus zu analysieren und den Antifaschismus zu kritisieren fand ich meist recht verquer. Sie pendelt - wie auch schon in Zirkular Nr. 3 festgestellt worden ist - zwischen "hochgespieltem Phantom" und der Erwähnung der Gefährlichkeit der neuen Faschisten. Beides hat keinen roten Faden, was mich auch nicht wundert, da ich das Gefühl habe, die Faschismus-Analyse wird der gewünschten Kritik an der Antifa-Bewegung angepaßt. D.h., es wird der Versuch unternommen, einerseits die Gefahr eines Faschismus/der FaschistInnen herunterzuspielen, weil damit die Beschränktheit der Antifa-Bewegung auf einen Abwehrkampf kritisiert werden kann, andererseits muß dann wieder zugegeben werden, daß die Faschos doch nicht ganz ohne sind... Das ist m.M. nach allerdings gar nicht nötig, wie ich aufzeigen will.*

*Der folgende Text gliedert sich in fünf Teile, die in diesem und den nächsten Zirkularen veröffentlicht werden (sollen). Zunächst will ich ein paar Anmerkungen, Gegenthesen und Kritik an dem Text aus Freiburg in Zirkular Nr. 2 anbringen. Im zweiten Teil werde ich versuchen, die aktuelle "faschistische Gefahr" zu analysieren. Im dritten Teil werden nötige Konsequenzen aus dieser Analyse beschrieben (als Thesen), die wiederum im vierten Teil (Zur Antifa-Bewegung) dem real-stattfindenden "antifaschistischen Kampf" gegenübergestellt werden. Im fünften Teil schließlich werden noch ein paar praktische Vorschläge gemacht.*

*Hintergrund dieses Textes sind Erfahrungen, die ich mit mehreren Jahren antifa-*

*schistischer Arbeit gemacht habe, in der ich mit ganz verschiedenen Komponenten antifaschistischen Kampfes in Berührung kam: Antifa als Jugendbewegung/-kultur, Antifa als autonomer Antifaschismus (Auseinandersetzungen mit Nazi-Skins, militante Aktionen gegen Faschos), Antifa & Jugendgangs (Zusammenarbeit mit "multinationalen Jugendbanden"),*

*Antifa "historisch" (Bündnisse mit VVN, DGB usw.), sozialrevolutionär-orientierter Antifaschismus (Versuch, Probleme der Klasse wie Wohnungsnot und Sozialabbau mit einer antirassistischen Argumentation zu verknüpfen bzw. an gemeinsamen Interessen deutscher und ausländischer ProletarierInnen anzusetzen).*

## Teil I

### **Anmerkungen zu Faschismus/Antifaschismus (I) aus Freiburg in Zirkular 2(1)**

**1** Der Satz zu den 60er Jahren ist mir zu ungenau. Im Gegensatz zu 1989/90 ging es Ende der 60er zunächst um einen OFFENSIVEN Schritt. Die undemokratischen Strukturen, der Antikommunismus, die alten Nazis auf den neuen Posten, das Tabu der Faschismus-Aufarbeitung, die Ideologie des "Wir haben von nichts gewußt" (und konnten deshalb auch nichts dagegen tun) - das waren Punkte, die die 68er Bewegung versuchte aufzubrechen.

Ausgangspunkt waren also real herrschende rechte Strukturen und Ideologien. Es war also zunächst kein Abwehrkampf, sondern einer, der die herrschenden Verhältnisse in den Blickpunkt nahm und bekämpfte. Im Gegensatz zu 1989/90 war dies eine Bewegung, deren Charakter und Stimmung offensiv war

und dem eine reale Klassenbewegung zugrunde lag. Das gleiche gilt für die 70er.

- Gerade die antifaschistische Analyse der "Nie wieder Deutschland"- Linken war durchaus zutreffend. Auch wenn die Analyse mehr einen prophezelenden Charakter hatte, so stellte sich doch im Nachhinein heraus, das es auch so kam, wie es prophezeit worden ist (von den weltweiten Bundeswehreinheiten über die Abschaffung des 16 GG bis zu den rassistischen Angriffen IST ja alles eingetreten, womit gegen die Wiedervereinigung Propaganda gemacht wurde). Daß sie einerseits die Widerstandskräfte in ihrer Analyse gar nicht berücksichtigten, andererseits eine relevante Widerstandsbewegung auch nicht entstand, mag mancheiner/einem wie eine "self fulfilling prophecy" erscheinen. Mir ist das allerdings etwas zu billig.

Die Analyse war durchaus richtig, aber durch ihre Beschränkung auf den Blick von oben (was erwartet uns) und die fehlenden Vorschläge eines Eingreifens in die realen Entwicklungen blieb tatsächlich nicht mehr viel übrig als sich der kommenden Entwicklung zu unterwerfen. Zumal die Bewegung keinen realen Kontakt zu den analysierten "Opfern" des neuen Deutschland herstellte (Flüchtlinge, MigrantInnen, ArbeiterInnen, Frauen), diese auch nur zu Opfern stempelte und deren eigene Subjektivität negierte.

Sie hat als angeblich antinationalistische Bewegung nicht einmal den nationalen Bezugsrahmen verlassen, indem sie rein deutsch blieb. Die Bekämpfung des real (auch in Teilen der Klasse) anwachsenden Nationalismus/Rassismus hätte mit einem positiven Projekt verbunden werden müssen. So blieb die Propaganda (von Kampf möchte ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen) moralisch und unwirksam. DAS wäre eher mein Kritikpunkt als der Bewegung vorzuwerfen, sie hätte quasi irreale Entwicklungen beschwört bzw. bekämpft. Das scheint mir auch eine Verharmlo-

sung der nationalistischen Soße, die 89/90 hochgekocht ist - oben UND unten.

## 2 Zitat: "Aus Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse wurde Gut und Böse..."

Es ist keine Frage, daß die BETEILIGTEN SchönauerInnen, RostockerInnen usw. Täter und keine Opfer waren. In der konkreten Situation gab es keine Alternative dazu, sich (symbolisch und/oder real) vor die Flüchtlinge zu stellen. Um eine Auseinandersetzung mit den TäterInnen konnte es ZUM KONKRETEN ZEITPUNKT nicht gehen. Wenn Menschen die Herrschaftsstrukturen soweit verinnerlicht haben, daß ihnen nichts besseres einfällt, als gesellschaftlich völlig ausgegrenzte "Randgruppen" in Lynchstimmung anzugreifen, dann ist es mir erstmal egal, aus welcher Schicht sich diese Leute zusammensetzen, ob sie deutsch oder ausländisch sind. Mit diesen Leuten kann es keine Versöhnung geben, solange, bis sie ihr Verhalten/Denken ändern (wozu wir allerdings, da gebe ich Freiburg recht, etwas beitragen können).

In diesem Zusammenhang finde ich z.B. das Wort der "Rebellion von rechts" unpassend. Rebellion ist für mich ein positiv besetztes Wort (deshalb ja auch: Rebellion ist berechtigt), eine quasi fehlgeleitete Rebellion kann es m.M. nach nicht geben. Rassistische Ausschreitungen können keine Rebellion sein, auch keine "schlechte" oder eine gegen die Ausländerpolitik der Regierung gerichtete. Rebellion geht von unten gegen oben, nicht von unten gegen ganz unten. Will sagen: das "Gut" und "Böse" war da, die Leute haben ihre kleine rassistisch begründete Scheißmacht ausgetobt und sie wußten, daß sie diese Macht auch haben (frei nach Detlef Hartmann). Alles andere ist eine Verklärung. Auch ich bin dafür "in die Problemviertel" zu gehen, nicht "ganze Stadtteile als rassistisch abzuschreiben", zu gucken, was passiert usw. - durch Eure verbalen Wendungen werden die realen Ereignisse aber auch nicht besser. Sie sind nicht wegzureden

und nicht zu beschönigen. Und die Tatsache, daß auch Ausländer dabei waren, sagt doch nur, daß es hier einen "sozialen Rassismus" gibt.(2)

## 3 Die Rolle der Faschos

analysiere ich nochmal neu in Teil 2 dieses Papiers. Ich kann mit diesem Abschnitt nicht viel anfangen.

## 5 Rassismus wird als Ausdruck sozialer Verhältnisse

analysiert. Das finde ich durchaus richtig. Allerdings vermisze ich dann die Frage, wer Interesse hat, diese Verhältnisse zu ändern.

In Zirkular Nr. 4 war die Rede der MigrantInnen abgedruckt. Auch wenn ich sie teilweise haarsträubend finde, so zeigt sie doch, woher der "radikale Antirassismus" kommt - von unten, von den Betroffenen, von den MigrantInnen selbst. Warum gesteht Ihr das nicht ein und tut so, als ob die (ganze) Klasse hier ein Interesse daran hat, die rassistischen Verhältnisse aufzubrechen. (ich verweise hier auch nochmal auf Bücher wie L'Affiche Rouge, Thesen des Bremer Anti-Rassismus-Büros und einer Vielzahl anderer Untersuchungen und Thesenpapiere, die die Bedeutung der MigrantInnen für den "antifaschistischen Kampf" analysiert haben, u.a. auch Zirkular Nr. 3 "Rassismus, Migration, Migrationspolitik").

## 6 Die Gleichsetzung der Antifa mit den Faschos

und das Bild vom Extremismus-Problem ist eine staatliche Propaganda. Sie ist ein Problem, mit dem sich die Antifa herumschlagen muß, kann aber kein Grund sein, irgendwelche Aktivitäten abzublasen. Gerade Euer Beispiel mit dem Fußballländerspiel am 20.4. in Berlin hat sich als schlechtes herausgestellt: die Antifa hat sich (mit dem "Bündnispartner" Ausland) durch-

gesetzt, die Faschos haben verloren, weil es Ihnen nicht geglückt ist, den Tag für sich zu nutzen.

Im übrigen benutzt nicht nur der Staat die Antifas für seine Propaganda, auch die Faschos kopieren seit Jahr und Tag die Antifa bis in die Parolen hinein. Auch dieses Problem kann nicht dadurch gelöst werden, die Antifa sozusagen aufzulösen. Gerade das Schielen auf die Herrschenden (unternehmen sie etwas gegen die Faschos ?) muß aufhören, die Antifa muß sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Wenn der Staat dann, bevor die "Antifa-Selbstjustiz" zuschlägt, lieber selbst etwas unternimmt, ist das nicht unser Problem. Der Staat kommt vielmehr in Argumentationszwang, wenn die Leute merken, daß er immer erst reagiert, wenn er in Zugzwang gerät oder andere eingreifen. Viele Menschen registrieren das durchaus positiv, daß es meist die Linken sind, die was gegen die Faschos machen.

**7** Der "Frust der Beteiligten" der Antifa-Bewegung entsteht meiner Meinung nach durch die ewige Wiederholung der Ereignisse. Auch mir hing es irgendwann zum Hals raus, das ewig gleiche Bild: faschistisches Treffen irgendwo, Bullen vor der Halle/Gaststätte, immer die gleichen Leute (Antifas eben, Punx, SchülerInnen, manchmal noch AusländerInnen), ... Interessant war es eigentlich immer nur dann, wenn sich entweder PassantInnen usw. anschlossen (was selten genug passierte) oder wenn es militant wurde (Versuch, die Bullensperren zu durchbrechen, abwandern an andere Orte, wo mensch handlungsfähiger war, oder es wurden doch noch ein paar Faschos auf dem Nachhauseweg "erwischt"...).

Die Beschränktheit dieser Mobilisierungen könnte auch der Grund für

Geschehnisse wie die im März 94 in Bremen sein (Zirkular Nr. 2) - die Leute haben keinen Bock sich an den Faschos abzuarbeiten und ihnen fallen auch noch andere Sachen ein. Die Frustration "jetzt sind wir schon wieder wegen den Scheiß-Faschos da" könnte sich vielleicht umgedreht haben in ein "wenn wir schon mal alle zusammen sind"... In der süddeutschen Provinz hatte ich jedenfalls das Gefühl, daß die Antifas immer mehr so eine "wir machen es entweder kurz und bündig oder wir gehen gleich wieder" - Mentalität draufgekriegt haben. Die langen Herumstehereien vor irgendwelchen Hallen hatten alle satt (ähnliches dürfte auch für die Auseinandersetzung mit rechten Parteien gelten - früher haben wir ganze Abende damit verbracht, uns die Parteiprogramme von NPD, REP's usw. reinzuziehen, sie als faschistisch zu entlarven...heute interessiert das kaum noch jemand, weil alle wissen, daß sie einfach scheiße sind und bekämpft werden müssen).

**8** Zitat: "Gut wäre, wenn sich wirklich die wehren, die es betrifft" (Im Anschluß wird gemutmaßt, ob bzw. daß sich die Antifa militarisieren könnte und gesagt, das wäre eine zweischneidige Sache). Das Zitat ist totaler Quatsch. Zum einen ist das doch sowieso der Fall: es sind genau die durch die Faschos gefährdeten Gruppen, die sich wehren: MigrantInnen, Linke, Punx,... (bei uns in der Stadt haben sich genau die gewehrt, die Probleme mit den Faschos hatten, das waren dann z.B. Skaters oder ausländische Gangs).

Zum anderen ignoriert dieser Satz aber auch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Gerade die Hauptbetroffenen sind sehr anfällig für Abschiebungen (Flüchtlinge), Diffamierung (alle) und Kriminalisierung (auch alle, vor allem aber die Flüchtlinge/MigrantInnen und die Punx, die sehr oft auf Antifa-Mobilisierungen von den Bullen herausgegriffen werden). Wie mit Selbstverteidigung (im staatlichen Jargon: "Selbstjustiz") umgegangen wird, hat sich ja jüngst sowohl in Magdeburg als auch in Berlin gezeigt. Wichtig wäre



also vielmehr eine Solidarisierung auch von (noch) nicht Betroffenen mit denen, die sich sowieso wehren müssen (und es deshalb selbstverständlich auch tun). Die Gefahr einer Militarisierung der Antifa sehe ich nicht: wenn heute viele nur noch mit Messer und CS-Gas durch bestimmte Gegenden laufen, dann hat das ja durchaus Gründe. Übertriebener Militanz- und Waffenfetisch wird auch innerhalb der Antifa schon lange kritisiert.

Vielen Frauen ist dieser ständige Selbstverteidigungszustand (Kampfsport, CS-Gas u.a.) schon lange vertraut, ohne daß sich daraus eine "Militarisierung des Geschlechterkampfes" konstruieren ließe. Und die Zeiten, wo die Nazi-Skins als Hauptproblem durch die Köpfe der Antifa kreisten und sich viel auf dem Niveau "Wie können wir sie am besten verdreschen" bewegte, sind in der Antifa glaube ich schon länger vorbei (Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel).

Die wichtigsten Punkte und Fragen fehlen weitgehend in dem Freiburger Text ! Weiter aktuell also:

- Wie gehen wir mit dem Rassismus in der Klasse um (von Sprüchen bis zum Pogrom) ?
- Wie können wir MigrantInnen unterstützen/schützen und wo gibt es Verbindungen zwischen ihren und unseren Kämpfen ?
- Warum richtet sich der antifaschistische Kampf so wenig gegen den staatlichen Rassismus?

*ein ehemaliger Antifa (Bremen)*

## Anmerkungen

1 Ihr solltet Euch den Text danebenlegen, denn die Nummern beziehen sich auf die Gliederung im Original-Text. In Zirkular Nr. 3 war eine Kritik aus Berlin an dem Freiburger Text. Ich fand die ziemlich gut, möchte sie aber sozusagen parallel und unkommentiert neben diesem Text so stehen lassen. Ich sehe meine Kritik eher als Ergänzung dazu und verweise hiermit nochmal

ausdrücklich auf den Text aus Berlin.

2 Unter "sozialem Rassismus" verstehe ich einen Rassismus, der sich nicht an rein biologischen Merkmalen (Hautfarbe z.B.) festmacht, sondern der in der KONSTRUKTION bestimmter "Gruppen" besteht, die durch äußerlich sichtbare Merkmale (das können auch räumliche Zusammenballungen sein, bei den AsylbewerberInnen z.B. die Heime) und negative Zuschreibungen (die klauen alle, sind arbeitsscheu...) bestimmte Gruppen einerseits "sichtbar" macht und dann negativ belegt und damit "zum Abschluß freigibt".

Das funktioniert nicht nur bei "AusländerInnen", das können z.B. auch Junkies, Schwule oder "die Asos aus ..." (einem bestimmten Stadtteil) sein. Dieser Rassismus sprengt die engen Grenzen von "black and white" und ist viel funktionaler (für die Herrschenden). Interessant ist in Schönaue doch gewesen, daß die gleichen Mechanismen (also "Integration durch Ausgrenzung anderer") sowohl bei "deutschen Prolls" als auch bei "AusländerInnen" funktionierten: in einer anderen Situation hätten die ersten vielleicht die zweiten rassistisch drangsaliert, in dieser Situation gab es aber eine gemeinsame Feindbild-Projektion: "die faulen, schmarotzenden (...) AsylbewerberInnen".

Damit haben sich beide Gruppen scheinbar in die Gesellschaft integriert (dieses Phänomen läßt sich übrigens auch in vielen Asylheimen beobachten, z.B. in der Abgrenzung gegen die Roma).

## Erste Thesen zur Jugend-Diskussion

### Vorbemerkung

Die folgenden Thesen sind nicht Ergebnis, sondern Ausgangspunkte für unsere Diskussion in Hamburg. Trotz aller Mängel, die solche Diskussionsvorgaben immer haben, geben wir die Thesen weiter, weil wir glauben, daß

sie auch anderswo Diskussionen befördern können. Der bisherigen Diskussion entnehmen wir allerdings, daß klarer zu trennen ist zwischen einer Analyse der **"Jugend-diskussion"** - ihrer ideologischen und praktischen Funktion in der jetzigen gesellschaftlichen Situation - und einer **eigenen Analyse** der Entwicklung unter SchülerInnen usw.

Die Thesen halten sich in dieser zweiten Fragestellung zurück. Das liegt unter anderem daran, daß wir - als ein Diskussionskreis mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren! - uns nicht anmaßen wollen, gleichsam eine alternative (linksradikale) Jugendsoziologie zu betreiben.

Unser Ausgangspunkt ist der zunächst noch diffuse Eindruck eines Bruchs in den Kommunikations- und Organisationsformen. Aus den diversen soziologischen Schriften können wir zwar viele Anregungen entnehmen (auch die Jugendstudien sind ja nur exemplarische Untersuchungen zum Generalthema "Wertewandel", "Fordismus-Postfordismus" usw.), aber wir haben uns bewußt zunächst nur damit beschäftigt, aufgrund solcher Studien und persönlichen Eindrücken (als Eltern, LehrerInnen, KollegInnen) das eigene "soziale Milieu" kritisch zu durchforsten. Das ist als erster Schritt schon deshalb notwendig, um den Blick frei zu bekommen für das, was sich an "autonomen" Tendenzen in den Schüleraktionen usw. andeutet.

In den Thesen sind diese beiden Ebenen noch zu sehr vermischt, und es wäre gut, wenn es hier zu weiteren Anregungen und Beiträgen aus anderen Städten kommt, die den gesamten Themenkomplex systematischer und konkreter erfassen. Einzelne von uns sind an einer Weiterarbeit und vor allem an einer Zusammenarbeit mit anderen GenossInnen interessiert.

### Thesen

#### 1.

Jugend-Diskussionen sind immer hochgradig ideologisch belastet. Jugend ist ein Kampfbegriff der Alten - innerhalb eines Kampfes um das relative, das "soziale Altern". (Wer ist wemgegenüber und wo alt und jung?) Als gesellschaftlich-ideologische Konstruktion erscheint Jugend heute auch wie eine Projektionsfläche für die Ängste aus der "Mitte der Gesellschaft", also oft wie ein Selbstporträt jener Schichten und Milieus, die sich von sozialer Desintegration bedroht fühlen oder schon real mit ihr konfrontiert sind. Deshalb sprach der französische Soziologe Pierre Bourdieu schon Ende der 70er Jahre von einem "Anti-Jugend-Rassismus".(1) Zu ihren Wortgebern und -führern werden vor allem jene Staats-Intellektuellen (ideologische Vor- und Nachdenker sowie Sozialingenieure im pädagogischen Bereich), die sich jetzt ihre eigene Elite-Stellung nach unten hin absichern - sowohl alters- wie karrierebezogen: gegen die inflationäre Entwertung von Bildungstiteln. Ob es um die soziale Gewalt - innerhalb des Proletariats wie gegen das Proletariat - geht oder um den Verlust an kulturell-moralischen Wertorientierungen: **die "Jugend" ist fast immer Ziel und Endpunkt dieser Debatten.**

#### 2.

Am Ende steht immer ein gemischtes Modell von Integration, Selektion und direkter Repression. Der reaktionäre Charakter des Pflichtschulwesens (als zivilgesellschaftliche Kadettenanstalt) wird gar nicht mehr thematisiert. Radikale, emanzipatorische Ansätze anti- und nicht-autoritärer "Erziehung", die eher Ansätze einer

beiläufigen Erziehung in gemeinschaftlichen Lebensformen waren, werden mit ihrer technokratisch-reformistischen Wendung im sozialliberalen Bildungssystem identifiziert, um mit ihnen ein zweites Mal abzurechnen und sie als Phantom anklagen zu können. Aus diesem (verkommenen) reformerischen Erbe wird selbst noch der letzte Rest an halb-emanzipatorischen Elementen herausgebrochen: der egalitäre Anspruch auf "Massen"-Bildung. So wird die Jugend-Politik zum Modellfall für eine Gesellschaftspolitik neuen autoritären Typs. Nur die Varianten sind umstritten:

a) Die "zivilgesellschaftliche" Lösung mit multi-kultureller Ideologie (auch: mit einer Pluralität von "Werten" - um nur nicht beim Wort genommen werden zu können!) bei gleichzeitiger polizeistaatlicher Absicherung und flankierender Sozialpädagogik (als sozial-staatliche Internierungspolitik in den Großstadt-Ghettos). Diese Variante entspricht ungefähr dem, was einmal von Herbert Marcuse repressive Toleranz genannt wurde.

b) Klassische, konservativ-autoritäre Ordnungspolitik zur (körperlichen) Vermittlung von allgemeingültigen "Werten" wie: Arbeit, Disziplin, Fleiß, Vaterland und Stolz darauf.

In beiden Varianten gilt als regelndes Prinzip die soziale Selektion, für deren Wirksamkeit aber nicht unbedingt (nur) auf frühere Ordnungsmodelle zurückgegriffen werden muß. Das bestehende Bildungssystem bietet selber die Mittel seiner eigenen Transformation an. Nur müssen die Auslese-Kanäle erheblich verengt werden. Das Austrocknen der Massen-Schulen und -Hochschulen ist so gesehen zugleich ökonomische Sparpolitik und Klassenpolitik. Während das mehrgliedrige, aber in sich integrierte Schul- und Hochschulwesen ausgetrocknet wird, können Elite-Schulen in größerem Umfang als bisher daneben entstehen und damit von außen Konkurrenz und entsprechend größeren Selektionsdruck erzeugen.

### 3.

Die ideologische Konstruktion "Jugend"

dient zum einen dieser Selektion und Ordnungspolitik, zum anderen ist sie indirekt verbunden mit der Familienpolitik, der Aufwertung der bürgerlichen (Klein-) Familie. Auch hier sind es weniger die konservativ-autoritären (und deshalb auch ideenarmen) Nach-Denker à la Schäuble, die das am besten zum Ausdruck bringen, als vielmehr die ex-apti-autoritären Familienfreunde. Rückgriffe auf die reaktionärsten Stereotypen, vor allem aus der Psychoanalyse, werden nicht zuletzt von früheren Wilhelm Reich-Epigonon salonfähig gemacht. Das Problem ist dabei nicht, daß all dies (Orientierungsschwäche von Erwachsenen) keinen realen Kern hätte (den man auch - aber anders - psychoanalytisch beschreiben kann), sondern daß hier das alte Dogma gilt: Kinder werden so, wie ihre Eltern sie erziehen, also: **"Jugend" wird aus jeder sozialen Dynamik herausgenommen, deren Träger sie im übrigen (wie noch ausgeführt wird) zu großen Teilen schon ist.**

Von anderen Lebensformen, also von einer kämpferischen und emanzipatorischen Perspektive im Eigenleben der Erwachsenen ist schon gar keine Rede mehr, weil die Staatsunterwerfung als ehernes Gesetz akzeptiert und deshalb auch nach einer Rekonstruktion der Familie gesucht wird. (Dieser Kampf zielt deshalb auch elementar gegen die Frauen und ihre eigenen Lebensansprüche.) Da die Familien zu großen Teilen aber mittlerweile eher zu Krebs- als zu Keimzellen der Gesellschaft geworden sind, wird der größte Teil der repressiven Energie auf die Schulen verschoben.

### 4.

Innerhalb der Kreise, die von der früheren Linken übrig blieben, ist die Distanz zu dem, was unter Jugendlichen - vor allem Schülern - geschieht, nicht viel geringer - eine objektive Distanz, die durch eine Art

Kultur-Bruch (oder: "Umbruch") in den 80er Jahren entstanden ist. Für die Linke gab (gibt?) es eine recht traditionelle Schematik von Protest, Spontaneität und Organisation, die sich Vorbilder in der Geschichte (oder im Ausland) suchte, tatsächlich aber ebenso einem kulturellen Umbruch entstammten - nämlich dem von 1968. Innerhalb des traditionellen Schemas von Politik-Ökonomie-Ideologie und darin eingeflochtenem Klassenkampf sind die Protest- und Widerstandsformen heute kaum erklärbar, wenn überhaupt: wahrnehmbar. Auf der einen Seite erscheinen Jugendliche heute vielen Linken als Träger ausgeprägter (und kritischer) Individualisierung (entsprechend "formlos" ist das Erscheinungsbild solcher Protestbewegung in der traditionellen Wahrnehmung); Jugendliche widerstehen bewußt und aktiv formeller Organisation (in politischen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften usw.) und sind, was politische Ideologien betrifft, ausgesprochen indifferent. Zugleich sind es aber mittlerweile vor allem Schüler (fast) jeden Alters, die teils aus Eigeninitiative, teils als "Massenbasis" Aktionen wesentlich mitbestimmen. Ganz im Gegensatz zur These eines allgemeinen Orientierungs- und Wert-Verlustes tauchen in diesen Aktionen die scheinbar verschwundenen Orientierungen wieder auf - wie Freiheit als "Selbstverwirklichung", Gleichheit als Gleichbehandlung (aber nicht Gleichmacherei), Solidarität als Toleranz und Koexistenz von Lebensstilen. Das, worauf noch jede linke Initiative (und im übrigen auch der Klassenkampf, soweit er emanzipatorische Tendenzen freisetzt) aufbaut, daher einer moralisch-praktischen Orientierung, ist also nicht nur abstrakt vorhanden, sondern macht sich auch materiell in Form eines Bedürfnisses geltend.

##### 5.

Womit Linke im weiteren Probleme haben,

ist die nur scheinbare Organisationslosigkeit, die ja auch als Fehlen von Selbst-Organisation erscheint. Es wäre aber zu fragen, inwieweit nicht die alltäglichen Lebensformen - einschließlich der Kommunikation in Schulen, Discos usw. - bereits eine elementare Form von Selbst-Organisation darstellen. Zumindest an den Schüleraktionen zeigt sich, daß die vieldiskutierten Tendenzen der Individualisierung, die Auflösung traditioneller Bindungen (Klassen-, Berufs- und Familienbindung) sowie die rigide Distanz "zur Politik" an sich nichts Nachteiliges sein müssen. Die stereotype Behauptung, Individualisierung und die Betonung der Individualität bringe Entsolidarisierung mit sich - sei also nicht gemeinschaftsbildend - wird dadurch erheblich relativiert. Zumindest zeigt sich, daß gemeinschaftlicher Protest und Widerstand auch in und aus diesen Verhältnissen heraus möglich ist. Ob darin nicht sogar eine viel größere Sprengkraft als in bisheriger, recht gesichtsloser Kollektivität liegt, ist eine offene Frage. Die neuen kollektiven, gemeinschaftlichen Formen liegen nicht anders als in früheren Zeiten (und ihren Generations-Brüchen!) in informellen Zusammenhängen begründet (einschließlich den sogenannten Sub-Kulturen), die sich allerdings traditionellen Zugriffen durch "Politik" entziehen, jedoch alles andere als "entpolitisiert" sind. Demgegenüber zeigt sich in der "Erwachsenenwelt" die Individualisierung eher als Vereinzelung (und: Vermassung), vielleicht auch deshalb, weil in der Erstarrtheit und eingeübten Unterwürfigkeit schon gar kein Anspruch auf "Selbstverwirklichung" mehr vorhanden ist, Lebensentwürfe nicht mehr gewagt, sondern nur der Status quo abgesichert wird ("Freiheit, Gleichheit, Sicherheit...")

##### 6.

Was das Bildungssystem selbst anbetrifft, so wird mit der "Massen"-Bildung zwangsläufig ein Überschuß an Karriere- und Lebenserwartungen produziert. Die Differenz zwischen Erwartung und realer Chance bestimmt dabei gleichzeitig die Möglichkeit der Revolte wie der Teilnahme am Selektionsverfahren (Konkurrenzverhalten). Mit der Einschnürung der Karrie-



reancen bleibt ein großer Teil auf der Strecke und wandelt dann die Erwartungen in Protest um. Dabei verschwinden im Protest die vorher eher deutlichen Unterschiede zwischen Karriere- und Lebenserwartungen, also zwischen einer eher aufstiegsorientierten und einer "Selbstverwirklichungs"-Perspektive.

Aus Erwartungen, die letztlich auf Ungleichheit beruhen, kann so eine Dynamik entstehen, in der von denselben Personen Gleichheit bzw. Gleichbehandlung eingefordert wird. Entscheidend ist, daß nicht für alle das Karriereangebot glaubhaft gemacht werden kann; und selbst, wenn dies der Fall ist, stellt sich immer noch die Frage, ob die angebotene Laufbahn der eigenen Lebensperspektive entspricht. (Vgl. hierzu auch These 8). Insofern ist schon etwas dran, wenn bürgerliche Bildungskritiker von einer "Überfüllung" der Schulen und Hochschulen sprechen, und die alte Formel vom "akademischen Proletariat" drückt dann exakt die Angst vor der sozialen Rebellion aus. Bildungspolitik produziert zwangsläufig und periodisch diesen Widerspruch, weil ihre Planung immer im Vorhinein laufen muß, also niemals einen "realen Bedarf" (der Industrie und der privaten wie öffentlichen Dienste) prognostizieren kann. Sie steht zudem historisch unter einem starken gesellschaftlichen Druck, der durch die langfristige Tendenz "weg von (schlechter) Arbeit" erzeugt wird. Damit wird tendenziell ein Überschuß an Nicht-Arbeit produziert, der - wenn schon nicht in einer anschließenden Karriere, dann wenigstens in der "Verschulung der Jugend" wieder in Arbeit verwandelt werden muß (Verwandlung von "Bildung" in Arbeit, was an der Industrialisierung der klassischen humanistischen Bildungsformen in den reformierten Lernfabriken abgelesen werden kann).

## 7.

Wenn schon früher davon gesprochen wurde, daß die Schule als ideologisch integrierende Instanz die historische Rolle der Kirche eingenommen hat, dann gilt für die letzten 20 Jahre gleichermaßen, daß die Schule in weitem Ausmaß die früheren Formen von Klassen-Sozialisation (auch im Sinne von Klassen-, Berufs- und Fami-

lienkultur) auf(ge)löst bzw. ersetzt (hat). Die Klassentrennung erfolgt nicht mehr für alle zwischen Berufsausbildung bzw. Berufsbeginn und Schule, sondern innerhalb des weitverzweigten Schul- und sogar Hochschulwesens. Klassenzugehörigkeit wird damit nicht mehr durch traditionelle Bindung (Beruf und soziale Lage des Vaters) bestimmt, sondern durch individuelles Schicksal. Mit der Entwicklung zum "Massen"-Betrieb sind Schulen und Hochschulen sowohl Ort von Klassentrennung wie erweiterter Arbeiterklassen-Reproduktion. Für die historische Arbeiterklasse, die im Kern noch berufsorientiert war, ist das eine ihrer Auflösungsfaktoren. Im Gesamtzusammenhang von Klassen-Auseinandersetzungen und -Neuzusammensetzungen wird die Schule zum Ort von Klassen-Auflösung - damit auch in ihre individualisierte Formen - und Neuzusammensetzung, wobei unter Neuzusammensetzung hier mehr verstanden werden muß als nur die ökonomisch-technische oder politische Zusammensetzung der Gesamtarbeiter-Klasse, sondern auch ein Prozeß, in dem sich neue kulturelle "Identitäten" herausbilden, die sich innerhalb der Klassen als "Generationen-Konflikt" niederschlagen (zum Beispiel in der Bewertung von Arbeit, Konsum, Lebensansprüchen). Solche "Generations-Konflikte" innerhalb von Klassen-Milieus hat es immer gegeben, sie fallen heute aber zusammen mit einem völligen Umbruch innerhalb des gesamten Klassen-Gefüges - eine Situation, wie es sie vergleichbar vielleicht nur in den 50er Jahren (mit dem Entstehen des "Massenarbeiter-konsums" und der kulturellen "Amerikanisierung") und um 1968 herum gegeben hat. Wenn die Staatspädagogik und der "Anti-Jugend-Rassismus" der bedrohten Etablierten die "Jugend" zum Modellfall einer Gesellschaftspolitik neuen autoritären Typs macht, dann liegt hier der reale Kern einer Bedrohung: Durch das Zusammen-

fallen von langfristigen gesellschaftlichen Umbruch-Tendenzen mit einem Generationen-Bruch wird eine objektiv explosive Situation erzeugt, in der die besonderen oder Teil-Interessen von Schülern und Studenten zum Brennpunkt allgemeingesellschaftlicher Konflikte werden können. Das begünstigt das Umschlagen zunächst nur korporativer Bewegungen in explizit politische und auch deren mögliche Radikalisierung, die in

der Verbindung mit anderen Protest- und Widerstandsformen liegt. Außerhalb der BRD ist das dort besonders stark ausgeprägt, wo das Bildungswesen unter dem Druck einer nachholenden Modernisierung steht und wo es noch immer oder wieder Radikalisierungstendenzen unter den ArbeiterInnen gibt. In Südeuropa (wie z.B. kürzlich in Frankreich) ist es unter anderem dieser Umstand gewesen, der korporative Schüler- und Studentenbewegungen zu Initialzündungen größerer sozialer Klassen-Konflikte hat werden lassen. (Erst in diesem Zusammenhang ergibt sich auch die zeitweilige Fusion von "casseurs" und Gymnasiasten, von kulturellem und sozialem Ghetto.)

## 8.

Von Jugendforschern wird behauptet, ein neues "kulturelles Modell" sei im Entstehen. Solche Studien (wie die von Rainer Zoll: "Nicht so wie unsere Eltern") leiden an ideal-typischen Abstraktionen (die dann den interviewten Jugendlichen gerne in den Mund gelegt werden), aber es lassen sich auch hier einige Elemente herauslesen, die mit langfristigen Beobachtungen und anderen Untersuchungen übereinstimmen: Zum Beispiel, daß zu den Kernelementen dieses neuen "Modells" ein hoher Grad an Kommunikation (auch als 'Wert an sich'), Individualität und ein damit verbundener Anspruch an "Selbstverwirklichung" gehören. Das schlägt sich insbesondere in einer veränderten Haltung

zur Arbeit nieder. Schon seit Anfang der 80er Jahre wird der Verlust der formellen und selbstverständlichen Bindung an Arbeit von rechten wie (gewerkschafts-) linken Beobachtern beklagt. Allerdings tritt an die Stelle dieser verlorenen Bindung nicht der abstrakte Konsum (was vor allem Werbestrategen berücksichtigen müssen, indem sie besonders bei Jugendlichen auf "qualifizierte Werbung" setzen müssen), sondern eine stärkere Gebrauchswert-Orientierung. Das bedeutet für die Arbeit, daß sie zunehmend in beide Richtungen hinterfragt wird: Nutzen für andere, Nutzen für sich selber. Arbeit als Lohnarbeit wird daran gemessen und rangiert - entsprechend der kapitalistischen Realität - nicht gerade an erster Stelle im gesamten Lebensentwurf. Daraus geht die scheinbar indifferente Haltung zur Lohnarbeit hervor - sie wird akzeptiert als notwendiges Übel, nach dem Motto: wenn schon Lohnarbeit, dann schon eine "interessante" (was ja auch immer heißt: eine "bessere" oder "leichtere"). Lebenszeit und Gesamtarbeitszeit fallen auseinander, das heißt es gibt eine Bereitschaft wie ein Interesse an aufeinanderfolgenden Beschäftigungen, Berufen. Wenn nun mitgedacht wird, daß solche Lebensentwürfe grundsätzlich offen, also noch auszukämpfen sind, liegt auf der Hand, welche Chancen und Gefahren für Staat und Kapital hier eng nebeneinander liegen:

a) Einerseits, und das macht die Chancen aus, bieten sich hier Erwartungen und Haltungen an, die direkt in die neuen "selbstorganisierten" Ausbeutungsmodelle (des sogenannten Toyotismus) integrierbar sind.

b) Andererseits liegen hier auch - massenhaft - Ansprüche "von unten" brach, die gar nicht in diesem Umfang realisiert werden können (der "Überschuß" an Nicht-Arbeit). Damit ist nicht nur das Potential, sondern auch die konkrete Möglichkeit von Revolten gegeben, die - als langfristiger Prozeß - Inhalte in sich tragen, die über den Status quo ("Arbeit, Arbeit, Arbeit...") hinausweisen können. (Auch hier wirkt die "Dialektik" des Umschlages von korporativem Protest in übergreifenden Widerstand.)

Was nun die radikale Linke anbetrifft, soweit sie überhaupt noch einen Klassenbezug hat, kann es nicht darum gehen, "den Schülern nach dem Maul zu reden" - weder in der einen noch in der anderen Richtung. Eher muß die Autonomie der Aktionen als Kritik der eigenen, institutionellen Politik-Formen begriffen werden. Die relative Sprachlosigkeit bzw. teilweise recht drastische Kommunikations-Verweigerung gegenüber halb-offiziellen politischen Gruppen muß als Warnung verstanden werden, in irgendeiner Weise rekrutierend oder instrumentalisierend einzugreifen. Was die Inhalte betrifft, so dürfen wir die tagespolitischen Programme nicht einfach nachbeten (Schul-Reform usw.), sondern von müssen von uns aus das Pflichtschulsystem selber kritisieren, grundsätzlich aber die weitergreifenden Ansprüche, die in Protestbewegungen liegen, verteidigen und unterstützen. Das bedeutet, wenn man die radikale Kritik an der Pflicht- und Zwangsschule sowie an dem "Bildungs"- und "Erziehungsauftrag" von Schule, Familie und Staat wirklich ernst nimmt, eine harte Auseinandersetzung in unserem eigenen "Milieu", nicht zuletzt mit links-gestrickten Unterwerfungsformen. Die Kritik an "der Jugend" gegen die Kritiker wenden und ihnen damit klarmachen, daß sie erst noch ihre Lebensentwürfe wieder zu öffnen haben, wäre schon der fruchtbarste aller Beiträge zum "Jugendprotest". Dies auch in Hinsicht auf etwaige revolutionäre Jugendpolitiker, die glauben, mit Hip-Hop-Agitation könnten sie sich Jugendlichen gleichstellen - woraus nicht mehr herauskommen kann als Gospel-singende Jugendpfarrer..

M. aus HH

### Anmerkungen:

(1) Pierre Bourdieu: "Jugend" ist nur ein Wort, in: P. Bourdieu, Soziologische Fragen, (Suhrkamp) Frankfurt/Main 1993, S.136

## Jugend & Anti - AKW Bewegung

**"Wenn Ihr unser Leben nicht achtet, achten wir eure Gesetze nicht!"**

Mit dieser Anzeige in der wendländischen Elbe-Jeetzel-Zeitung läuteten 259 SchülerInnen die bisher letzte Widerstandsrunde gegen die geplanten Atomanlagen in Gorleben ein. Anlaß war die angekündigte Einlagerung eines sogenannten CASTORs in das Zwischenlager in Gorleben durch das Umweltbundesministerium. Mehrere hundert SchülerInnen blockieren daraufhin während der Schulzeit die Hauptverkehrsstraße in Dannenberg. Daraufhin beginnt eine mehrwöchige Bewegung, die von ihrer Massigkeit Politiker und Bullen, aber auch die organisierte Anti-AKW-Bewegung überrascht hat. Getragen wird die Bewegung von Hunderten von Jugendlichen aus der Region (Wendland, Salzwedel, Uelzen, Lüneburg), zu den sich dann auch Aktivisten aus der Anti-AKW-Bewegung, Jugendantifa und Autonome aus Norddeutschland gesellen.

Es entwickelt sich ein Nebeneinander unterschiedlichster Aktionsformen, ohne sich voneinander abzugrenzen. Es geht von Anschlägen auf die Bahnstrecken bis zu Gottesdiensten vor dem Zwischenlager und Streichmusik gegen den CASTOR. Bei Aktionen spielt häufig Symbolik eine Rolle. Sprengen des Rathausmarktes in Dannenberg mit Gießkannen als Antwort auf den Terrorismusvorwurf örtlicher Politiker und Pressevertreter; die Sympathie vieler Jugendlichen mit Anschlägen auf Bahn und Straße wird transparent. Eine Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung und mit der Bevölkerung über tolerierte und notwendige Formen des Widerstandes jenseits dröger Versammlungen und Treffen wird aus der Sprengung. Die

Jugendlichen fühlen sich absolut im Recht und stellen das auch dar. In dem Zusammenhang möchte ich hier die Sprecherin des Bundesumweltministeriums Marlene Mühe zitieren: "man hat ja schon den Eindruck, als ob wir uns außerhalb von Recht und Gesetz stellen." Töpfer hat dann auch noch eine außerplan-

mäßige Pressekonferenz gemacht, wo er noch mal feststellt hat, daß die Rechtslage eindeutig auf ihrer Seite liege und die Rechtsbrecher die AKW-Gegner seien.

Wichtiger Ausgangspunkt vieler Aktionen war das Hüttendorf CASTORNIX beim Zwischenlager, genau auf dem gleichen Gelände wo 1980 (?) das besetzte Bohrloch 1004 mit der "Freien Republik Wendland" war. Die Besetzer nannten sich auch "2. Freie Republik Wendland". Die meisten BesetzerInnen dürften damals allerdings noch nicht geboren gewesen sein.

### **Widerständige Bestrebungen - eine unvollständige Chronologie**

Das, was hier aufgeführt ist an Aktionen, sind eigentlich nur in der zugespitzten Situation passiert und haben Aufmerksamkeit erlangt. Sie drücken ein bißchen die Massivität des Widerstandes aus, werden der Mannigfaltigkeit der Aktionen, die z.B. nicht den Weg in die Medien gefunden haben, nicht gerecht. Dazu gehört u.a. auch sowas, wie das oben genannte Streichkonzert vor dem Zwischenlager oder die Gottesdienste. Sachen auf der Ebene haben fast täglich irgendwo stattgefunden. Ab Mitte Juni erschienen beinahe täglich in der Elbe-Jeetzel-Zeitung ein bis drei Seiten mit Anzeigen von Personen und Gruppen, die sich gegen den Transport aussprechen. Auf diesen Wege haben über 2500 Menschen öffentlich ihre Bereitschaft bekundet, sich am Tag X "quer zu stellen".)

Ende Juni: Anschlag auf die Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg

2.7.: Auf der Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg werden zwei Bahnschwellen zersägt und die Schienen auseinandergebogen.

4.7.: Auf der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg werden mehrere Bäume gefällt und über die Gleise gelegt. Zudem wurden über die Gleise zwei Rundelsen geschraubt.

4.7.: Regierungspräsidentin Dr. Birgit Pollmann wird in Dannenberg von AKW-Gegnern verbal angegangen. Ihr wenige Wochen später ereilter Tod steht damit allerdings in keinen Zusammenhang.

4.7.: Mehrere Hundert Menschen demonstrieren auf einer Veranstaltung mit der niedersächsischen Umweltministerin Griefahn. Die Veranstaltung bleibt ruhig. Unverhohlen wird aber gedroht: "Heute waren nur die Stillen da. Die, die keine Lust mehr haben, zu diskutieren, tauchen erst mit den CASTOR auf."

11.7.: 300 Atomkraftgegner errichten ein Zollhäuschen mit Schlagbaum auf der Zufahrtsstraße zum Atommülllager und beginnen Zoll zu kassieren. Dahinter werden die Straßen untertunnelt und unpassierbar gemacht.

6.7.: Unbekannte hängen Bombenattrappen über die B216 und B191. Beide müssen gesperrt werden.

6.7.: Im Raum Clenze werden auf drei Straßen mit echten Absperrbarken und Warnleuchten Straßensperren gebaut. Die B493 wird in beiden Fahrtrichtungen gesperrt und mit Waschlauge und Gülle begossen. Verkehrsschilder werden massiv unkenntlich gemacht

7.7.: Auf einer Veranstaltung in Hitzacker wird der niedersächsische Ministerpräsident Schröder (SPD) von Demonstranten gezwungen, zu den bevorstehenden CASTOR-Transport Stellung zu beziehen. Er eiert rum.

8.7.: An einer Demonstration vor dem



Zwischenlager in Gorleben beteiligten sich ca. 1000 Leute, im wesentlichen aus der Region. 25 Traktoren versperren den Eingang. Sämtliche Zufahrtsstraßen zum Zwischenlager werden mit Baumstämmen und Bandstacheldraht gesperrt. Hinter den Barrikaden werden die Fahrbahnen unterhöhlt. Sind somit für Autos unpassierbar. Weit vor Gorleben werden die beiden Hauptstrecken für den CASTOR mit Nägeln und Krähfüßen versehen. Zwei Einsatzfahrzeuge der Polizei fahren sich platt. Mehrere hundert AKW-Gegner errichten vor dem Zwischenlager das Hüttendorf CASTORNIX. Im wesentlichen sind es SchülerInnen aus der Region. Sie schwänzen bis zu den Ferien am 21.7. die Schule. "Dann wird eben die Schule geschwänzt, das hier ist wichtiger. Außerdem sind unsere Eltern auch hier", erklären einige SchülerInnen gegenüber der Presse.

11.7.: 30 AKW-Gegner aus Uelzen und Weste demonstrieren auf der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg auf den Gleisen.

11.7.: 300 AKW-Gegner bauen auf den Straßen rund um das Zwischenlager Barrikaden und untertunneln die Straßen. In die äußeren Umzäunung des Zwischenlagers wird ein Loch geschnitten. Polizei wird mit Mollis und Steinschleudern angegriffen.

13.7.: 800 Polizisten räumen das Hüttendorf. Die 300 Besetzer leisten passiven Widerstand. Ein 15-jähriger wird bei einem "Unfall" schwer verletzt. Über die gesamte Gegend um das Zwischenlager wird ein Versammlungsverbot erlassen. Trotzdem versuchen am Abend ca. 200 Demonstranten wieder auf das Gelände des geräumten Hüttendorfes zu kommen.

16.7.: über 2000 Leute demonstrieren in der Umgebung des Zwischenlagers gegen den CASTOR-Transport und setzen sich über das Versammlungsverbot hinweg. Am Abend vorher wird es allerdings aufgehoben.

Die Demo dauert bis weit in die Nacht hinein mit einem Konzert und Unmengen von Aktionen. Am Ende sind wieder alle Straßen untertunnelt, alles verbarrikadiert und das Hüttendorf wieder besetzt

20.7.: 200 AKW-Gegner besetzen morgens um 8 den Entladebahnhof für den CASTOR-Transport in Dannenberg. 28 Schwellen werden beseitigt und der Schotter unter den Gleisen auf ca. 20 m entfernt. 22.7.: 200 AKW-Gegner behindern massiv eine Veranstaltung der CDU mit Töpfer in Scharnebeck bei Lüneburg. Die Straßen werden verbarrikadiert. Die Polizei muß Töpfer den Eintritt freikämpfen. AKW-Gegner kommen nicht in die Veranstaltung. Mehrfach wird versucht, in die Veranstaltung einzudringen.

22.7.: Durch Demonstranten muß die Lüneburger Ratssitzung unterbrochen werden.

Bis zum September folgten noch mehrere Demos, die die anderen Facetten des Atomprogramms angreifen. So die Paraleldemonstration in Gorleben und Philippsburg am 3.9.94.

Auch wenn mittlerweile das Hüttendorf aus Sicherheitsgründen verlassen worden ist und die öffentlich sichtbaren Widerstandsaktivitäten etwas nachgelassen haben, ist festzustellen, daß es anhand des CASTORs gelungen ist, die gesamte Atomproblematik wieder verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Aktionen rund um Gorleben haben mithin nicht nur das Wendland in Bewegung gebracht. In ihrer Vielfalt und Breite stellen sie so etwas wie ein kleines Comeback der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung dar. Der es überdies gelungen ist, Möglichkeiten des Widerstandes aufzuzeigen, die obendrein

einen gewissen Erfolg zeigten.

**Auch im 11. Jahr nach ihrer Fertigstellung steht die CASTOR-Halle leer.**

### **Das unkalkulierbare Risiko**

Zum Erfolg in der letzten Runde im Kampf gegen das Atomprogramm trug zweifellos die Mobilisierung vieler Jugendlicher und ihre selbstverständliche Radikalität bei den Aktionen bei.

So plötzlich, wie sie auftauchten, waren sie, nach dem offensichtlich war, daß der CASTOR "jetzt" nicht kommt, auch wieder "verschwunden". D.h., die organisierte Anti-AKW-Bewegung hat sich personell nicht erweitert, geschweige denn, daß die GRÜNEN Masse ziehen konnten. Die spielten allerdings bei den Aktionen sowieso keine große Rolle mehr.

Gerade aber diese Unberechenbarkeit der AktivistInnen stellen für die Herrschenden ein unkalkulierbares Risiko dar. Eine eigentlich gar nicht so neue Erkenntnis. War Unberechenbarkeit für autonome Gruppen eher sowas wie politisches Programm, wird von den heutigen AktivistInnen darüber gar nicht geredet, sondern gelebt. Das macht ein Problem für die Linke aus, auch den organisierten Autonomen. Hier paßt ein Zitat eines Mannes aus dem Rote Flora Umfeldes in Hamburg bei einem Hip-Hop Konzert, was ein wenig aus den Fugen geraten war: "Wir erreichen die Leute politisch nicht mehr!" Die Akteure sind auch für sie nicht kalkulierbar und lassen jegliche politische Intervention an sich abprallen. Korrekterweise muß ich dazu sagen, daß das auch ein Problem für mich darstellt, sehe darin aber eher mein Problem als das der Jugendlichen, wie es die sogenannten Staatsautonomen tun.

Wie bei allen Aktionen in der letzten Zeit an denen Jugendliche die treibenden Kräfte waren, sind sie auch bei den Aktionen gegen den CASTOR keine einheitliche Masse. Im konkreten Widerstand treffen Leute aufeinander und kämpfen zusammen, die ansonsten in verschiedenen Szenen abhängen und oft gar nicht so viele Berührungspunkte haben. Auffällig waren hier zwei größere Gruppen:

**Erstens** die "Jugendlichen", die das schon länger sind, und, ich sag mal salopp, einen alternativen Lebensstil pflegen, die sogenannten "Zecken" oder Freaks. (Jugend an eine bestimmte Altersperiode zu binden, halte ich ohnehin für Quatsch.) Auffällig für mich war dabei, daß da viele Leute wieder auftauchten, die in der "ersten" Welle des autonomen Antifa und des Häuserkampfes (Hafenstraße) dabei waren, also so in der zweiten Hälfte der 80er, dann in autonomen politischen Kreisen als verschollen oder als ins Privatleben abgetaucht galten. Im Nachhinein stellt sich ihr "Abgleiten" also eher als praktizierte Kritik an der Politik der Autonomen dar. (1)

**Zweitens** die örtlichen SchülerInnen, die im Gegensatz zur ersten Gruppe nicht aus der weiteren Region (bis Hamburg) kamen. Außerdem waren sie sehr jung (um die 15). Sie machten oft völlig selbstständige Aktionen, dort wo sie zusammengefaßt sind durch die Schule, also in Lüchow und Dannenberg. Dabei entwickelte sich ein in der Anti-AKW-Bewegung kaum beachteter weiterer Konflikt mit den Schulbehörden. Es wurde massenhaft Schule geschwänzt bis zu mehreren Tagen hindurch. Es gab massive Drohungen von Seiten der Behörde gegen die SchülerInnen und ihre Eltern, von Wegen Schulpflicht und Verletzung der Aufsichtspflicht. Ob da wirklich irgendwas eingeleitet wurde ist nicht bekannt geworden und auch fraglich. Hier stieß die Behörde auf eine ziemlich einheitliche Front der SchülerInnen und ihrer Eltern.

Damit bin ich auch bei der Besonderheit, die die Aktionen gegen den CASTOR begleiteten. Der Widerstand gegen die Atomanlagen im Wendland geht seit fast 20 Jahren recht erfolgreich. Er hat also eine recht lange und auch lebendige Tradition. Die SchülerInnen sind damit groß geworden. Berühmte Spaltungslinien von Staat und Kapital haben nie grundlegend gefaßt. Das Arbeitsplatzargument faßte selbst bei den wenigen traditionellen Industriearbeitern bei SKF und Conti (die beiden größten Industriebetriebe im Wendland) nicht. Zu mannigfaltig sind die Verbindungen der ArbeiterInnen zur Landwirtschaft. Dort sind der Großteil der Arbeitsplätze, neben dem Fremdenverkehr, angesiedelt. Und beide Wirtschaftszweige sind von den geplanten Atomanlagen negativ beeinflusst.

Militante Aktionen der Jugendlichen oder auch der Anti-AKW-Bewegung werden eigentlich immer von großer Sympathie in weiten Teilen der Bevölkerung getragen. Die Verankerung des militanten Widerstandes in der Bevölkerung ist auch eine Grundlage, daß damit bisher sehr verantwortungsbewußt umgegangen wird. Militanter Widerstand wird auch nicht als über anderen Aktionsformen stehend dargestellt.

### **Der Anfang vom Ende ? - einige abschließende Bemerkungen**

- Die traditionellen Organisationsformen für politischen Widerstand sind für die jugendlichen Widerständler nicht zeitgemäß. Das hat auch wieder die Bewegung gegen den CASTOR bewiesen. Damit meine ich nicht die der politischen Parteien und Organisationen, sondern auch unsere; die der unabhängigen, autonomen Versammlungen und Treffen. Diese waren auch im Wendland, wenn sie stattfanden dröge und langweilig. Vor allem meldeten sich da die Jugendlichen auch gar nicht zu Wort, sondern eher die Altbewegten.
- Die "Organisationsform" der Bewegung der 90er Jahre sind ihre Scenes, die sich um ihre jeweilige Lebenseinstellung und dazugehörige Kultur bilden. Darüber lief

auch die Mobilisierung zu den jeweiligen Aktionen. Auf Parties und Konzerten lokaler Bands wird der jeweilige Anhang mobilisiert. Da sind sie eher Traditionalisten. Auch der alte "Arbeiterkampf" lief ja im wesentlichen über die privaten, sozialen Lebenszusammenhänge. Nur stand da die gemeinsame Arbeit in einer Fabrik halt im Mittelpunkt. Wir wissen ja alle, daß das Kapital durch ihren technologischen Angriff und die gesellschaftlichen Umstrukturierungen seit den 70er Jahren gerade auf die Zerschlagung dieser Zusammenhänge zielte und auch erfolgreich war.

- Die politische Mobilisierung in den 70ern und 80ern lief dann ja häufig themenbezogen, wozu dann drumherum organisiert wurde, z.B. auch die Anti-AKW-Bewegung. War aber von den jeweiligen sozialen Bezügen getrennt und aufgesetzt. Soziale Zusammenhänge ergaben sich dann erst aus dem politischen Thema, an dem mensch sich abrackerte.

Das ist jetzt wieder anders. Wenn politischer Widerstand sich wieder aus dem alltäglichen Leben heraus entwickelt und nicht aus politischen Notwendigkeiten heraus, wie es bei den Linken heute praktiziert wird, wird es den angeblichen "Durchmarsch des Kapitalismus" nicht geben.

- In meinem unbändigen realistischen Optimismus (oder optimistischen Realismus?) sehe ich die Opposition der Jugendlichen auch fundamentaler als die in den 70ern und 80ern. Dafür spricht auch, daß die Ablehnung von Arbeit recht weit verbreitet ist. Unsere Rolle als Revolutionäre kann ich da bloß noch nicht richtig finden.

**Aber wer sucht, wird finden.**

(1) In diesem Zusammenhang sei auf die Maxi **EY, ALLER** der Hamburger HipHop-Combo **"FISCHMOB"** hingewiesen, insbesondere das Stück "Fickpisse" (unentgeltliche Plattenwerbung).

aus: TAZ von 28.10.94

Telekommunikation

# Aus dem Knast

Was machen die Beamten einer Anstaltsleitung, wenn sie einen Fax bekommt, den Gefangenen xy freizulassen? Klar, sie lassen frei, wenn der Absender stimmt. So passiert in einem niedersächsischen Gefängnis. Das Schreiben die Adresse der zuständigen Staatsanwaltschaft als Absender trug. Auch die übrigen Angaben waren zutreffend.

Als die Anstalt routinemäßig den Vollzug der „ordnungsgemäßen Entlassung“ des Gefangenen an die Staatsanwaltschaft zurückmeldete, war diese nicht schlecht überrascht: Der Mann hatte über einen Komplizen

selbst den Fax-Brief an die Anstaltsleitung geschickt. Die Justizvollzugsanstalt schöpfte keinen Verdacht. Schwacher Trost: Der Gefangene galt als kleiner Fisch und hatte nur noch eine geringe Reststrafe zu verbüßen

Der bundesweit bislang einmalige Vorfall wird nach Angaben der Sprecherin wohl eine Änderung der gesetzlichen Richtlinien nach sich ziehen. Künftig vergewissern sich Anstaltsleiter nicht nur bei telefonischen, sondern auch bei schriftlichen Mitteilungen vorsichtshalber bei den Staatsanwaltschaften.

dpa/taz